

Kassel documenta Stadt

Endgültiger

Jahresabschluss

zum

31.12.2015

mit Anlagen und Anhang

Inhaltsverzeichnis

	ab Seite
Bilanz zum 31.12.2015	6
Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2015	9
I. Allgemeines	11
0 Vorbemerkung und Rechtsgrundlage	11
1 Gliederung	11
2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	12
3 Nachrichtliche Informationen	20
4 Anmerkung	20
5 Durchschnittliche Zahl der Beamten und Arbeitnehmer	21
6 Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung	21
II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2015	24
Aktiva	
1 Anlagevermögen	24
2 Umlaufvermögen	33
3 Rechnungsabgrenzungsposten	36
Passiva	
1 Eigenkapital	37
2 Sonderposten	43
3 Rückstellungen	45
4 Verbindlichkeiten	52
5 Rechnungsabgrenzungsposten	55
III. Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung	56
IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung	74
Anlagen zum Jahresabschluss 31.12.2015	81
• Übersicht über den Stand des Anlagevermögens	83
• Übersicht über den Stand der Forderungen	85
• Übersicht über die Rückstellungen im Haushaltsjahr	87
• Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten	89
• Übersicht über den Stand der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte	91
• Übersicht über fremde Finanzmittel	93


Ergebnisrechnung und Finanzrechnung zum 31.12.2015	97
• Ergebnisrechnung	99
• Finanzrechnung	101
Rechenschafts- und Lagebericht zum Jahresabschluss 2015	103
1. Rechtliche Grundlagen	105
2. Allgemeines	106
3. Entwicklung der städtischen Finanzlage	108
4. Aufgabenentwicklung der Stadt Kassel	108
5. Analyse des Jahresabschlusses	112
5.1. Überblick	112
5.2. Ergebnisentwicklung	113
5.2.1. Entwicklung der Erträge	114
5.2.2. Entwicklung der Aufwendungen	116
5.2.3. Wesentliche Plan-Ist-Abweichungen auf Budgetebene	118
5.2.4. Budgetüberschreitungen 1. Ebene	119
5.2.5. Budgetabweichungen 2. Ebene	120
5.3. Vermögens- und Schuldenentwicklung	148
5.3.1. Bilanzkennzahlen	149
5.3.2. Wesentliche Veränderungen	151
5.4. Finanzentwicklung	152
5.5. Entwicklung und Bewertung der Investitionen	153
5.5.1. Investitionstätigkeiten	153
5.5.2. Wesentliche Investitionsmaßnahmen	154
5.5.3. Projekte mit erheblichen Plan-Ist-Abweichungen	161
5.5.4. Finanzierung der Investitionen	180
6. Organisatorische Veränderungen	181
6.1. Innere Verwaltung	181
6.2. Beteiligungswesen	181
7. Zukunftsprognose	181
7.1. Bereich der Sozialen Sicherung	181
7.2. Bereich der Jugendhilfe	182
7.3. Allgemeine Finanzwirtschaft	183
8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres	188
Anlagen zum Rechenschafts- und Lagebericht zum Jahresabschluss 2015	187
Abkürzungsverzeichnis	211

Vermögensrechnung (Bilanz) zum 31.12.2015

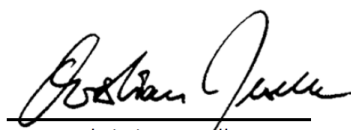
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2015	Ergebnis 2014
1	2	3	4
Aktiva			
1	Anlagevermögen		
1.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	1.100.093,63 €	861.627,12 €
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	73.705.307,93 €	74.904.095,27 €
1.2	Sachanlagevermögen		
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	400.806.707,26 €	396.238.265,52 €
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	386.520.037,66 €	375.691.448,73 €
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	365.476.676,32 €	364.005.126,49 €
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	2.707.473,81 €	3.255.725,50 €
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.574.859,14 €	17.126.815,47 €
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	39.041.930,05 €	41.535.843,27 €
1.3	Finanzanlagen		
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	390.477.007,51 €	382.530.842,51 €
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00 €	0,00 €
1.3.3	Beteiligungen	847.075,41 €	747.074,41 €
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	205.036.980,89 €	0,00 €
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	17.811.445,30 €	17.047.976,36 €
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (Sonstige Finanzanlagen)	64.135.229,37 €	65.875.432,51 €
1.4	Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	107.758.254,53 €	107.758.254,53 €
2	Umlaufvermögen		
2.1	Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	645.980,58 €	596.610,09 €
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	37.947,26 €	0,00 €
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	34.783.259,16 €	42.037.002,77 €
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	21.367.266,62 €	17.873.324,95 €
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.371.033,83 €	6.783.702,83 €
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	1.237.821,01 €	709.519,59 €
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	1.853.820,67 €	2.088.885,78 €
2.4	Flüssige Mittel	412.164,33 €	4.119.695,36 €
3	Rechnungsabgrenzungsposten	18.315.137,06 €	14.003.940,09 €
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €
Summe Aktiva		2.158.023.509,33 €	1.935.791.209,15 €

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2015	Ergebnis 2014
5	6	7	8
Passiva			
1	Eigenkapital		
1.1	Netto-Position	674.491.294,07 €	674.491.294,07 €
1.2	Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital		
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	3.724.403,88 €	524.875,21 €
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	6.094.273,87 €	2.837.188,79 €
1.2.3	Sonderrücklagen	9.182.768,86 €	8.137.116,65 €
1.2.4	Stiftungskapital	44.537,92 €	44.088,22 €
1.3	Ergebnisverwendung		
1.3.1	Ergebnisvortrag		
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-507.685,11 €	404.397,25 €
1.3.1.2	Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00 €	1.741.348,36 €
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	50.558.995,49 €	2.287.446,31 €
1.3.2.2.	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	94.810,51 €	1.515.736,72 €
2	Sonderposten		
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge		
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	291.288.397,45 €	294.879.162,27 €
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	772.125,33 €	785.992,52 €
2.1.3	Investitionsbeiträge	25.832.688,16 €	24.402.498,16 €
2.2	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0,00 €	0,00 €
2.3	Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0,00 €	0,00 €
2.4	Sonstige Sonderposten	1.224.713,56 €	287.160,00 €
3	Rückstellungen		
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	335.829.009,00 €	338.883.642,00 €
3.2	Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für Verpflichtungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	0,00 €	0,00 €
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00 €	0,00 €
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	8.104,32 €	8.104,32 €
3.5	Sonstige Rückstellungen	21.164.977,11 €	18.089.638,66 €
4	Verbindlichkeiten		
4.1	Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00 €	0,00 €
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr		
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	531.873.221,62 €	298.308.464,77 €
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr 133.520.999,10 €		
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	25.787.209,02 €	28.513.186,03 €
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr 50.899,13 €		
4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00 €	0,00 €
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr 0,00 €		
4.3	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	151.213.677,87 €	192.281.076,90 €
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	511,00 €	718,00 €
4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen, Investitionsbeiträgen	5.322.870,82 €	3.137.756,57 €
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.018.575,98 €	11.246.684,55 €
4.7	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00 €	0,00 €
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	772.482,02 €	1.363.784,44 €
4.9	Sonstige Verbindlichkeiten	12.905.351,71 €	31.278.404,36 €
5	Rechnungsabgrenzungsposten	326.194,87 €	341.444,02 €
Summe Passiva		2.158.023.509,33 €	1.935.791.209,15 €

Kassel, den 05.09.2016

Stadt Kassel
Der Magistrat

Bertram Hilgen
Oberbürgermeister

-7-


Christian Geselle
Stadtkämmerer

Kassel documenta Stadt

Anhang

zum

Jahresabschluss

31.12.2015

Anhang zum Jahresabschluss der Stadt Kassel zum 31.12.2015

I. Allgemeines

(0) **Vorbemerkung und Rechtsgrundlagen**

Die Stadt Kassel hat ihre Buchhaltung in 2006 auf die Doppik umgestellt. Die Eröffnungsbilanz wurde zum 01.01.2006 aufgestellt.

Die Umstellung auf die Doppik und die Aufstellung der Eröffnungsbilanz sowie der Folgebilanzen wurde unter Beachtung der Rechtsvorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) sowie der Verordnung zur Änderung der GemHVO vorgenommen.

Der Anhang zum Jahresabschluss wurde unter Beachtung des § 112 Abs. 4 Nr. 1 HGO und der §§ 44 und 52 GemHVO erstellt.

Im Anhang sind die wesentlichen Posten der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung zu erläutern und deren Abweichungen im Jahresvergleich darzustellen.

Ferner werden u. a. die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert und Zusatzinformationen angegeben, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses eine besondere Bedeutung haben.

Dem Anhang sind die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht, die Rückstellungsübersicht, die Verbindlichkeitenübersicht, , die Übersicht über Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften und die Übersicht über die fremden Finanzmittel als Anlagen angefügt.

(1) **Gliederung**

Der formale Aufbau des Jahresabschlusses (Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Anhang und Anlagen zum Jahresabschluss) orientiert sich an den Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik vom 02.04.2006 und der Verordnung zur Änderung der GemHVO vom 27.12.2011.

Grundlage für die Finanzbuchhaltung ist der Kommunale Kontenrahmen Hessen mit Stand 27.12.2011. Für die Bilanzerstellung 2015 wurde das Muster 20 zu § 49 der GemHVO vom 27.12.2011 verwendet.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte nach dem Vorsichtsprinzip, d. h. Vermögensgegenstände wurden im Zweifel mit dem niedrigeren Ansatz, Schulden im Zweifel mit dem höheren Ansatz bewertet.

Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt ab dem 01.01.2006 grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die Wertansätze zum 01.01.2006 wurden detailliert im Anhang zur Eröffnungsbilanz erläutert. Die in der Eröffnungsbilanz festgestellten Werte wurden fortgeführt und in den Erläuterungen zum 31.12.2015 ausführlich beschrieben.

Fremdkapitalzinsen werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sofern bei Betrieben gewerblicher Art steuerrechtliche Abschreibungen zugrunde zu legen waren, waren diese maßgebend. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der in 2010 von der Stadt überarbeiteten NKRS-Abschreibungstabelle des Landes Hessen vorgenommen. Die Nutzungsdauer für Gebäude in Massivbauweise wurde nicht von 80 auf 60 Jahre reduziert, da dies nicht die örtlichen Gegebenheiten widerspiegeln würde. Aufgrund der tatsächlichen Nutzung bei der Stadt Kassel werden Gebäude regelmäßig mehr als 60 Jahre genutzt.

Die Vereinfachungsregelung für Abschreibungen auf bewegliche Vermögensgegenstände nach § 43 Abs. 2 Satz 3 GemHVO (voller Abschreibungssatz für im ersten Halbjahr angeschaffte Vermögensgegenstände und halber Abschreibungssatz für im zweiten Halbjahr angeschaffte Vermögensgegenstände) wird nicht angewandt.

Bei geringwertigen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wurde bislang grundsätzlich von der Möglichkeit der Sofortabschreibung Gebrauch gemacht. Ab 01.01.2013 werden gem. § 41 Abs. 5 GemHVO Sammelposten gebildet, die auf 5 Jahre abgeschrieben werden (siehe auch Nr. 6b der Hinweise zu § 41 GemHVO).

Übersicht über die verwendeten Bewertungsmethoden und Abweichungen

Die Bewertungen wurden bereits ausführlich in der Eröffnungsbilanz und den Vorjahresbilanzen beschrieben. Sie werden beibehalten bzw. fortgeführt und der besseren Übersicht halber erneut dargestellt.

Software / Lizenzen

wurden mit den jeweiligen Anschaffungskosten vermindert um die seit Nutzungsbeginn aufgelaufenen Abschreibungen (= fortgeführte Anschaffungskosten) bewertet. Nicht entgeltlich erworbene Software (z. B. selbst erstellte Software) wird gemäß § 38 Abs. 3 GemHVO nicht angesetzt.

Geleistete Investitionszuschüsse

Von der Stadt Kassel geleistete Investitionszuschüsse sind ab dem 01.01.1998 erfasst und mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet worden. Sofern die Nutzungsdauer des Investitionsgegenstandes zu ermitteln war, wurde diese zugrunde gelegt.

Ansonsten wurde von der Vereinfachungsregelung des § 43 Abs. 5 GemHVO Gebrauch gemacht und Abschreibungen über einen Zeitraum von 10 Jahren vorgenommen.

Investitionszuschüsse für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände (Grund und Boden) werden, analog der Behandlung beim Zuwendungsempfänger, nicht abgeschrieben.

Unbebaute Grundstücke

Die unbebauten Grundstücke wurden nach der Nutzungsart katalogisiert und bewertet. Hierbei wurden die Grundstücke so behandelt, als würden sie vollständig entwidmet sein. Für die Bewertung wurden bereits im Kalenderjahr 2001 folgende Wertansätze (qm-Werte) festgelegt:

Grün- und Ackerland wurde auf Grundlage der Richtwerte des Gutachterausschusses bewertet (Ansatz Grünland mit 2,00 €/qm und Ackerland mit 3,00 €/qm). Gewässer wurden einheitlich mit 1,28 €/qm angesetzt.

Wald und Naturschutzgebiete wurden einheitlich mit 2,00 €/qm bewertet.

Öffentliche Grünflächen, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze, Friedhofsflächen und sonstige Erweiterungsflächen wurden mit 17,90 €/qm bewertet. Dies entspricht den tatsächlichen Kaufpreisen, die die Stadt Kassel zum Erwerb von Vorhalteflächen aufwendet.

Grund- und Bodenanteile von Straßen, Parkplätzen und sonstigen Verkehrsflächen wurden mit 17,90 €/qm angesetzt.

Bauland wurde, unabhängig von der Grundstückslage, einheitlich mit 17,90 €/qm bewertet.

Städtische Gebäude

Bewertungen für die städtischen Gebäude wurden bereits zum 01.01.1999 für die damalige Stadtbilanz (aus der Kameralistik hergeleitet) vorgenommen.

Dabei wurden die Gebäude anhand der jeweiligen Brandversicherungswerte und des Baupreisindex auf das letzte zu ermittelnde Baujahr bewertet. Die Grund- und Bodenwerte wurden mit 15 % des maßgebenden Brandversicherungswertes angesetzt (Empfehlung der Firma Mummert+Partner Unternehmensberatung AG, Hamburg) und entsprechend in der Bilanz ausgewiesen.

Nach der Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) wird bei den Gebäuden von einer technischen Nutzungsdauer von 80 Jahren ausgegangen. Die Abschreibungen wurden linear seit dem letzten zu ermittelnden Baujahr vorgenommen.

Zum 01.01.1999 wurden für die Gebäude die fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten ermittelt und seitdem die nachträglichen Herstellungskosten für die entsprechenden Gebäude erfasst und abgeschrieben.

Straßenein- und -aufbauten

Straßenein- und -aufbauten (Straßenkörper) wurden in der Eröffnungsbilanz zunächst einheitlich mit 130,00 €/qm bewertet. Bei dem Wert handelte es sich um die durchschnittlichen Baukosten des Straßenbaus im Bereich der Stadt Kassel. Die damalige Bewertung wurde in der Bilanz 2009 korrigiert, da sie aus aktueller Sicht zu hoch erschien.

Auf Anraten des Revisionsamtes der Stadt Kassel wurde zum 01.01.2009 eine Abwertung der Straßen auf 100,00 €/qm vorgenommen. Die dabei ermittelten neuen Werte wurden in 2015 fortgeschrieben.

Analog wurde in 2009 auch eine Abwertung des pauschalen Sonderpostens der Straßenbewertung vorgenommen. Auch hier erfolgte eine Fortschreibung in 2015.

Grundsätzlich wurde bei dem Altbestand an Straßen eine einheitliche Nutzungsdauer von 25 Jahren angenommen. Entsprechend des tatsächlichen Straßenzustandes wurden dann sechs Straßenkategorien festgelegt, anhand derer die maßgebliche Restnutzungsdauer zu bestimmen war:

Restnutzungsdauer:	25 Jahre	Ansatz	100 %
	20 Jahre	Ansatz	80 %
	15 Jahre	Ansatz	60 %
	10 Jahre	Ansatz	40 %
	5 Jahre	Ansatz	20 %
	darunter	Ansatz	0 %

Die Schätzung des Straßenzustandes der einzelnen Straßenabschnitte erfolgte durch die Straßenmeister des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes.

Brückenbauwerke

Brückenbauwerke, die älter als 20 Jahre sind, wurden mit einem Restwert von 1,00 € bewertet. Bei Brückenbauwerken, die jünger als 20 Jahre sind, wurden zunächst mittels Baupreisindex die Baukosten zum 01.01.2005 ermittelt. Anschließend erfolgten Wertabschläge entsprechend des tatsächlichen Bauzustandes.

Brückenbauwerke, für die die Anschaffungs-/Herstellungskosten zu ermitteln waren, wurden mit diesen bewertet. Anschließend wurden Wertabschläge entsprechend des tatsächlichen baulichen Zustandes vorgenommen.

Abschreibungen wurden entsprechend der Restnutzungsdauern vorgenommen.

Fußgängerunterführungen

Fußgängerunterführungen wurden insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt, da diese nach und nach durch überirdische Fußgängerüberwege ersetzt werden.

Der politische Wille, alle Fußgängerunterführungen zu schließen, ist unverändert.

Diese Vorgabe wurde und wird vom Straßenverkehrs- und Tiefbauamt umgesetzt.

Kunstgegenstände, Museums- und Bibliotheksbestände

Kunstgegenstände der städtischen Museen wurden grundsätzlich mit den Versicherungswerten angesetzt. Für Gebrauchskunst, Medien- und Bibliotheksbestände wurden Festwerte gebildet.

Aufwuchs (insbesondere Grünanlagen)

Der Aufwuchs wird getrennt vom Grund- und Bodenwert aktiviert. Hierzu wurden die Herstellungskosten seit 1998 ermittelt. Für die entsprechenden Grünanlagen werden Festwerte auf der Basis der tatsächlichen Anschaffungs-/Herstellungskosten gebildet. Aufwendungen für Wege, befestigte Flächen und sonstige Betriebsvorrichtungen werden gesondert aktiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Der Ansatz erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten.

Flächen in der Bewirtschaftung des Umwelt- und Gartenamtes

Die öffentlichen Grünflächen wurden in 2009 neu bewertet. In der Bilanz 2012 wurde eine Fortschreibung vorgenommen. Für 2016 ist eine Überprüfung der Bewertung vorgesehen.

Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Diese wurden mit den fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten bewertet.

Anlagen im Bau

Die aktivierungsfähigen Aufwendungen für noch nicht endgültig fertiggestellte Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden auf den Konten „Anlagen im Bau“ nachgewiesen. Wird die Herstellung bzw. Anschaffung beendet (d. h. Erwerb und Versetzung des Wirtschaftsgutes in einen betriebsbereiten Zustand), so sind die Aufwendungen auf das entsprechende Anlagensachkonto umzubuchen und entsprechend abzuschreiben.

Finanzanlagevermögen

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Anteile an Eigenbetrieben wurden nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode bewertet. Als Stichtag hierzu wurden die jeweiligen Bilanzen zum 31.12.2005 zugrunde gelegt.

Diese Bewertungsmethode ist nur bei der erstmaligen Bewertung im Rahmen der Eröffnungsbilanz zulässig, um die Anschaffungs- und Herstellungskosten zu ermitteln.

Kapitalaufstockungen werden aktiviert, da sie Anschaffungskosten darstellen. Positive Jahresergebnisse der städtischen Gesellschaften werden nicht berücksichtigt, da gem. § 41 Abs. 1 GemHVO eine Aktivierung höchstens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfolgen darf.

Wertminderungen werden nur berücksichtigt, wenn diese dauerhaft sind. Dies liegt vor, wenn Verluste in drei aufeinander folgenden Jahren erwirtschaftet werden. In der vorliegenden Bilanz wird keine dauerhafte Wertminderung berücksichtigt. Bei dem Ausweis von Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapieren des Anlagevermögens wurde wie folgt vorgegangen:

Verbundene Unternehmen

Nach der Legaldefinition des § 271 Abs. 2 HGB sind verbundene Unternehmen solche Unternehmen, die als Mutter- oder Tochterunternehmen (§ 290 HGB) in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens einbezogen werden können. Daher werden als Anteile an verbundenen Unternehmen diejenigen städtischen Eigengesellschaften erfasst, an denen die Stadt Kassel mehr als 50 % der Stimmrechte hält, d. h. die Beteiligungen mit beherrschendem Einfluss der Stadt Kassel darstellen (diese sind gemäß Nr. 11 der Hinweise zu § 49 GemHVO unter dem Posten Anteile an verbundenen Unternehmen auszuweisen, Empfehlung der BDO Wirtschaftsprüfungsgesellschaft).

Diese Unternehmen werden zum 31.12.2015 in einen gesonderten Gesamtabschluss (Konzernbilanz) mit einbezogen.

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe gelten als Sondervermögen der Gemeinden. Einrichtungen der Abfall- und Abwasserbeseitigung sind keine wirtschaftlichen Unternehmen gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO. Diese städtischen Einrichtungen haben keine eigene Rechtspersönlichkeit. Sie sind lediglich aus dem städtischen Haushalt ausgegliedert und werden nach den Vorschriften über Eigenbetriebe geführt. Ihrem Charakter nach sind sie wie ein verbundenes Unternehmen zu behandeln.

Beteiligungen

Als Beteiligungen wurden Anteile an Unternehmen ausgewiesen, an denen die Stadt Kassel mit mindestens 20 %, aber nicht mit mehr als 50 % beteiligt ist. Im Rahmen der Erstellung der Konzernbilanz für die Stadt Kassel wird überprüft, welche der in der Eröffnungsbilanz als Beteiligungen ausgewiesenen Anteile als Anteile an verbundenen Unternehmen zu behandeln sind.

Hierdurch ergeben sich keine Auswirkungen auf die Bewertung der Anteile. Es ändert sich dann lediglich die Position, in der die Anteile ausgewiesen werden. Es entstehen keine wertmäßigen Änderungen.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Alle anderen Anteile an Unternehmen, bei denen die Stadt Kassel mit weniger als 20 % des Stammkapitals beteiligt sind, werden als Wertpapiere des Anlagevermögens ausgewiesen und mit dem Nominalwert angesetzt.

Vorratsvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. wo notwendig mit dem Schätzwert (z. B. Schüttgut) angesetzt. Die Sonderregelungen zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen wurden hierbei angewandt. Demnach waren nur größere Lagerbestände in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen sind mit dem jeweiligen Nennbetrag berücksichtigt worden.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die liquiden (flüssigen) Mittel wurden mit ihrem Nennbetrag (Nominalwert) bewertet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten (transitorische Korrekturposten) wurden alle Aufwendungen und Erträge erfasst, welche wirtschaftlich dem Folgejahr zuzuordnen sind. Durch diese zeitliche Abgrenzung erfolgt eine periodengerechte Ergebnisermittlung.

Eigenkapital

Die Nettoposition errechnet sich aus dem Saldo der Vermögens- und Schuldposten der Bilanz zum 31.12.2015.

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses enthalten die Zuführungen oder Auflösungen aus den Überschüssen oder Fehlbeträgen der Jahresergebnisse aus Vorjahren.

Sonderposten

Erhaltene Investitionszuschüsse, Erschließungsbeiträge und Beiträge nach § 11 KAG sind als Sonderposten ausgewiesen.

Die Auflösung der Sonderposten erfolgt grundsätzlich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der jeweiligen Investitionsmaßnahme. Für die Eröffnungsbilanz wurden die Investitionszuweisungen und -beiträge seit dem 01.01.1998 ermittelt und bewertet.

Für die bewerteten Straßen wurde zudem ein Sonderposten als Bewertungsausgleich pauschal ermittelt und analog der Nutzungsdauer des jeweiligen Straßenabschnittes aufgelöst. Der Ansatz zum 31.12.2015 erfolgt mit den fortgeschriebenen Werten.

Rückstellungen für Pensionen

Pensionsrückstellungen werden nach dem Teilwertverfahren berechnet. Die Bildung der Rückstellung erfolgt gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 1 GemHVO. Als Rechnungszinsfuß wurden entsprechend § 41 Abs. 6 GemHVO 6 v. H. zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgte durch die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK). Siehe auch Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz Passiva Position 3.1.

Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern und Beamten für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bzw. Arbeitsverhältnis (§ 39 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO) wurden durch die BVK berechnet.

Das Berechnungsverfahren für die Berechnung der Beihilferückstellungen der Stadt Kassel wurde ab 2013 umgestellt.

Für die Berechnung der Rückstellungen für Beihilfen wurde in 2015 ein monatlicher Tarif von 319,45 € (maßgebender Durchschnitt der letzten 3 Jahre) zugrunde gelegt.

Damit wird ein realistischer Wert der bei der Stadt Kassel benötigten Beihilferückstellungen erreicht.

Siehe auch:

- Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva 3.1 Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen.
- Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung, Entwicklung der Aufwandspositionen, Pos. 2 Versorgungsaufwendungen.
- Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen.

Mit der Umstellung der Bewertungsmethode ist ein gewisses Risiko im Jahresabschluss verbunden. Durch eine Kumulation von Einzelfällen mit hohen Beihilfeaufwendungen könnte der Durchschnittswert für die Stadt Kassel negativ beeinflusst werden. Die neue Bewertungsmethode muss jedoch aufgrund des Grundsatzes der Bilanzstetigkeit auch dann beibehalten werden.

Rückstellung für Altersteilzeit

Die Bildung der Rückstellung erfolgt gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 3 GemHVO.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Berücksichtigung der von der Stadt Kassel gelieferten Daten durch die BVK berechnet und nach dem Pauschalwertverfahren gemäß BMF-Schreiben vom 28.03.2007 bewertet.

Rückstellungen für Lebensarbeitszeit

Lebensarbeitszeitkonten sind spezielle Langzeitkonten zur Arbeitszeitflexibilisierung. Grundlage ist die Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten vom 15. 12. 2009.

Ziel ist eine längerfristige bezahlte Freistellung von der Arbeit, oftmals unmittelbar vor dem Ruhestand (Renteneintritt bzw. Pensionierung). Eine Rückstellung für Lebens-

arbeitszeitkonten kann gemäß § 39 Abs. 1 letzter Satz GemHVO gebildet werden. Als Rückstellungsbetrag ist die mit Geld bewertete Arbeitszeit zu bilanzieren. Eine Abzinsung dieser Rückstellung findet nicht statt. Bei der Kontoführung werden die Guthaben in Zeiteinheiten, in der Regel Stunden, geführt. Eine eingebrachte Stunde während der Arbeitsphase bleibt auch in der Freistellung eine Stunde. Die Kontoführung wird vom Aufgabenbereich Personal- und Organisationsamt -Personalabteilung- durchgeführt. Die Einbuchung erfolgt durch die Haushaltsabteilung des Amtes Kämmerer und Steuern auf Meldung der Personalabteilung.

Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung

§ 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) sieht die Zahlung eines Leistungsentgeltes als zusätzliche variable und leistungsbezogene Ergänzung zum Tabellenentgelt vor. Eine Dienstvereinbarung über die Grundsätze der Verteilung des Leistungsentgeltes und Bewertung der Beschäftigten wurde im März 2013 beschlossen („Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt nach § 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD)“ vom 13. März 2013). Nach dieser Dienstvereinbarung werden 80 % des Leistungsentgeltes pauschal und ohne Leistungsdifferenzierung im laufenden Jahr ausgeschüttet. Die restlichen 20 % werden nach Leistungsgesichtspunkten im Folgejahr in Form einer Leistungsprämie ausgezahlt. Für diese Leistungsprämie sind Rückstellungen zu bilden. Nach den Berechnungen des Personal- und Organisationsamtes ist eine Rückstellung in Höhe von 400.000 € erforderlich, um die Leistungsprämie in 2016 auszahlen zu können.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

(3) Nachrichtlich:**Haftungsverhältnisse und kreditähnliche Verpflichtungen**

Der Gesamtbestand an übernommenen Bürgschaften (Eventualverbindlichkeiten) beträgt zum 31.12.2015 insgesamt 59.962.740,83 €.

(Bestand 31.12.2014: 61.513.920,81 €).

Kreditähnliche Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 3.930.383,00 € (Bestand 31.12.2014: 4.817.880,00 €). Es handelt sich dabei um langfristige Leasingverpflichtungen für die Tiefgarage Friedrichsplatz 2. Bauabschnitt und die Kleinmarkthalle.

Verpflichtungsermächtigungen bestehen in 2015 in Höhe von 12.600.000,00 € (Bestand 31.12.2014: 19.297.750,00 €).

Bestände der Brüder-Grimm-Sammlung

Entsprechend der gutachterlichen Stellungnahme des Rechtsamtes sind die Bestände der Brüder-Grimm-Sammlung der Stadt Kassel zuzurechnen.

Leihweise überlassene Bestände werden nicht aktiviert.

(4) Anmerkung

Die Stadt Kassel führt ein dezentrales Rechnungswesen. Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 wurde auf der Grundlage der durch die städtischen Ämter vorgenommenen Buchungen, der durchgeführten Inventur und den erteilten Auskünften erstellt. Die Bilanz, die Ergebnisrechnung sowie die Finanzrechnung wurden auf der Grundlage der Summen- und Saldenliste erstellt.

Wertansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 durften seit 2013 nicht mehr geändert oder nachgeholt werden.

**(5) Durchschnittliche Zahl der Beamten und Arbeitnehmer
(§ 50 Abs. 2 Nr. 10 GemHVO)**

In 2015 waren in der Stadtverwaltung Kassel durchschnittlich 2.701 Bedienstete beschäftigt, und zwar

Beamte	670
Beschäftigte (Arbeiter und Angestellte)	1.949
Anwärter, Auszubildende und Praktikanten	82

**(6) Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung
(§ 50 Abs. 2 Nr. 11 GemHVO)**

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in 2015 sind im Folgenden genannt:

Stadtverordnetenvorsteher/in

Friedrich Petra

Stadtverordnete

Dr. Alekuzei	Rabani
Amtsberg	Stephan
Aulepp	Simon
Aydin	Doğan
Bayer	Jörg-Peter
Beig	Dieter
Bergmann	Anke
Blutte	Jürgen
Boczkowski	Judith
Bogdon	Barbara
Bürger	Dietmar
Decker	Wolfgang
Domes	Norbert
Doose	Bernd-Peter
Drubel	Heinz-Gunter
Dr. Eichler	Manuel
Fitz	Gabriele
Frankenberger	Uwe
Freund	Helene
Fürsch	Ruth
Gaß	Renate
Geselle	Christian (bis 30.04.2015)
Häfner	Bernd Wolfgang

Dr. Hanemann	Rainer	
Hartig	Hermann	
Hengesbach-Knoop	Birgit	
Höhre	Carsten	(ab 01.05.2015)
Hesse	Christine	
Dr. Hoppe	Bernd	
Hornemann	Norbert	
Ince	Yasemin	(ab 01.06.2015)
Dr. Jürgens	Andreas	
Kalb	Dominique	
Kalveram	Esther	
Kaufmann	Vera Katrin	
Kieselbach	Wolfram	
Knauf	Christian	
Koch	Eva	
Koch	Thomas	(bis 31.05.2015)
Köpp	Dorothee	
Kortmann	Stefan	
Kühne-Hörmann	Eva	
Leitschuh	Marcus	
Lewandowski	Georg	
Linne	Kerstin	
Lipschik	Anja	
Markl	Stefan Kurt	
Mijatovic	Boris	
Oberbrunner	Frank	
Petersen	Olaf	
Reimann	Heidi	
Rönz	Gernot	
Schäfer	Enrico	
Schild	Bodo	
Schleißing	Hans Joachim	
Dr. Schnell	Günther	
Schöberl	Karl	
Schwalm	Jutta	
Selbert	Axel	
Sprafke	Monika	
Sprafke	Norbert	
Stähling-Dittmann	Waltraud	
Strube	Donald	
Thiel	Brigitte	
Trinczek	Birgit	
Dr. van den Hövel-Hanemann	Martina	

Völler	Harry
Dr. von Rüden	Michael
Weber	Helga
Dr. Westerburg	Jörg
Dr. Wett	Norbert
Zeidler	Volker

Mitglieder des Magistrats in 2015 waren:

Hauptamtliche Mitglieder:

Oberbürgermeister Bertram Hilgen
Bürgermeister Jürgen Kaiser (bis 14.12.2015)
Stadtkämmerer Dr. Jürgen Barthel (bis 31.07.2015)
Stadtrat/Stadtkämmerer Christian Geselle (ab 01.05.2015/01.08.2015)
Stadträtin Anne Janz
Stadtbaurat Christof Nolda

Ehrenamtliche Mitglieder:

Stadträtin Brigitte Bergholter
Stadtrat Martin Engels
Stadtrat Thomas Flügge
Stadträtin Esther Haß
Stadträtin Barbara Herrmann-Kirchberg
Stadtrat Hendrik Jordan
Stadträtin Annett Martin
Stadträtin Heike Mattern
Stadtrat Hans-Jürgen Sandrock
Stadtrat Heinz Schmidt
Stadtrat Richard Schramm
Stadtrat Hajo Schuy
Stadträtin Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer

II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2015

A K T I V A

1. ANLAGEVERMÖGEN

<u>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	1.100.093,63 €	861.627,12 €
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	73.705.307,93 €	74.904.095,27 €
Städtebauförderung	15.425.286,00 €	16.978.076,00 €
Staatstheater	10.958.287,55 €	11.070.026,55 €
VHS	29.901,00 €	37.433,00 €
Eigenbetriebe und Wirtschaftliche Beteiligungen	11.418.490,00 €	11.664.691,00 €
Straßenbeleuchtung und Ingenieurbauwerke	10.498.092,69 €	9.466.532,03 €
Systembedeutsame Maßnahmen Regio Tram Kanal	1.522.397,00 €	3.533.008,00 €
	385.396,00 €	665.182,00 €
Fernwärme / Strom / Wasser	88.097,00 €	176.194,00 €
Kassel Marketing	210.000,00 €	240.000,00 €
Flughafen	13.679.634,69 €	14.300.160,69 €
NVV und DB	2.938.889,00 €	2.941.552,00 €
Denkmalpflege	238.740,00 €	244.861,00 €
Kitas	836.162,00 €	906.032,00 €
Sport	283.392,00 €	349.793,00 €
Jugendherberge	1.615.697,00 €	0,00 €
Übrige Zuschüsse	3.576.846,00 €	2.330.554,00 €
Summe	73.705.307,93 €	74.904.095,27 €

1.2 Sachanlagevermögen	<u>2015</u>	<u>2014</u>
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	400.806.707,26 €	396.238.265,52 €
Sportanlagen	13.325.116,12 €	13.345.880,13 €
unbebaute Grundstücke Kindertagesstätten	9.218,50 €	9.218,50 €
Gärten inkl. Kleingärten	7.171.704,11 €	7.178.425,11 €
Grünland	1.389.711,89 €	1.426.653,62 €
Ackerland	26.755.907,38 €	23.005.609,61 €
Erbbaurechtsgrundstücke	13.454.059,26 €	13.021.431,94 €
Bauland	1.800.081,93 €	1.655.998,50 €
Pflegeflächen	162.378,10 €	168.792,10 €
Flächen für sonstige Dauernutzer	262.123,40 €	262.123,40 €
Sonstige Nutzungen	1.009.906,83 €	1.054.462,61 €
Selbständig nicht nutzbare Flächen	101.947,52 €	105.460,24 €
Wirtschaftlich nicht nutzbare Flächen	52.839,70 €	52.839,70 €
Stiftungsgrundstücke	1.719.859,30 €	1.719.859,30 €
Grundstücksgleiche Rechte	1.021,62 €	1.021,62 €
Friedhöfe	13.746.126,00 €	13.746.126,00 €
Gewässer	1.302.602,98 €	1.246.792,17 €
Stammgleis Waldau	3.086.314,86 €	3.086.314,86 €
Wald	1.199.340,00 €	1.199.340,00 €
Grund- und Bodenanteile Infrastrukturvermögen	254.120.570,51 €	253.487.806,07 €
Grund- und Bodenanteile bebaute Grundstücke	60.135.877,25 €	60.464.110,04 €
Summe	<u>400.806.707,26 €</u>	<u>396.238.265,52 €</u>

Die Stiftungsgrundstücke der unselbständigen Stiftungen sind bei den unbebauten Grundstücken auszuweisen. Auf der Passivseite der Bilanz wird hierzu eine Gegenposition gebildet, die den Wert gesondert als Stiftungskapital kennzeichnet (Position 1.2.3 Sonderrücklagen).

Im Rahmen der Fortführung des Vermögensnachweises über die sich im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Kassel befindlichen unbebauten Grundstücke wurden weitere erforderliche Wertanpassungen für 2015 in Höhe von **91.992,77 €** ermittelt.

Die Einbuchung konnte nicht mehr gegen die Nettoposition erfolgen, sondern musste erfolgswirksam durchgeführt werden, da das Regierungspräsidium Kassel verfügt hat, dass Änderungen bzw. Nachholungen gemäß § 108 Abs. 5 HGO in den Bilanzen der Stadt Kassel letztmalig zum 31.12.2012 möglich waren (siehe hierzu auch Passiva Pos. 1.1).

Die Erhöhung des Wertansatzes basiert im Wesentlichen auf zwischenzeitlichen Festlegungen der Grundstücksverwaltung von Flächen, die in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 mangels Kenntnis der tatsächlichen Nutzung mit einem Mindestwert von 2,00 €/qm geführt wurden.

Neben der Erhöhung des Wertansatzes wurden zwischenzeitliche Veränderungen im Bestand infolge der Anpassung der Nutzungsart außerhalb von Zu- oder Abgängen berücksichtigt. Grundlage der verbindlichen Zuordnung eines Grundstücks zu einer Nutzungsart ist in der Regel die Festlegung der Grundstücksverwaltung.

Es wurde eine Aufteilung auf die einzelnen oben dargestellten Grundstücksarten vorgenommen.

1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	386.520.037,66 €	375.691.448,73 €
Schulgebäude	229.027.582,59 €	228.441.886,00 €
Kindertagesstätten	20.338.794,84 €	20.029.868,84 €
Gebäude Sportanlagen, -hallen	47.453.920,52 €	47.913.187,69 €
Bürgerhäuser, Büchereien	11.034.591,14 €	11.188.412,00 €
Brand- u. Katastrophenschutz	19.917.595,68 €	20.227.560,00 €
Sonstige Betriebsgebäude	23.401.067,84 €	10.412.058,84 €
Verwaltungsgebäude	24.427.467,33 €	24.112.470,00 €
Andere Bauten	2.054.762,00 €	4.339.338,00 €
Grundstückseinrichtungen	8.162.215,52 €	8.379.888,36 €
Gebäudeeinrichtungen	702.040,20 €	646.779,00 €
Summe	<u>386.520.037,66 €</u>	<u>375.691.448,73 €</u>

Die Erhöhung des Bestandes an Betriebsgebäuden beruht auf der Fertigstellung der Grimmwelt.

1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	365.476.676,32 €	364.005.126,49 €
Das Infrastrukturvermögen umfasst:		
Bundesstraßen	13.269.043,00 €	11.657.554,00 €
Landesstraßen	23.041.742,37 €	24.737.153,37 €
Kreisstraßen	27.250.603,98 €	20.263.298,00 €
Gemeindestraßen	85.743.744,73 €	92.391.448,51 €
Verkehrssignalanlagen	5.979.895,62 €	5.305.626,19 €
Verkehrs- und Hinweisschilder	352.539,50 €	289.071,40 €
Verkehrsrechner	2.361.325,00 €	2.608.156,00 €
Wege, Plätze	9.857.721,28 €	10.045.238,92 €
Sonstiges Infrastrukturvermögen	2.430.437,58 €	2.648.828,58 €
Brücken	29.505.269,00 €	29.440.724,00 €
Fußgängerunterführungen	85.312,00 €	87.233,00 €
Schrankenanlagen	5.041,00 €	5.429,00 €
Brunnen	643.775,00 €	679.404,00 €
Museumsbestände, Kunstsammlungen	58.985.273,38 €	57.834.288,84 €
Öffentliche Grünflächen	101.887.412,50 €	101.864.475,87 €
Außenanlagen in Grünflächen	1.053.339,40 €	1.101.662,40 €
Friedhofsanlagen	3.010.435,98 €	3.029.227,41 €
Gewässerbauten	11.980,00 €	12.142,00 €
Abfalleinsammlung	1.785,00 €	4.165,00 €
Summe	<u>365.476.676,32 €</u>	<u>364.005.126,49 €</u>

Entgegen dem Trend der Vorjahre hat sich der Bestand des Infrastrukturvermögens in 2015 nicht verringert, da insbesondere im Straßenbereich mehrere Großprojekte (Friedrich-Ebert-Straße, Altmarkt) abgeschlossen werden konnten (Aktivierungen, die den Werteverzehr ausgeglichen haben).

1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	2.707.473,81 €	3.255.725,50 €
Anlagen und Maschinen	42.759,00 €	53.805,00 €
Maschinen der Materiallagerung u. Bereitstellung	20.293,00 €	21.938,00 €
Maschinen der Materialbearbeitung	26.124,00 €	38.918,00 €
Anlagen für Kälte und Wärme	2.669,00 €	3.114,00 €
Medienbestand	10.539,00 €	26.966,00 €
Sonstige	2.605.089,81 €	3.110.984,50 €
Summe	<u>2.707.473,81 €</u>	<u>3.255.725,50 €</u>
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.574.859,14 €	17.126.815,47 €
Andere Anlagen	814.613,97 €	736.320,05 €
Werkstätteneinrichtung und -geräte	19.889,00 €	20.516,00 €
Werkzeuge, Werksgeweräte	157.077,00 €	170.254,12 €
Lager- und Transporteinrichtungen	21.331,00 €	26.360,00 €
Lebewesen und Pflanzen	1.183.910,90 €	1.148.832,73 €
Fuhrpark	2.617.381,00 €	3.132.370,70 €
Sonstige Betriebsausstattung	7.826.654,99 €	6.134.719,61 €
Büromaschinen, DV- u. Kommunikationsanlagen	1.225.903,53 €	1.230.319,48 €
Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	1.252.039,90 €	1.046.959,31 €
Geringwertige Vermögensgegenstände	3.456.057,85 €	3.480.163,47 €
Summe	<u>18.574.859,14 €</u>	<u>17.126.815,47 €</u>
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	39.041.930,05 €	41.535.843,27 €

Im Jahr 2015 wurden Anlagen im Bau in Höhe von **rd. 35,3 Mio. €** (2014: 9,5 Mio. €) aufgelöst.

Die Erhöhung der Auflösung gegenüber dem Vorjahr beruht insbesondere darauf, dass in 2015 deutlich mehr Großprojekte (Grimmwelt, Friedrich-Ebert-Straße, Altmarkt) abgeschlossen wurden als im Vorjahr.

1.3 Finanzanlagen

Das Finanzanlagevermögen wird mit den in der Eröffnungsbilanz festgestellten Werten fortgeführt. Zugänge werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

2015

2014

390.477.007,51 € 382.530.842,51 €

Anteile an verbundenen Unternehmen	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2015 in €	Buchwerte zum 31.12.2014 in €	Kapitalanteil in %
GWG GmbH	10.600.000,00	29.909.103,14	29.909.103,14	100,00
KVV Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	68.151.000,00	227.736.818,82	220.802.018,82	100,00
TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	7.209.400,00	10.935.023,67	9.935.023,67	100,00
Kassel Marketing GmbH	500.000,00	531.672,57	531.672,57	100,00
JAFKA gGmbH	1.108.000,00	1.310.192,56	1.310.192,56	100,00
GRIMMWELT Kassel gGmbH	25.000,00	25.000,00	25.000,00	100,00
NB Nordhessenbus GmbH	50.000,00	63.820,35	63.820,35	100,00
GNH Gesundheit Nordh. Holding AG	100.000,00	33.981.065,18	33.981.065,18	92,50
Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG Kassel	767.000,00	1,00	1,00	54,00
FiDT Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Oskar-von-Miller-Schule	28.050,00	867.672,43	867.672,43	50,50
Anstalt des öffentlichen Rechts	11.365,00	11.365,00	0,00	100,00
	Summe	305.371.734,72 €	297.425.569,72 €	

In 2015 haben sich folgende Änderungen ergeben:

Die Anteile an der **KVV GmbH** wurden in 2015 planmäßig um **6.934.800,00 €** erhöht. Die **TSK GmbH** erhielt in 2015 eine Kapitaleinlage der Stadt Kassel in Höhe von **1.000.000,00 €**.

Die **Oskar-von-Miller-Schule** wurde als Anstalt des öffentlichen Rechts in das Finanzanlagevermögen überführt. Der Buchwert entspricht dem Wert des überführten Anlagevermögens.

Eigenbetrieb	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2015 in €	Buchwerte zum 31.12.2014 in €	Kapitalanteil in %
Die Stadtreiniger Kassel	511.300,00	511.300,00	511.300,00	100,00
KASSELWASSER	13.000.000,00	84.593.972,79	84.593.972,79	100,00
	Summe	85.105.272,79 €	85.105.272,79 €	

1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	0,00 €	0,00 €

1.3.3 Beteiligungen / Zweckverbände	847.075,41 €	747.074,41 €
--	---------------------	---------------------

Beteiligungen	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2015 in €	Buchwerte zum 31.12.2014 in €	Kapitalanteil in %
documenta und Museum Fridericianum Veranstaltungsgesellschaft mbH	12.800,00	12.800,00	12.800,00	50,00
TSK Parkhausgesellschaft der Stadt Kassel mbH	140.605,27	78.703,93	78.703,93	50,00
WFG Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	18.409,68	40.266,48	40.266,48	25,53
EFN Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH	12.800,00	12.800,00	12.800,00	50,00
Science Park Kassel GmbH	12.500,00	702.500,00	602.500,00	50,00
Summe		847.070,41 €	747.070,41 €	

In 2015 haben sich folgende Änderungen ergeben:

Der **Science Park Kassel GmbH** wurde eine Liquiditätshilfe (Kapitalverstärkung) in Höhe von **100.000,00 €** zur Verfügung gestellt.

Zweckverbände	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2015 in €	Buchwerte zum 31.12.2014 in €	Kapitalanteil in %
Kommunales Gebietsrechenzentrum Kassel		1,00	1,00	
Zweckverband Raum Kassel		1,00	1,00	
Zweckverband Naturpark Habichtswald		1,00	1,00	
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord		1,00	1,00	
Wasserverband Losse		1,00	0,00	
Summe		5,00 €	4,00 €	

In 2015 wurde der **Zweckverband „Wasserverband Losse“** in das Beteiligungsportfolio der Stadt Kassel aufgenommen. Die Mitgliedschaft wird vom Eigenbetrieb „KASSELWASSER“ wahrgenommen.

1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2015 205.036.980,89 €	2014 0,00 €
--	--	------------------------------

Ausleihungen an Eigenbetrieb	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2015 in €	Buchwerte zum 31.12.2014 in €	Kapital- anteil in %
Die Stadtreiniger Kassel	13.569.789,40	13.569.789,40	0,00	100,00
KASSELWASSER	191.467.191,49	191.467.191,49	0,00	100,00
Summe		205.036.980,89 €	0,00 €	

Es handelt sich um die Darlehen, die die Stadt Kassel für ihre Eigenbetriebe aufnimmt und an diese weitergibt. Diese werden ab 2015 in der Bilanz der Stadt ausgewiesen (siehe auch Passiva Position 4.2.1).

Am Bilanzstichtag besteht im Vergleich mit dem Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ eine Differenz bei den Ausleihungen in Höhe von 4.050.000,00 €. Bei dieser Abweichung handelt es sich um einen zeitlichen Buchungsunterschied zwischen den Buchhaltungen. Die Differenz wird im Rahmen der Erstellung des Gesamtabchlusses eliminiert.

1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	17.811.445,30 €	17.047.976,36 €
--	------------------------	------------------------

a) Anteile an Unternehmen	2.588.004,00 €	2.588.004,00 €
----------------------------------	-----------------------	-----------------------

Wertpapiere des Anlagevermögens	Nominalwert 2015 in €	Nominalwert 2014 in €	Kapitalanteil in %
Klinikum Kassel GmbH	5.000,00	5.000,00	10,00
HLG Hessische Landgesellschaft mbH	3.067,00	3.067,00	0,10
Wohnstadt Stadtentwicklung- und Wohnbaugesellschaft Hessen mbH	478.500,00	478.500,00	1,30
Vereinigte Wohnstätten 1889 eG	6.200,00	6.200,00	0,00
NVV Nordhessischer Verkehrsver- bund & Fördergesellschaft Nord- hessen mbH	5.112,00	5.112,00	14,28
MHKW Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	511.300,00	511.300,00	2,50
Kasseler Verkehrsgesellschaft AG	1.445.300,00	1.445.300,00	6,50
Kasseler Bank eG	50,00	50,00	0,00
Flughafen GmbH Kassel	132.850,00	132.850,00	13,00
IdE Institut dez. Energietechnologie gGmbH	625,00	625,00	2,50
Summe	2.588.004,00 €	2.588.004,00 €	

b) Festverzinsliche Wertpapiere	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	0,00 €	0,00 €
c) Sondervermögen	15.223.441,30 €	14.459.972,36 €

Beim Sondervermögen handelt es sich um die angesammelte Versorgungsrücklage nach dem HVersRückIG und nach den Festlegungen der Stadt Kassel.

In Anlehnung an das Verfahren beim Land Hessen und in Absprache mit dem HMdlufS wird die Rücklage als Sondervermögen ausgewiesen und angelegt. Die Finanzierung erfolgt durch die Aufnahme von Kassenkrediten (s. Passiva Position 4.3).

Die bislang bei der Stadt Kassel in kameraler und doppischer Zeit bis zum 31.12.2015 insgesamt rechnerisch ermittelten Versorgungsrücklagebeträge betragen 15.223.441,30 €. Dieser Betrag ist wie folgt nachgewiesen:

Verbindlichkeiten Passiva Position 4.3

-Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung- 15.223.441,30 €

Die Gegenfinanzierung stellt sich wie folgt dar:

Sondervermögen Aktiva Position 1.3.5.c

-Wertpapiere des Anlagevermögens- 15.223.441,30 €

1.3.6 Sonstige Ausleihungen (Sonstige Finanzanlagen)

64.135.229,37 € 68.875.432,51 €

Sonstige Ausleihungen sind Kapitalforderungen gegenüber Dritten, denen langfristig Darlehen zur Verfügung gestellt wurden. Zum 31.12.2015 sind folgende Bestände auszuweisen:

Obdachlosenfürsorge	71.593,99 €	78.392,50 €
Darlehen Sozialhilfe nach BSHG	2.377,79 €	1.917,71 €
Darlehen-Gesellschafterdarl. und übr. Bereiche-	44.109.355,66 €	45.782.376,45 €
Fehlbelegung	9.828.788,45 €	9.098.214,20 €
Darlehen Stadtсанierung	1.011.882,45 €	1.075.434,46 €
Investitionsfondsdarlehen	7.934.603,60 €	8.662.528,70 €
Mieterdarlehen BHT	538.986,53 €	513.421,97 €
Sonderinvestitionsprogramm Darlehen	637.640,90 €	663.146,52 €
Summe	64.135.229,37 €	65.875.432,51 €

Die Abweichung von rd. 1,7 Mio. € zum Vorjahr im Bereich der Darlehen -Gesellschafterdarlehen- resultiert unter anderem aus der jährlichen Tilgung des Gesellschafterdarlehens durch die Städtische Werke AG zur Errichtung des Neubaus des Auebades in Höhe von 30 Mio. € (Tilgung ab 2014).

1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen**2015****2014****107.758.254,53 € 107.758.254,53 €**

Zweckverband Kasseler Sparkasse	Nominalwert in €	Buchwerte zum 31.12.2015 in €	Buchwerte zum 31.12.2014 in €	Kapitalanteil in %
Kasseler Sparkasse	215.516.509,05	107.758.254,53	107.758.254,53	50,00
	Summe	107.758.254,53 €	107.758.254,53 €	

2. UMLAUFVERMÖGEN**2.1 Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs-****2015****2014****und Betriebsstoffe****645.980,58 €****596.610,09 €**

Betriebsstoffe	29.323,44 €	46.823,98 €
Verkehrsschilder	53.452,47 €	61.947,80 €
Rohstoffe	8.102,93 €	4.459,91 €
Pflanzenbestand, Pflanzmaterial	36.265,00 €	40.310,00 €
Steuergeräte Verkehrsrechner	115.541,56 €	115.541,56 €
Werkstättenmaterial	61.800,43 €	33.422,56 €
Land- u. forstwirtschaftliche Materialien	3.290,00 €	4.185,00 €
Baustoffe	217.248,55 €	105.437,05 €
Sonstige Hilfsstoffe	109.971,20 €	167.165,99 €
Sonstige Betriebsstoffe	10.985,00 €	17.316,24 €
Summe	645.980,58 €	596.610,09 €

2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren**37.947,26 €****0,00 €**

2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	<u>2015</u>	<u>2014</u>
Gesamtsumme	64.613.201,29 €	69.492.435,92 €
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	34.783.259,16 €	42.037.002,77 €
Transferforderungen	3.425.324,25 €	3.636.010,45 €
Allg. und sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	1.803.374,58 €	1.153.564,28 €
Zuweisungen und Zuschüsse Gemeinden und Gemeindeverbände (insb. Landkreis Kassel)	624.364,58 €	968.739,69 €
- Zuweisungen des Landes-		
Investitionszuweisungen	31.936.200,63 €	38.628.371,94 €
Einzelwertberichtigung	-1.567.976,12 €	-1.366.317,04 €
Pauschalierte Einzelwertberichtigung	-1.426.012,14 €	-963.070,48 €
Pauschalwertberichtigung	-12.016,62 €	-20.296,07 €
Summe	<u>34.783.259,16 €</u>	<u>42.037.002,77 €</u>
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	21.367.266,62 €	17.873.324,95 €
Steuerforderungen	21.694.443,60 €	19.002.585,88 €
Gebühren und Beiträge	9.379.866,27 €	7.143.579,24 €
Beitragsforderungen Bauverwaltungsamt	3.632,58 €	4.172,58 €
Einzelwertberichtigung	-3.906.883,85 €	-2.836.799,58 €
Pauschalierte Einzelwertberichtigung	-101.806,62 €	-72.618,43 €
Pauschalwertberichtigung	-5.701.985,36 €	-5.367.594,74 €
Summe	<u>21.367.266,62 €</u>	<u>17.873.324,95 €</u>

2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2015	2014
	5.371.033,83 €	6.783.702,83 €
Forderungen gegenüber privaten Dritten	6.971.011,33 €	7.542.509,61 €
Forderungen gegenüber Gem./Gemeindeverb.	50.001,00 €	49.995,00 €
Einzelwertberichtigung	-1.415.372,44 €	-458.471,86 €
Pauschalierte Einzelwertberichtigung	-216.286,73 €	-321.078,80 €
Pauschalwertberichtigung	-18.319,33 €	-29.251,12 €
Summe	5.371.033,83 €	6.783.702,83 €
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unter- nehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sonder- vermögen	1.237.821,01 €	709.519,59 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	525.229,59 €	119.161,29 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	720.901,54 €	597.678,87 €
Pauschalwertberichtigung	-8.310,12 €	-7.320,57 €
	1.237.821,01 €	709.519,59 €
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	1.853.820,67 €	2.088.885,78 €
Forderungen aus Versicherungsschäden	64.754,16 €	48.217,87 €
Forderungen aus Verwahrungen	1.664.887,72 €	1.615.900,71 €
Restkaufgelder Liegenschaftsamt	39.825,14 €	40.290,84 €
Andere sonstige Vermögensgegenstände	271.964,26 €	774.844,41 €
Pauschalierte Einzelwertberichtigung	-178.273,64 €	-379.442,32 €
Pauschalwertberichtigung	-9.336,97 €	-10.925,73 €
Summe	1.853.820,67 €	2.088.885,78 €

Hinweis zu 2.3.1 bis 2.3.5:

Es wurden zusätzliche Pauschalwertberichtigungen neben den pauschalierten Einzelwertberichtigungen vorgenommen, da die Risiken mit den vorgenommenen Wertberichtigungen noch nicht vollständig abgegolten sind.

Die pauschalierten Einzelwertberichtigungen 2015 wurden auf Grundlage der Altersstrukturliste der Forderungen berechnet.

Die Gesamtforderungen reduzierten sich in 2015 um **4.879.234,63 €** gegenüber 2014.

2.4 Flüssige Mittel	2015	2014
	412.164,33 €	4.119.695,36 €
Kasseler Sparkasse	140.052,97 €	3.913.829,91 €
Kasseler Bank	1.093,27 €	6.309,92 €
Commerzbank	1.892,11 €	5.545,09 €
Deutsche Bank	11.822,29 €	8.492,20 €
Deutsche Bundesbank	317,31 €	168,90 €
Landeskreditkasse	1.520,94 €	4.484,56 €
Postbank	104.703,77 €	53.801,24 €
Handvorschüsse	51.913,01 €	46.630,01 €
Betriebsmittelvorschüsse	17.850,00 €	15.750,00 €
Kassenbestand	80.998,66 €	64.683,53 €
Summe	412.164,33 €	4.119.695,36 €

Ein negativer Bankbestand der Kasseler Sparkasse in Höhe von 6.438.801,44 € wurde zu den Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung umgegliedert (siehe auch Passiva Position 4.3). Weiterhin wurden die bisher bei der Stadt berücksichtigten Bankbestände der Eigenbetriebe „KASSELWASSER“ und „Die Stadtreiniger“ (zum 31.12.2015 5.136.284,71 €) ab 2015 den Eigenbetrieben zugerechnet und ausschließlich in deren Bilanz berücksichtigt.

3. Rechnungsabgrenzungsposten	18.315.137,06 €	14.003.940,09 €
Kreditbeschaffungskosten	5.028.640,36 €	4.519.182,24 €
Betriebe gewerblicher Art	203.300,00 €	271.029,00 €
Beamten- und Versorgungsbezüge I/2016	3.714.121,72 €	3.683.988,91 €
Andere aktive Rechnungsabgrenzungsposten	9.369.074,98 €	5.529.739,94 €
Summe	18.315.137,06 €	14.003.940,09 €

In dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für 2015 sind unter anderem die Versorgungsbezüge für Januar 2016 in Höhe von 1.542.690,00 € und Beamtenbezüge für Januar 2016 in Höhe von 2.171.531,72 € enthalten.

4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 €	0,00 €
---	---------------	---------------

PASSIVA

1. Eigenkapital

1.1 Netto-Position

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	674.491.294,07 €	674.491.294,07 €

Das in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 erstmalig festgestellte Nettovermögen wird grundsätzlich als Festwert fortgeführt.

Gemäß § 108 Abs. 5 HGO konnten Änderungen bzw. Nachholungen grundsätzlich noch bis zum 31.12.2009 erfolgen.

Mit Erlass vom 03.03.2011 hatte das Regierungspräsidium Kassel verfügt, dass darüber hinausgehende weitere Berichtigungen in den Bilanzen der Stadt Kassel bis zum 31.12.2012 aufsichtsbehördlich nicht beanstandet würden.

Ein Antrag an das Hessische Ministerium des Innern und für Sport auf weitere Fristverlängerung wurde von der Stadt Kassel gestellt und abschlägig beschieden.

Ab 2013 wurden somit keine neuen Nachholungen mehr vorgenommen.

Das Nettovermögen in der Eröffnungsbilanz ergibt sich aus dem Saldo des Vermögens und der Schulden zum 01.01.2006 zuzüglich/abzüglich der Änderungen aus 2006 bis 2015.

1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital

1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	3.724.403,88 €	524.875,21 €

Entwicklung:

Ordentlicher Überschuss 2007 anteilig (Überschuss 2007 18.798.834,11 € - Fehlbetrag 2006 10.627.745,85 €)	6.970.003,91 €
Ordentlicher Überschuss 2008	18.798.834,11 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2009 anteilig (Fehlbetrag 2009 11.220.089,34 € + Ergebnisvortrag 2008 8.109.996,70 €)	- 3.110.092,64 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2010	- 12.212.486,95 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2011 anteilig (Fehlbetrag 2011 37.949.007,82 €) bis zur Höhe der angesammelten Rücklage	- 10.446.258,43 €
Ordentlicher Überschuss 2013	6.041.592,24 €
Verrechnung mit Verlustvortrag 2012	- 5.516.717,03 €
Ordentlicher Überschuss 2014	2.287.446,31 €
Ordentlicher Überschuss 2014 Anteil Auguste-Förster	507.685,11 €
Ergebnisvortrag aus 2014 (Umbuchung)	404.397,25 €
Summe	<u>3.724.403,88 €</u>

Diese Position beinhaltet die Zuführung der positiven Verwaltungs- und Finanzergebnisse der Jahresabschlüsse 2007, 2008, 2013 und 2014 sowie die Verrechnung der negativen Verwaltungs- und Finanzergebnisse 2006 und 2009 bis 2011. In 2012 hat sich durch den erwirtschafteten Fehlbetrag keine Änderung der Rücklage ergeben.

Der ordentliche Jahresüberschuss 2014 i. H. v. 2.287.446,31 € ist der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

Der Fehlbetrag der bisherigen Gebührenaussgleichsrücklage Erziehungshilfen Auguste-Förster (neu Sonderrücklage) 2014 in Höhe von 507.685,11 € war im Jahresüberschuss 2014 bereits enthalten und muss als Verlustvortrag (Ergebnisvortrag) separat ausgewiesen werden. Das bedeutet, der ordentliche Jahresüberschuss 2014 war ohne Auguste-Förster um 507.685,11 € höher. Dieser Betrag wird ebenfalls der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Verlust Auguste-Förster selbst wird dem Ergebnisvortrag zugeführt und muss in den Folgejahren von der Einrichtung ausgeglichen werden.

Außerdem ist der Ergebnisvortrag (Gewinnvortrag) des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren aus 2014 in Höhe von 404.397,25 € der Rücklage zuzuführen.

Die Rücklage beträgt somit am Jahresende 2015 insgesamt 3.724.403,88 €.

1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	6.094.273,87 €	2.837.188,79 €

Entwicklung:

Außerordentlicher Überschuss 2006	6.056.364,64 €
Außerordentlicher Überschuss 2007	7.536.105,60 €
Außerordentlicher Überschuss 2008	2.383.034,35 €
Außerordentlicher Überschuss 2009	201.237,29 €
Außerordentlicher Überschuss 2010	3.271.050,32 €
Außerordentlicher Überschuss 2011	7.650.554,89 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2011 (anteilige Verrechnung)	- 27.098.347,09 €
Außerordentlicher Überschuss 2012	2.686.958,96 €
Verlustvortrag 2011 (Verrechnung)	- 404.402,30 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2012 (anteilige Verrechnung)	- 2.282.556,66 €
Außerordentlicher Überschuss 2013	2.837.188,79 €
Außerordentlicher Überschuss 2014	1.515.736,72 €
Ergebnisvortrag aus 2014 (Umbuchung)	1.741.348,36 €

Summe	<u>6.094.273,87 €</u>
--------------	------------------------------

Hier werden die Zuführungen der positiven Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2006-2014 aus periodenfremden und seltenen oder unregelmäßigen Geschäftsvorfällen sowie die Erträge aus der Veräußerung von Anlagevermögen ausgewiesen und die Verrechnung mit dem ordentlichen Fehlbetrag 2011, dem Verlustvortrag aus 2011 und dem anteiligen ordentlichen Fehlbetrag 2012.

Das außerordentliche Ergebnis 2014 i. H. v. 1.515.736,72 € ist der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

Außerdem ist das außerordentliche Ergebnis der Vorjahre (Gewinnvortrag) aus 2014 in Höhe von 1.741.348,36 € der Rücklage zuzuführen.

Die Rücklage beträgt somit am Jahresende 2015 insgesamt 6.094.273,87 €.

1.2.3 Sonderrücklagen	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	9.182.768,86 €	8.137.116,65 €
Sonderrücklage		
Erziehungshilfen Auguste-Förster	160.329,27 €	0,00 €
Sonderrücklage		
Rettungsdienste	1.594.614,95 €	813.936,91 €
Stiftungskapital:		
Stiftungsgrundstücke	1.719.859,30 €	1.719.859,30 €
Finanzmittel/Liquide Mittel	5.707.965,34 €	5.603.320,44 €
Summe Stiftungskapital	<u>7.427.824,64 €</u>	<u>7.323.179,74 €</u>
Gesamtsumme Sonderrücklagen	9.182.768,86 €	8.137.116,65 €

Bei den Stiftungen handelt es sich um rechtlich unselbständige Stiftungen.

Die Sonderrücklage Erziehungshilfen Auguste-Förster hat in 2015 einen Überschuss von 668.014,38 € erwirtschaftet. Dieser ist im ordentlichen Jahresüberschuss 2015 enthalten. Im Jahr 2016 wird damit der Fehlbetrag aus 2014 in Höhe von 507.685,11 € in der Position -Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren- ausgeglichen. Der verbleibende Überschuss 2015 in Höhe von 160.329,27 € wird bereits in 2015 der Sonderrücklage Erziehungshilfen-Auguste-Förster zugeführt (siehe auch Passiva Position 1.3.2.1).

1.2.4 Stiftungskapital	44.537,92 €	44.088,22 €
-------------------------------	--------------------	--------------------

Es handelt sich um das Stiftungskapital einer rechtlich selbständigen Stiftung.

1.3 Ergebnisverwendung	<u>2015</u>	<u>2014</u>
1.3.1 Ergebnisvortrag	- 507.685,11 €	2.145.745,61 €
1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	- 507.685,11 €	404.397,25 €
<p>Der Ergebnisvortrag 2014 in Höhe von 404.397,25 € wurde der Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen zugeführt. Der von der gebührenrechnenden Einrichtung (Sonderrücklage) Erziehungshilfen Auguste-Förster erwirtschaftete Verlust in Höhe von 507.685,11 € ist dem ordentlichen Ergebnis aus Vorjahren als Verlustvortrag zuzuführen und in den Folgejahren durch Überschüsse der Einrichtung auszugleichen.</p>		
1.3.1.2 Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00 €	1.741.348,36 €
<p>Der Ergebnisvortrag 2014 in Höhe von 1.741.348,36 € wurde der Rücklage aus außerordentlichen Ergebnissen zugeführt.</p>		
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	50.653.806,00 €	3.803.183,03 €
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss	50.558.995,49 €	2.287.446,31 €

Der ordentliche Jahresüberschuss (Überschuss aus dem „laufenden Geschäft“ der Stadt) setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsergebnis und dem Finanzergebnis aus der Ergebnisrechnung 2015 in Höhe von 50.653.806,00 €.

Die Sonderrücklage Erziehungshilfen Auguste-Förster hat in 2015 einen Überschuss von 668.014,38 € erwirtschaftet. Dieser ist im ordentlichen Jahresüberschuss 2015 enthalten. Im Jahr 2016 wird damit der Fehlbetrag aus 2014 in Höhe von 507.685,11 € in der Position -Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren- ausgeglichen. Der verbleibende Überschuss 2015 in Höhe von 160.329,27 € wird bereits in 2015 der Sonderrücklage Erziehungshilfen-Auguste-Förster zugeführt (siehe auch Passiva Position 1.2.3).

1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	94.810,51 €	1.515.736,72 €

Dies ist das Ergebnis von periodenfremden und seltenen oder unregelmäßigen Geschäftsvorfällen sowie aus Erträgen aus der Veräußerung von Anlagevermögen aus der Ergebnisrechnung 2015.

In Summe hat sich das **Eigenkapital** der Stadt Kassel im Vergleich zum Vorjahr

von **691.983.491,58 €**
 um **51.699.907,91 €**
 auf **743.683.399,49 € erhöht.**

Die Differenz setzt sich zusammen aus:

Jahresüberschuss in Höhe von	50.653.806,00 €
Erhöhung Stiftungskapital selbständige Stiftungen	449,70 €
Erhöhung Sonderrücklage Rettungsdienste	780.678,04 €
Erhöhung Sonderrücklage Erziehungshilfen Auguste-Förster	160.329,27 €
Erhöhung Stiftungskapital unselbständige Stiftungen	104.644,90 €
Summe	51.699.907,91 €

2. Sonderposten	2015	2014
	319.117.924,50 €	320.354.812,95 €

Es sind folgende Sonderposten auszuweisen, die ab 01.01.1998 erfasst wurden.

2.1 Sonderposten für erhaltene Investitions- zuweisungen, -zuschüsse und Investitions- beiträge	317.893.210,94 €	320.067.652,95 €
--	-------------------------	-------------------------

2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	291.288.397,45 €	294.879.162,27 €
---	-------------------------	-------------------------

Gebäudewirtschaft	31.130.659,15 €	38.688.166,15 €
Stadtplanung	33.577.409,42 €	37.566.924,43 €
Naturkundemuseum	2.031.140,99 €	2.067.500,99 €
Straßenverkehr	42.695.583,15 €	36.887.161,56 €
Feuerwehr	116.217,00 €	132.124,00 €
Kultur	12.153.845,75 €	3.280.966,02 €
Jugend	14.245,00 €	26.084,00 €
Umwelt	3.126.722,09 €	3.209.800,83 €
Sonderinvestitionsprogramm	29.918.816,00 €	30.801.869,00 €
Schulbaupauschale	59.922.536,00 €	57.264.251,00 €
Investitionspauschale Gemeinden und Gemeindeverbände/Zweckverbände	35.709.865,00 €	35.544.030,00 €
	1.842.433,00 €	1.871.441,00 €
Sonstiger öffentl. Bereich	420.445,00 €	454.784,00 €
Verbundene Unternehmen	10.000,00 €	10.000,00 €
Sonderrechnungen	34.703,00 €	37.694,00 €
Übrige Bereiche	905.226,33 €	1.588.067,08 €
Ausgleichsposten Straßenbewertung	37.678.550,57 €	45.448.298,21 €
Summe	291.288.397,45 €	294.879.162,27 €

Der Ausgleichsposten der Straßenbewertung reduziert sich ab 2015 bis einschließlich 2019 jährlich um rd. 7,8 Mio. € (Auflösung von Sonderposten, siehe Ergebnisrechnung). Dies ist der Einteilung aller in 2005 vorhandenen Straßen in sechs Straßenzustandsklassen geschuldet, die im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz vorgenommen wurde. Ausgehend von einer Gesamtnutzungsdauer für Straßen von höchstens 25 Jahren, fällt somit alle 5 Jahre eine Zustandsklasse aus der Bewertung raus. In 2014 fiel die Klasse 4 (in 2005 Restnutzungsdauer von 10 Jahren) weg. In 2009 entfiel bereits die Klasse 5 (in 2005 Restnutzungsdauer von 5 Jahren) und die Klasse 6 war in 2005 von vornherein als wertlos klassifiziert worden. Analog haben sich in 2015 die Abschreibungen für die betreffenden Straßen reduziert (weil sie letztmalig zum 31.12.2014 abgeschrieben wurden), was sich ebenfalls in der Ergebnisrechnung widerspiegelt.

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
2.1.2 Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	772.125,33 €	785.992,52 €
2.1.3 Investitionsbeiträge	25.832.688,16 €	24.402.498,16 €
Erschließungsbeiträge	10.789.649,00 €	11.585.079,00 €
Beiträge nach § 11 KAG	11.989.442,00 €	10.456.828,00 €
Beiträge für Stellplatzabgeltungen	2.514.835,00 €	1.816.122,00 €
Ausgleichsmaßnahmen nach Bundesnatur- schutzgesetz	538.762,16 €	544.469,16 €
Summe	25.832.688,16 €	24.402.498,16 €
2.2 <u>Sonderposten für den Gebührenaussgleich</u>	0,00 €	0,00 €
2.3 <u>Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG</u>	0,00 €	0,00 €
2.4 <u>Sonstige Sonderposten</u>	1.224.713,56 €	287.160,00 €

3. Rückstellungen	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	357.002.090,43 €	356.981.384,98 €
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	335.829.009,00 €	338.883.642,00 €
Pensionsrückstellung		
Beamte	93.450.948,00 €	94.114.618,00 €
Versorgungsempfänger	176.287.924,00 €	174.589.301,00 €
Summe	<u>269.738.872,00 €</u>	<u>268.703.919,00 €</u>
Davon durch Mittel der Versorgungsrücklage nach dem HVersRücklG gedeckt in 2015: (siehe Aktiva Position 1.3.5c)	15.223.441,30 €	14.459.972,36 €
Rückstellung für Beihilfe		
Beamte	23.124.473,00 €	23.254.384,00 €
Versorgungsempfänger	36.454.839,00 €	36.870.426,00 €
Summe	<u>59.579.312,00 €</u>	<u>60.124.810,00 €</u>
Rückstellung für Altersteilzeit		
Beamte	968.211,00 €	1.476.310,00 €
Beschäftigte	5.542.614,00 €	8.578.603,00 €
Summe	<u>6.510.825,00 €</u>	<u>10.054.913,00 €</u>

Pensionsrückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde von der KVK BeamtenVersorgungskasse durchgeführt.

Nach § 39 Abs. 1 Nr. 1 GemHVO sind Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen zu bilden. Die Berechnungen wurden anhand der Rechnungsgrundlagen und Rechenverfahren durchgeführt, die allgemein anerkannt sind, wobei insbesondere die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck (u. a. Sterbewahrscheinlichkeiten) und ein Rechnungszinsfuß von 6 % zu nennen sind.

Ist dieser nach § 41 Abs. 6 GemHVO anzuwendende Rechnungszinsfuß höher als der von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebene Abzinsungssatz nach § 253 Abs. 2 HGB, sind gemäß den Hinweisen zu § 39 GemHVO die sich daraus ergebenden höheren Rückstellungswerte im Anhang zum Jahresabschluss anzugeben.

Die von der KVK durchgeführte entsprechende Vergleichsberechnung geht von einem Abzinsungssatz von 3,89 % aus. Dies entspricht dem von der Deutschen Bundesbank für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Die daraus resultierenden höheren Rückstellungswerte **würden** betragen:

Für die aktiven Beamten insgesamt:	135.872.776 €
Für die Versorgungsempfänger insgesamt:	<u>215.592.750 €</u>
Summe:	351.465.526 €

Die Berechnungen für die Pensionsverpflichtungen beruhen insbesondere auf folgenden Grundlagen:

Die Pensionsverpflichtungen richten sich nach den beamtenversorgungsrechtlichen Vorschriften bzw. Grundsätzen. Sie ergeben sich aus den nach dem Hessischen Beamten-gesetz (HBG), dem Hessischen Sonderzahlungsgesetz (HSZG) sowie dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) festzusetzenden Versorgungsansprüchen der aktiven bzw. der bereits im Ruhestand befindlichen Beamten und ihren Hinterbliebenen. Dabei wurde der Besoldungsstand nach dem Hessischen Besoldungsgesetz zum Stand 01.04.2014 (GVBl. I, S. 578) zu Grunde gelegt.

Die zur Berechnung notwendigen Angaben über Geburtsdatum, ruhegehaltfähige Dienstzeit, ruhegehaltfähige Dienstbezüge, Familienstand etc. wurden den von der Stadt Kassel übermittelten Datensätzen bzw. bei Leistungsempfängern den bei der KVK BeamtenVersorgungskasse geführten Unterlagen entnommen. Als Gehalt wurde bei den aktiven Beamten die in der jeweiligen Besoldungsgruppe erreichbare Endstufe zugrunde gelegt.

Die Berechnungsmethode wurde in 2014 gegenüber den Vorjahren umgestellt. Bislang wurde für alle Beamten ein Familienzuschlag der Stufe 1 zugrunde gelegt. Ab 2014 wurde der tatsächliche Familienstand berücksichtigt.

Des Weiteren wurden ruhegehaltfähige Amtszulagen und die allgemeine Stellenzulage berücksichtigt. Gemäß dem steuerrechtlichen Stichtagsprinzip werden künftige Gehaltssteigerungen berücksichtigt, wenn sie am Bilanzstichtag bereits bekannt sind. Entsprechend wird mit künftigen Dynamisierungen der Beamtengälter verfahren.

Die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze durch das Erste Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (1. DRModG) wurde entsprechend dem BMF-Schreiben vom 05.05.2008 berücksichtigt. D. h. für die Geburtsjahrgänge bis 1952 wird mit einem Pensionsalter von 65 Jahren gerechnet, ab dem Jahrgang 1953 bis 1961 wird das

66. Lebensjahr berücksichtigt. Bei den darauffolgenden Geburtsjahrgängen wird ein Pensionsalter von 67 Jahren zu Grunde gelegt.

Sofern die Voraussetzungen des § 107 b HBeamtVG vorliegen, wurden die anteiligen Pensionsverpflichtungen für ausgeschiedene Beamte über den Zeitpunkt des Ausscheidens hinaus fortgeschrieben. Forderungen gegenüber dem abgebenden Dienstherrn wurden bei der Bildung von Pensionsrückstellungen beim aufnehmenden Dienstherrn mindernd berücksichtigt. Für Leistungsempfänger wurden Beteiligungen gemäß den Prozentsätzen der bei der KVK hinterlegten Bestandsdaten berücksichtigt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten Rückstellungen für die künftigen und die laufenden Pensionsverpflichtungen wurden gemäß den Bestimmungen des § 41 Abs. 6 GemHVO in Verbindung mit § 6 a Abs. 3 EStG mit dem Teilwert angesetzt. Bei der Ermittlung der Teilwerte wurde das steuerrechtlich maßgebende Mindestalter beachtet. D. h. bei Erteilung der Pensionszusage (erstmalige Begründung des Beamtenverhältnisses ohne Unterbrechung) vor dem 01.01.2001 wird ein Teilwert erstmalig für das Jahr berechnet, in dem der Beamte/die Beamtin das 30. Lebensjahr vollendet hat. Wurde die Pensionszusage nach dem 31.12.2000 und vor dem 01.01.2009 erteilt, beginnt die Finanzierung in dem Jahr der Vollendung des 28. Lebensjahres. Für spätere Pensionszusagen gilt das 27. Lebensjahr als Mindestalter.

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen

Die KVK BeamtenVersorgungskasse hat die Berechnung der Rückstellung für Beihilfen zum 31.12.2015 vorgenommen.

Nach § 39 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO sind Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen zu bilden. Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen werden wie Pensionsverpflichtungen nach dem Teilwertverfahren im Sinne des § 6 a Abs. 3 bewertet. Die Bewertung nach dem Teilwertverfahren erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen.

Bei der Berechnung wird ein Rechnungszinsfuß von 5,5 v. H. zugrunde gelegt.

Das Berechnungsverfahren für die Berechnung der Beihilferückstellungen der Stadt Kassel wurde ab 2013 umgestellt.

Für die Berechnung der Rückstellungen für Beihilfen wurde in 2015 ein monatlicher Tarif von 319,45 € (maßgebender Durchschnitt der letzten 3 Jahre) zugrunde gelegt. Damit wird ein realistischer Wert der bei der Stadt Kassel benötigten Beihilferückstellungen erreicht.

Mit der Umstellung der Bewertungsmethode ist ein gewisses Risiko im Jahresabschluss verbunden. Durch eine Kumulation von Einzelfällen mit hohen Beihilfeaufwendungen könnte der Durchschnittswert für die Stadt Kassel negativ beeinflusst werden. Die neue Bewertungsmethode muss jedoch aufgrund des Grundsatzes der Bilanzstetigkeit auch dann beibehalten werden. (Siehe auch

- Anhang, Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen
- Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung,
- Entwicklung der Aufwandspositionen, Pos. 2 Versorgungsaufwendungen
- Rechenschaftsbericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentw., Rückstellungen).

Rückstellungen für Altersteilzeit

Die KVK BeamtenVersorgungskasse hat die Berechnung der Rückstellung für Altersteilzeit zum 31.12.2015 vorgenommen.

Die Rückstellungen für Zeiten der Freistellung vom Dienst im Rahmen von Altersteilzeit wurden mit dem Pauschalwertverfahren gemäß BMF-Schreiben vom 28.03.2007 (IV B 2 – S 2175/07/0002) bewertet.

<u>3.2 Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für Verpflichtungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	0,00 €	0,00 €
<u>3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfaldeponien</u>	0,00 €	0,00 €
<u>3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten</u>	8.104,32 €	8.104,32 €

Die in 2012 gebildete Rückstellung für Bodenaltlastenentsorgung für die Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt hatte sich in 2013 reduziert und blieb in 2014 und 2015 unverändert.

3.5 Sonstige Rückstellungen	2015	2014
	21.164.977,11 €	18.089.638,66 €
Leistungsorientierte Bezahlung	400.000,00 €	380.000,00 €
Lebensarbeitszeit	4.575.014,40 €	4.111.175,61 €
Prozesskosten	1.177.207,34 €	1.011.312,59 €
Unterlassene Instandhaltung	902.931,13 €	1.327.040,27 €
Andere Aufwendungen		
Versorgungsbezüge	388.500,00 €	393.000,00 €
Bürgschaften	151.511,08 €	169.992,69 €
Geschwindigkeitsmessanlagen	428.000,00 €	428.000,00 €
Gemeinsame Zulassungsstelle	762.250,00 €	808.420,00 €
Schülerbeförderung	65.684,26 €	111.024,29 €
Schulverwaltungsamt	22.112,75 €	55.000,00 €
Abrechnung VHS	380.000,00 €	350.000,00 €
Dienstaltersstufen Nachzahlung	2.000.000,00 €	0,00 €
Sozialversicherung Nachzahlung für Honorarverträge	1.100.000,00 €	0,00 €
Tarifierhöhung Sozial- und Erziehungsdienst Nachzahlung	500.000,00 €	0,00 €
Kostenerstattung SGB III	200.000,00 €	200.000,00 €
Mieten in stationären Einrichtungen - Nachzahlung-	0,00 €	0,00 €
Bundesanteil von Unterhaltsverpflichteten - Abführung-	3.764.533,10 €	3.764.533,10 €
Unterhaltsverpflichtungen SGB II Jobcenter	948.849,34 €	0,00 €
Sonstiges	103.434,96 €	51.054,08 €
Summe Rückstellungen andere Aufwendungen	10.814.875,49 €	6.331.024,16 €
Ungewisse Verbindlichkeiten		
Rückstellung für Erstattung bereits gezahlten Kaufgeldes	380.389,57 €	532.972,09 €
Ausbauvertrag Kiefernweg	212.206,48 €	241.781,71 €
Sicherungsmaßnahmen Erdwall A 44	500.000,00 €	0,00 €
Bäderzuschuss	2.000.000,00 €	4.000.000,00 €
Verlustabdeckung PEG	11.917,15 €	12.000,00 €
Staatstheater Kassel, Rückforderungsanspruch KFA	90.000,00 €	0,00 €
Sonstiges	100.435,55 €	142.332,23 €
Summe Rückstellungen ungewisse Verbindlichkeiten	3.294.948,75 €	4.929.086,03 €
Summe sonstige Rückstellungen	21.164.977,11 €	18.089.638,66 €

Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung

§ 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) sieht die Zahlung eines Leistungsentgeltes als zusätzliche variable und leistungsbezogene Ergänzung zum Tabellenentgelt vor. Eine Dienstvereinbarung über die Grundsätze der Verteilung des Leistungsentgeltes und Bewertung der Beschäftigten wurde im März 2013 beschlossen („Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt nach § 18 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD)“ vom 13. März 2013). Nach dieser Dienstvereinbarung werden 80 % des Leistungsentgeltes pauschal und ohne Leistungsdifferenzierung im laufenden Jahr ausgeschüttet. Die restlichen 20 % werden nach Leistungsgesichtspunkten im Folgejahr in Form einer Leistungsprämie ausgezahlt. Für diese Leistungsprämie sind Rückstellungen zu bilden. Nach den Berechnungen des Personal- und Organisationsamtes ist eine Rückstellung in Höhe von 400.000,00 € erforderlich, um die Leistungsprämie in 2016 auszahlen zu können.

Rückstellungen für Lebensarbeitszeit

Lebensarbeitszeitkonten sind spezielle Langzeitkonten zur Arbeitszeitflexibilisierung. Grundlage ist die Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten (Hessische Arbeitszeitverordnung – HAZVO) vom 15. Dezember 2009. Ziel ist eine längerfristige bezahlte Freistellung von der Arbeit, oftmals unmittelbar vor dem Ruhestand (Renteneintritt bzw. Pensionierung).

Bei dem Erfüllungsrückstand aus Lebensarbeitszeitkonten handelt es sich um ungewisse Verbindlichkeiten, da die Höhe und der Zeitpunkt der Leistung unsicher sind. Eine Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten kann gemäß § 39 Abs. 1 letzter Satz GemHVO gebildet werden. Sie ist keine Pflichtrückstellung.

Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl von Beschäftigten der Stadt Kassel den Wunsch haben wird, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen und früher in den Ruhestand einzutreten. Aufgrund dieser Annahme wird erwartet, dass das Volumen der Lebensarbeitszeitguthaben über einen längeren Zeitraum stetig wächst. Mit einer wesentlichen Abnahme ist erst nach zehn oder mehr Jahren nach erstmaliger Bildung der Guthaben zu rechnen. Die dargestellte Entwicklung rechtfertigt die Bildung einer freiwilligen Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten.

Durch die Bildung einer Rückstellung wird der Haushaltsausgleich in den Jahren des Abbaus der Lebensarbeitszeitkonten nicht zusätzlich belastet. In diesen Jahren ist die Inanspruchnahme (per Rückstellungsauflösung) ergebnisneutral.

Als Rückstellungsbetrag ist die mit Geld bewertete Arbeitszeit zu bilanzieren. Eine Abzinsung dieser Rückstellung findet nicht statt. Die Rückstellungen sind unter einem eigenen Konto „Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonto“ im Bereich der sonstigen Rückstellungen (KVKR) zu erfassen.

Bei der Kontoführung werden die Guthaben in Zeiteinheiten, in der Regel Stunden, geführt. Eine eingebrachte Stunde während der Arbeitsphase bleibt auch in der Freistellung eine Stunde. Die Kontoführung wird vom Aufgabenbereich Personal- und Organisationsamt

-Personalabteilung- durchgeführt. Die Einbuchung erfolgt durch die Haushaltsabteilung des Amtes Kämmerei und Steuern auf Meldung der Personalabteilung.

Die Gesamtrückstellungen stiegen in 2015 insgesamt um 20.705,45 €.

Die wesentlichen Steigerungen sind im Bereich der Pensionen (1,03 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (0,46 Mio. € Lebensarbeitszeit, 2,00 Mio. € Dienstaltersstufen Nachzahlung, 1,1 Mio. € Sozialversicherung Nachzahlung für Honorarverträge, 0,5 Mio. € Tarifierhöhung Sozial- und Erziehungsdienst Nachzahlung, 0,95 Mio. € Unterhaltsverpflichtungen SGB II Jobcenter und 0,5 Mio. € Sicherungsmaßnahmen Erdwall A44) zu verzeichnen.

Die wesentlichen Minderungen sind im Bereich der Beihilfen (0,55 Mio. €), der Altersteilzeit (3,54 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (0,42 Mio. € Unterlassene Instandhaltung und 2,00 Mio. € Bäderzuschuss) zu verzeichnen.

4. Verbindlichkeiten	2015	2014
	737.893.900,04 €	566.130.075,62 €
4.1 Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00 €	0,00 €
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen		
Summe 4.2.1 - 4.2.3	557.660.430,64 €	326.205.152,96 €
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	531.873.221,62 €	298.308.464,77 €
Städtische Kredite	326.836.240,73 €	298.308.464,77 €
Die Stadtreiniger	13.569.789,40 €	0,00 €
KASSELWASSER	191.467.191,49 €	0,00 €
Summe	531.873.221,62 €	298.308.464,77 €
<p>Hier enthalten sind auch die Kreditaufnahmen, die die Stadt Kassel für ihre Eigenbetriebe vorgenommen hat. Diese werden ab 2015 in der Bilanz der Stadt ausgewiesen (siehe auch Aktiva Position 1.3.4) und betragen zum 31.12.2015 insgesamt 205.036.980,89 €.</p>		
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	25.787.209,02 €	28.513.186,03 €
Land	23.646.164,19 €	26.372.094,20 €
Sonderbeiträge Investitionsfondsdarlehen	2.140.814,83 €	2.140.814,83 €
Sonstiger öffentlicher Bereich	230,00 €	277,00 €
Summe	25.787.209,02 €	28.513.186,03 €
4.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00 €	0,00 €

4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	2015	2014
<u>für die Liquiditätssicherung</u>	151.213.677,87 €	192.281.076,90 €
davon:		
Kassenkredite	125.859.595,88 €	175.072.474,27 €
Zinsen Mündelkonten	13.179,25 €	13.170,27 €
Lenoir-Stiftung	1.904.600,00 €	1.965.700,00 €
Stiftung Brückner Kühner	1.774.060,00 €	769.760,00 €
Kassenkredite inneres Darlehen Versorgungsrücklage	15.223.441,30 €	14.459.972,36 €
Negativer Bankbestand	6.438.801,44 €	0,00 €
Summe	151.213.677,87 €	192.281.076,90 €

Der negative Bankbestand der Kasseler Sparkasse in Höhe von 6.438.801,44 € wurde zu den Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung umgegliedert (siehe auch Aktiva Position 2.4).

In 2015 reduzierten sich die allgemeinen Kassenkredite, der Kassenkredit für das innere Darlehen Versorgungsrücklage stieg weiter an.

Die unter der Position „Kassenkredite inneres Darlehen Versorgungsrücklage“ ausgewiesenen Mittel dienen zur Finanzierung des Sondervermögens. Beim Sondervermögen handelt es sich um die angesammelte Versorgungsrücklage nach dem HVersRücklG und nach den Festlegungen der Stadt Kassel.

In Anlehnung an das Verfahren beim Land Hessen und in Absprache mit dem HMdlufS wird die Rücklage als Sondervermögen ausgewiesen und angelegt. Die Finanzierung erfolgt durch die Aufnahme von Kassenkrediten (siehe Aktiva Position 1.3.5c).

Die bislang bei der Stadt Kassel in kameraler und doppischer Zeit bis zum 31.12.2015 insgesamt rechnerisch ermittelten Versorgungsrücklagebeträge betragen 15.223.441,30 €.

Dieser Betrag ist wie folgt nachgewiesen:

Verbindlichkeiten Passiva Position 4.3
 -Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung- 15.223.441,30 €

Die Gegenfinanzierung stellt sich wie folgt dar:

Sondervermögen Aktiva Position 1.3.5.c
 -Wertpapiere des Anlagevermögens- 15.223.441,30 €

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
4.4 <u>Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften</u>	511,00 €	718,00 €
4.5 <u>Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen</u>	5.322.870,82 €	3.137.756,57 €
4.6 <u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	10.018.575,98 €	11.246.684,55 €
4.7 <u>Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben</u>	0,00 €	0,00 €
4.8 <u>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen</u>	772.482,02 €	1.363.784,44 €
4.9 <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	12.905.351,71 €	31.278.404,36 €
Erhaltene Anzahlungen	10.679.038,17 €	9.224.963,50 €
Verbindlichkeiten Kaufgelder Liegenschaftsamt	15.297,40 €	15.297,40 €
Sonstiges	283.167,18 €	303.713,78 €
Verbindlichkeiten aus Verwahrungen	1.927.848,96 €	21.734.429,68 €
	<u>12.905.351,71 €</u>	<u>31.278.404,36 €</u>

Die Gesamtverbindlichkeiten der Stadt Kassel erhöhten sich im Jahr 2015 um **171.763.824,42 €**.

Die Erhöhung ist dadurch verursacht, dass ab 2015 die Kredite, die die Stadt Kassel für ihre Eigenbetriebe aufgenommen hat, in den Verbindlichkeiten der Stadt Kassel gezeigt werden (siehe Passiva Position 4.2.1). Gleichzeitig werden diese Mittel als Ausleihungen an Eigenbetrieb in der Aktiva Position 1.3.4 ausgewiesen. Der Bestand beträgt zum 31.12.2015 **205.036.980,89 €**.

Ohne Berücksichtigung dieser Beträge verringerten sich die Verbindlichkeiten der Stadt Kassel in 2015 um **33.273.156,47 €**.

5. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	326.194,87 €	341.444,02 €

<u>Nachrichtlich:</u>		
Eventualverbindlichkeiten (Bürgschaften)	59.962.740,83 €	61.513.920,81 €

III. Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung zum 31.12.2015

Das Haushaltsjahr 2015 schloss in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von **50.653.806,00 €** ab.

Dieser setzt sich zusammen aus:

a) einem **Überschuss** des ordentlichen Ergebnisses 2015 i. H. v. **50.558.995,49 €**

und

b) einem **Überschuss** beim außerordentlichen Ergebnis 2015 i. H. v. **94.810,51 €**.

Im Haushaltsjahr 2015 ist ein Überschuss im Rechnungsergebnis (sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Ergebnis) erreicht worden. Der Gesamtüberschuss im ordentlichen Ergebnis beträgt **50.558.995,49 €** und wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt und nach 2016 vorgetragen.

In diesem Überschuss ist ein verbleibender Überschuss aus der gebührenrechnenden Einrichtung Erziehungshilfen Auguste-Förster (Sonderrücklage) in Höhe von **507.685,11 €** enthalten (der ursprüngliche Überschuss betrug 668.014,38 €. Die Differenz in Höhe von 160.329,27 € wurde zum 31.12.2015 der Sonderrücklage zugeführt). Der Überschuss Auguste-Förster muss für den Ausgleich des Verlustes des Vorjahres verwendet werden. (siehe Erläuterung zu Passiva Position 1.3.2.1).

Der außerordentliche Überschuss in Höhe von **94.810,51 €** wird in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses eingestellt und ebenfalls nach 2016 vorgetragen.

Verwendung des Jahresergebnisses zum 31.12.2015

Das Ergebnis des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 ist wie folgt nachgewiesen:

ordentliches Ergebnis 2015	Überschuss i. H. v.	50.558.995,49 €
außerordentliches Ergebnis 2015	Überschuss i. H. v.	<u>94.810,51 €</u>
Gesamtergebnis 2015	Überschuss i. H. v.	50.653.806,00 €

Die Regelungen der §§ 24 und 25 GemHVO zum Haushaltsausgleich stellen zunächst auf das ordentliche Ergebnis der Ergebnisrechnung ab, anschließend auf das außerordentliche Ergebnis.

In den Haushaltsjahren 2007 und 2008, in denen ein Haushaltsausgleich mit hohen Überschüssen erreicht werden konnte, wurden entsprechende Rücklagen aus ordentlichen Ergebnissen gebildet. In den Jahren von 2006 bis 2011 konnten im außerordentlichen Ergebnis Überschüsse erzielt werden, die in der entsprechenden Rücklage angesammelt wurden. Auch nach vollständiger Entnahme der in der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses angesammelten Mittel in 2012 zur Verrechnung mit dem ordentlichen Fehlbetrag 2011 verblieb aus 2011 ein hoher ordentlicher Fehlbetrag. Dieser wurde in 2012 mit der Rücklage aus außerordentlichen Überschüssen der Vorjahre verrechnet.

Der Verlust 2012 konnte durch Entnahme bzw. Verrechnung mit den Rücklagen nicht vollständig ausgeglichen werden. Es erfolgte lediglich eine teilweise Abdeckung des ordentlichen Fehlbetrages 2012 durch eine Verrechnung mit dem außerordentlichen Überschuss. Der verbliebene ordentliche Fehlbetrag wurde nach 2013 vorgetragen.

In 2013 wurde zunächst der vorgetragene ordentliche Verlust 2012 mit dem ordentlichen Überschuss 2013 verrechnet und der verbliebene ordentliche Überschuss 2013 in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt. Der außerordentliche Überschuss wurde vollständig in die entsprechende Rücklage eingestellt.

In 2014 wurde der ordentliche Überschuss in Höhe von 2.795.131,42 € (inklusive Anteil der Sonderrücklage Erziehungshilfen Auguste-Förster in Höhe von 507.685,11 €) und der Ergebnisvortrag aus 2014 in Höhe von 404.397,25 € in die Rücklage aus ordentlichen Ergebnissen eingestellt.

Der außerordentliche Überschuss in Höhe von 1.515.736,72 € und der Ergebnisvortrag aus 2014 in Höhe von 1.741.348,36 € wurden in die Rücklage aus außerordentlichen Ergebnissen eingestellt.

In 2015 werden sowohl der ordentliche Überschuss (nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag der Sonderrücklage Auguste-Förster in Höhe von 507.685,11 €) als auch der außerordentliche Überschuss in die entsprechende Rücklage eingestellt.

Bildung von Rücklagen

Die Gemeinde hat gemäß § 23 Abs. 1 GemHVO eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und eine Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zu bilden. Weitere Rücklagen sind zulässig.

Stand der Rücklagen aus Überschüssen der Vorjahre:

- aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	3.724.403,88 €
- aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	<u>6.094.273,87 €</u>
Stand zum 31.12.2015	9.818.677,75 €

Übersteigt der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen den Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Fehlbedarf), sind nach §§ 24 und 25 GemHVO zunächst Mittel aus der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage, anschließend Mittel aus der aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage zum Haushaltsausgleich zu verwenden. Dies liegt im abgelaufenen Rechnungsjahr 2015 nicht vor.

Sowohl für das ordentliche Ergebnis als auch für das außerordentliche Ergebnis ist eine Zuführung aus 2015 zu den Rücklagen vorzunehmen.

In 2016 ist folgendes zu veranlassen:

1. Die gebührenrechnende Einrichtung Erziehungshilfen Auguste-Förster hat in 2015 einen Überschuss erwirtschaftet. Von diesem Überschuss in Höhe von **668.014,38 €** werden **507.685,11 €** in 2016 mit dem Verlustvortrag in Höhe von 507.685,11 € aus 2015 verrechnet. Somit wurde die Auflage, einen Ausgleich des Verlustes aus 2014 durch Überschüsse in den Folgejahren zu erreichen, bereits in 2015 erfüllt. Der bisherige ordentliche Jahresüberschuss 2015 in Höhe von **50.558.995,49 €** verringert sich somit um diesen Betrag.
2. Das danach um den Betrag in Höhe von **507.685,11 €** (Buchung auf Unterkonto) auf nunmehr insgesamt **50.051.310,38 €** verringerte bisherige ordentliche Ergebnis in Höhe von **50.558.995,49 €** ist der Rücklage aus „Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ zuzuführen.
3. Das außerordentliche Ergebnis i. H. v. **94.810,51 €** ist der „Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses“ zuzuführen.

Gemäß der Verwaltungsvorschriften zu § 24 und § 25 GemHVO sind Rücklagenbuchungen zur Ergebnisverwendung in dem auf den jeweiligen Jahresabschluss folgenden Haushaltsjahr nach der Jahresabschlussaufstellung durch den Gemeindevorstand (§ 112 Abs. 1 und Abs. 9 HGO) durchzuführen, also zum **01.01.2016**.

Entwicklung / Stand der Rücklagen zum 01.01.2016:

aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	3.724.403,88 €
Zuführung ordentliches Ergebnis 2015	<u>50.051.310,38 €</u>
Bestand ordentliche Rücklage	53.775.714,26 €
aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	6.094.273,87 €
Zuführung außerordentliches Ergebnis 2015	<u>94.810,51 €</u>
Bestand außerordentliche Rücklage	6.189.084,38 €
Bestand der Gesamtrücklagen zum 01.01.2016	59.964.798,64 €

Hinweis:

Mit der Bildung von Rücklagen aus Haushaltsüberschüssen in wirtschaftlich guten Jahren und die Inanspruchnahme zum Ausgleich von Haushaltsdefiziten in konjunkturell schlechten Jahren wird, nach dem Gesetz zur Stabilisierung und Förderung der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz), einer „antizyklischen Haushaltspolitik“ Rechnung getragen.

Ergebnisentwicklung / Jahresvergleich

Das Ergebnis fällt im Vergleich zum Vorjahr um ca. 47,0 Mio. € besser aus (2014: Überschuss von 3,7 Mio. €). Einer Erhöhung der Aufwendungen von 12,7 Mio. € steht eine Steigerung im Ertragsbereich um 59,7 Mio. € entgegen. Somit konnte ein Jahresüberschuss von 50,7 Mio. € erzielt werden.

Gegenüber den Planansätzen 2015¹, die unter Berücksichtigung der Haushaltsreste 2014 sowie der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, welche durch Mehrerträge gedeckt sind, insgesamt einen Überschuss von rund 3,8 Mio. € vorsahen, ergab sich eine deutliche Verbesserung von rd. 47,0 Mio. €. Steigerungen der Erträge in Höhe von 23,9 Mio. € sowie verringerte Aufwendungen in Höhe von 23,0 Mio. € führten zu dieser Verbesserung.

Übersicht Gesamterträge/-aufwendungen

Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
				↑	↑
Gesamterträge	-718.420.882,11	-753.794.652,99	-778.313.937,69	-59.893.055,58	-24.519.284,70
Gesamtaufwendungen	714.758.254,27	750.041.656,86	727.660.131,69	12.901.877,42	-22.381.525,17
Fehlbedarf / Überschuss	-3.662.627,84	-3.752.996,13	-50.653.806,00	-46.991.178,16	-46.900.809,87

Entwicklung der Ertragspositionen

Wesentliche Positionen der Ertragsseite sind:

- Steuern, darunter Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (ca. 39 % der Gesamterträge)
- Zuweisungen und Zuschüsse von Dritten, darunter vor allem Schlüsselzuweisungen (ca. 25 % der Gesamterträge)
- Öffentlich-rechtliche und private Leistungsentgelte (ca. 13 % der Gesamterträge)

¹ **Anmerkung:** In den Planansätzen sind neben den aus dem Jahr 2014 übertragenen Haushaltsresten in Höhe von 4.451.854,87 € auch die ab dem 01.01.2015 eingetretenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (ÜPL/APL), welche durch Mehrerträge gedeckt sind, in Höhe von 8.666.250,99 € berücksichtigt.

Berechnung des Planansatzes: Ansatz lt. Haushaltsplan 2015 + Haushaltsreste aus 2014 + ÜPL/APL 2015.

Daher weichen die im Rechenschaftsbericht 2015 aufgeführten Planzahlen von den Planzahlen des Haushaltsplanes 2015 ab.

Übersicht der einzelnen Ertragspositionen

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist- Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.599.479,20	-2.154.210,00	-1.412.270,44	187.208,76	741.939,56
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-98.540.361,79	-104.206.690,00	-104.151.224,97	-5.610.863,18	55.465,03
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-33.110.871,18	-37.135.305,54	-35.333.617,60	-2.222.746,42	1.801.687,94
4	Bestandsveränderungen und andere akt. Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Steuern, steuerähnliche Erträge, Erträge aus Umlagen	-277.065.882,17	-278.028.900,00	-303.794.613,08	-26.728.730,91	-25.765.713,08
6	Erträge aus Transferleistungen	-62.396.642,26	-72.202.340,00	-66.704.483,27	-4.307.841,01	5.497.856,73
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke, allgemeine Umlagen	-151.584.558,82	-191.822.876,45	-194.859.209,95	-43.274.651,13	-3.036.333,50
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und	-28.980.420,97	-20.900.836,00	-22.881.676,63	6.098.744,34	-1.980.840,63
9	Sonstige ordentliche Erträge	-47.968.865,70	-32.532.205,00	-36.250.500,24	11.718.365,46	-3.718.295,24
10	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 - 9)	-701.247.082,09	-738.983.362,99	-765.387.596,18	-64.140.514,09	-26.404.233,19
11	Finanzerträge	-14.306.256,58	-13.934.640,00	-11.237.445,12	3.068.811,46	2.697.194,88
12	Außerordentliche Erträge	-2.867.543,44	-876.650,00	-1.688.896,39	1.178.647,05	-812.246,39
13	Summe der gesamten Erträge (Pos. 10 - 13)	-718.420.882,11	-753.794.652,99	-778.313.937,69	-59.893.055,58	-24.519.284,70

Die wesentlichen Abweichungen zu den einzelnen Ertragspositionen im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist- Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.599.479,20	-2.154.210,00	-1.412.270,44	187.208,76	741.939,56
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-98.540.361,79	-104.206.690,00	-104.151.224,97	-5.610.863,18	55.465,03

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte (Pos. 1)** befinden sich mit rd. 1,4 Mio. € leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2014: 1,6 Mio. €). Begründet ist dies u.a. mit geringeren Mieteinnahmen der Parkhausgesellschaft.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (Pos. 2)** haben sich um rd. 5,6 Mio. € erhöht. Eine Steigerung der Einsatzzahlen im Bereich des Rettungsdienstes führte zu deutlichen Mehrerträgen bei den Gebühren für den Rettungswagentransport (+230 T€) sowie bei den Leitstellengebühren von rd. 1,2 Mio. €.

Durch die im September 2014 in Kraft getretene neue Parkgebührenordnung konnten die Erträge in diesem Bereich um rd. 1,6 Mio. € auf nun ca. 7,1 Mio. € gesteigert werden.

Die Verpflegungs- und Erziehungsentgelte sind im vergangenen Jahr um 2,2 Mio. € auf 11,6 Mio. € gestiegen (2014: 9,4 Mio. €). Ausschlaggebend hierfür sind zum einen die gestiegenen Betreuungszeiten in der Tagesbetreuung von Kindern. Darüber hinaus wurden Mehrerträge durch die stetig steigende Anzahl von Kindern, die sowohl in Schulen als auch in Kindertagesstätten zu Mittag essen, generiert.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-33.110.871,18	-37.135.305,54	-35.333.617,60	-2.222.746,42	1.801.687,94

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen (Pos. 3)** sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 2,2 Mio. € auf 35,3 Mio. € gestiegen.

Durch die stark gestiegene Zahl von Flüchtlingen haben sich die Kostenerstattungen vom Land für die nach Landesaufnahmegesetz abrechenbaren Leistungsberechtigten inklusive der Erstattung von Krankenhilfekosten gegenüber 2014 um rund 4,3 Mio. € auf 7,7 Mio. € mehr als verdoppelt. Dementsprechend steigen auch die Aufwendungen (siehe Aufwendungen, Position 7).

Bei den Kostenerstattungen von Gemeinden/GV kam es zu Mindererträgen von rd. 1,0 Mio. €, u.a. aufgrund einer Umstellung der Buchungssystematik bei den Erstattungen für Integration in Kindergärten.

Die Erstattungen des Landkreises, u. a. für die städtischen Förderschulen, Ausländerbehörde und Gesundheitsamt, sind mit 4,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,1 Mio. € gestiegen.

Die Gastschulbeiträge befinden sich mit rd. 4,5 Mio. € leicht über unter dem Vorjahresergebnis (2014: 4,4 Mio. €).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
5	Steuern, steuerähnliche Erträge, Erträge aus Umlagen	-277.065.882,17	-278.028.900,00	-303.794.613,08	-26.728.730,91	-25.765.713,08

Die **Erträge aus Steuern (Pos. 5)** sind mit rd. 303,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen (2014: rd. 277,1 Mio. €).

Die Ursache hierfür ist hauptsächlich bei der Gewerbesteuer zu finden. Hier konnte, nach dem dramatischen Einbruch des Vorjahres, wieder eine erhebliche Steigerung verzeichnet werden. Nach zuletzt 144,1 Mio. € konnten die Erträge um 17,5 Mio. € auf 162,6 Mio. € gesteigert werden.

Weiterhin begünstigte eine positive Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Ergebnis. Durch eine Steigerung um 8,3 Mio. € konnten hier nun 80,9 Mio. € erzielt werden. Das Rekordergebnis aus dem Vorjahr mit 72,5 Mio. € konnte somit nochmal übertroffen werden. Anzumerken ist jedoch, dass die Stadt nicht die tatsächlich bei ihr entstehenden Einkommensteueranteile, sondern nur einen alle drei Jahre neu berechneten quotalen Anteil am Gemeindesteueraufkommen des Landes bekommt. Daher spiegelt sich hier die gesamtwirtschaftliche Lage des Landes wieder. Lokale Veränderungen fließen nur mittelbar und zeitversetzt mit ein.

Erfreulich ist auch die Entwicklung beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Diese stieg ebenfalls an. Nach 15,4 Mio. € im Vorjahr konnten nun 17,8 Mio. € erzielt werden (+2,4 Mio. €).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
6	Erträge aus Transferleistungen	-62.396.642,26	-72.202.340,00	-66.704.483,27	-4.307.841,01	5.497.856,73

Die **Erträge aus Transferleistungen (Pos. 6)** liegen mit rd. 66,7 Mio. € etwa 4,3 Mio. € über dem Ergebnis des Vorjahres (rd. 62,4 Mio. €). Diese Steigerung ist zum Großteil mit dem gesetzlich verankerten Anstieg der Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu begründen (§ 46 a SGB XII). Wurden im Vorjahr noch Erträge in Höhe von 38,6 Mio. € vereinnahmt, so waren es in 2015 bereits 42,8 Mio. € (+4,2 Mio. €).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, allgemeine Umlagen	-151.584.558,82	-191.822.876,45	-194.859.209,95	-43.274.651,13	-3.036.333,50

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse (Pos. 7)** sind mit 194,9 Mio. € um rd. 43,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (151,6 Mio. €) gestiegen.

Die endgültige Festsetzung der Schlüsselzuweisungen ergab, bedingt durch eine Verschiebung innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte, einen um 43,2 Mio. € auf nunmehr 153,6 Mio. € gestiegenen Zuwendungsbetrag.

Die sonstigen Zuweisungen des Landes lagen rd. 2,0 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres aufgrund einer höheren Zuweisungen des Landes aus dem kommunalen Finanzausgleich für Leistungen im SBG XII.

Die Erträge aus Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land sind hingegen gesunken. In 2015 konnten hier 6,8 Mio. € vereinnahmt werden (-1,6 Mio. €). Der Rückgang ergibt sich im Wesentlichen aus geringeren Landesmitteln für die Träger freier Kitas.

Die Gewinnausschüttung der Kasseler Sparkasse lag mit 2,7 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Beiträgen	-28.980.420,97	-20.900.836,00	-22.881.676,63	6.098.744,34	-1.980.840,63

Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Beiträgen (Pos. 8)** sind mit rd. 22,9 Mio. € um ca. 6,1 Mio. € erheblich gesunken.

Die Reduzierung ist darin begründet, dass der Ausgleichsposten der Straßenbewertung in 2015 nicht mehr, wie in den Vorjahren, um rd. 14,1 Mio. €, sondern lediglich um 7,8 Mio. € gesunken ist (siehe hierzu auch Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, Punkt 2.1.1).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
9	Sonstige ordentliche Erträge	-47.968.865,70	-32.532.205,00	-36.250.500,24	11.718.365,46	-3.718.295,24

Die **sonstigen ordentlichen Erträge (Pos. 9)** sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 11,7 Mio. € gesunken.

Wurden im Vorjahr noch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, u.a. für Pensionen und Beihilfen, in Höhe von 15,4 Mio. € generiert, waren es in 2015 lediglich 5,6 Mio. € (-9,8 Mio. €). Zu den Gründen siehe Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 3.3 sowie Rechenschaftsbericht, Punkt 5.3.2.

Die Konzessionsabgaben der Städtische Werke AG und der KVG befinden sich mit 11,5 Mio. € leicht unter dem Niveau des Vorjahres (12,2 Mio. €). Die Berechnung der Konzessionsabgaben erfolgt auf der Basis der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) und der jeweiligen Konzessionsverträge. Die Höhe ist abhängig von der Einwohnerzahl, von den jeweiligen Arten der Netzspannung (Niederspannung/Mittelspannung) und der Verbrauchsstruktur (Tarifkunden/Sondervertragskunden). Daher variiert dieser Betrag jährlich und führt je nach Art und Umfang der Verbräuche zu entsprechenden Schwankungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge für Straßenreinigung, Regenwasser und Winterdienst sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,8 Mio. € gesunken. Damit einhergehend ist eine Reduzierung der entsprechenden Aufwendungen um den gleichen Betrag (siehe Aufwendungen, Position 3).

Die sonstigen betrieblichen Erträge für Leistungen der Feuerwehr, welche vom Rettungsdienst erstattet werden, gingen um rd. 0,9 Mio. € zurück aufgrund eines verringerten Aufkommens. Dementsprechend sinken auch die Aufwendungen in diesem Bereich (siehe Aufwendungen, Position 3).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
11	Finanzerträge	-14.306.256,58	-13.934.640,00	-11.237.445,12	3.068.811,46	2.697.194,88

Die **Finanzerträge (Pos. 11)** sind von 14,3 Mio. € im Vorjahr auf 11,2 Mio. € gesunken.

Die Verringerung resultiert großteils aus gesunkenen Nachzahlungszinsen gem. § 233a AO um 2,6 Mio. €. Darüber hinaus sind die Zinserstattungen der Eigenbetriebe (-0,6 Mio. €) gesunken.

Leicht angestiegen sind hingegen die Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen (+0,2 Mio. €) aufgrund eines höheren Gewinnanteils am Klinikum Kassel.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
12	Außerordentliche Erträge	-2.867.543,44	-876.650,00	-1.688.896,39	1.178.647,05	-812.246,39

Die **Außerordentlichen Erträge (Pos. 12)** befinden sich mit rd. 1,7 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis (2,9 Mio. €).

Die Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Anlagen sinken um 1,1 Mio. €, da die Verkaufstätigkeit gegenüber dem Vorjahr abgenommen hat.

Die sonstigen außerordentlichen Erträge gingen ebenfalls zurück (-0,4 Mio. €). Im Vorjahr war es hier zu ertragswirksamen Wertanpassungen im Bereich der unbebauten Grundstücke gekommen, die in 2015 nicht stattfanden.

Die Erträge aus Zuschreibungen aus Niederschlagungen stiegen hingegen leicht um 0,2 Mio. € an.

Entwicklung der Aufwandspositionen

Wesentliche Positionen der Aufwandsseite sind:

- Transferaufwendungen, darunter der Bereich der Sozialen Hilfe, Erzieherische Hilfen und die Tagesbetreuung von Kindern (ca. 26 % der Gesamtaufwendungen)
- Personalaufwendungen (ca. 20 % der Gesamtaufwendungen)
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, darunter Grundbesitzabgaben für städtische Gebäude, Mieten und Energiekosten (ca. 19 % der Gesamtaufwendungen)

Übersicht der einzelnen Aufwandspositionen

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan - Ist- Abweichung in €
1	Personalaufwendungen	137.687.997,13	142.357.984,00	144.063.166,95	6.375.169,82	1.705.182,95
2	Versorgungsaufwendungen	35.894.239,35	28.309.000,00	24.985.066,25	-10.909.173,10	-3.323.933,75
3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	143.394.449,36	154.655.891,76	141.986.431,43	-1.408.017,93	-12.669.460,33
4	Abschreibungen	51.677.446,99	51.666.730,00	49.557.443,92	-2.120.003,07	-2.109.286,08
5	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen	65.841.056,57	69.617.181,00	64.473.075,34	-1.367.981,23	-5.144.105,66
6	Steueraufwendungen, Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	66.849.142,92	70.660.000,00	69.964.775,87	3.115.632,95	-695.224,13
7	Transferaufwendungen	176.584.580,54	192.440.873,39	191.621.309,47	15.036.728,93	-819.563,92
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.944.069,26	8.008.369,71	7.834.627,57	1.890.558,31	-173.742,14
9	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 1 - 8)	683.872.982,12	717.716.029,86	694.485.896,80	10.612.914,68	-23.230.133,06
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29.533.465,43	31.635.490,00	31.580.149,01	2.046.683,58	-55.340,99
11	Außerordentliche Aufwendungen	1.351.806,72	690.137,00	1.594.085,88	242.279,16	903.948,88
12	Summe der gesamten Aufwendungen (Pos. 9 - 12)	714.758.254,27	750.041.656,86	727.660.131,69	12.901.877,42	-22.381.525,17

Die ordentlichen Aufwendungen (Pos. 9) sind gegenüber dem Vorjahr lediglich um 1,55 % gestiegen.

Die wesentlichen Abweichungen zu den einzelnen Aufwandspositionen im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
1	Personalaufwendungen	137.687.997,13	142.357.984,00	144.063.166,95	6.375.169,82	1.705.182,95

Die **Personalaufwendungen (Pos. 1)** befinden sich mit rd. 144,1 Mio. € um rd. 6,4 Mio. € über dem Vorjahresergebnis (rd. 137,7 Mio. €). Im Vergleich zu den Planwerten sind sie um ca. 1,7 Mio. € gestiegen.

Die Erhöhung resultiert hauptsächlich aus einer Steigerung der Dienst-, Amtsbezüge einschl. tarifl. Zulagen (+2,5 Mio. €) sowie der Gehälter einschließlich Zulagen (+1,8 Mio. €). Daraus ergibt sich auch ein Anstieg des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung im Gehaltsbereich (+1,5 Mio. €) sowie der Zusatzversorgung im Gehaltsbereich (+0,2 Mio. €).

Die Zuführung zu der Rückstellung für Lebensarbeitszeit der Beamten erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,2 Mio. € (siehe hierzu auch: Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 3.3).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
2	Versorgungsaufwendungen	35.894.239,35	28.309.000,00	24.985.066,25	-10.909.173,10	-3.323.933,75

Die **Versorgungsaufwendungen (Pos. 2)** sind mit rd. 25,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um ca. 10,9 Mio. € gesunken.

Die Verringerung ist hauptsächlich auf die geringere Zuführung der Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger zurückzuführen. Wurden im Vorjahr noch 12,8 Mio. € zugeführt, kam es in diesem Jahr lediglich zu einer Zuführung von 1,7 Mio. € (-11,1 Mio. €). Den Beihilferückstellungen wurden im Vorjahr noch 0,5 Mio. € zugeführt, in 2015 blieb diese Rückstellung jedoch unverändert.

Zur Rückstellungsentwicklung siehe auch: Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 3.1 sowie Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen).

Die zahlungswirksamen Versorgungsaufwendungen für Beamte beliefen sich mit rd. 20,6 Mio. € über dem Vorjahresniveau (+0,4 Mio. €). Die zahlungswirksamen Beihilfen für Versorgungsempfänger sind ebenfalls gestiegen (+0,3 Mio. €).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	143.394.449,36	154.655.891,76	141.986.431,43	-1.408.017,93	-12.669.460,33

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 3)** sind gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. € auf rd. 142 Mio. € gesunken. Der Planwert konnte um rd. 12,7 Mio. € unterschritten werden.

Die größten Posten innerhalb der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen sind die Gebührenzahlungen für Schmutz- und Regenwasser, die sich mit rd. 34,3 Mio. € exakt auf dem Vorjahresniveau bewegen, sowie die Gebührenzahlungen für Straßenreinigung und Abfallbeseitigung an die Stadtreiniger, die sich mit 30,4 Mio. € nur knapp über dem Vorjahreswert von 30,3 Mio. € befinden. Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um die Weiterleitung von Gebühren an städtische Eigenbetriebe.

Der städtische Eigenanteil an der Regenwassergebühr für die Entwässerung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege und Plätze beträgt 37 % des Gesamtaufwandes. Im laufenden Haushaltsjahr werden Abschlagszahlungen aufgrund der Planungen im Wirtschaftsplan geleistet. Nach Vorlage der Jahresabschlusszahlungen erfolgt eine Spitzabrechnung. Die Höhe der Zahlung wird wesentlich durch die getätigten Investitionen beeinflusst. Hierdurch ergeben sich Nachzahlungen oder Überzahlungen, die erst im nächsten Jahr verrechnet werden können. Dies führt zu unterschiedlichen Belastungen im Jahresergebnis.

Die Gebühren für Straßenreinigung und Abfall für städtische Grundstücke und Einrichtungen liegen mit rd. 1,4 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (2014: 1,2 Mio. €).

Die Miet- und Pachtaufwendungen sowie Grundbesitzabgaben sind mit rd. 6,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (-0,1 Mio. €).

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Gebäuden und Infrastrukturvermögen (Straßen, Parkeinrichtungen etc.) sind mit 10,6 Mio. € leicht über dem Niveau von 2014 (+0,1 Mio. €).

Die Energiekosten sind, nicht zuletzt aufgrund der milden Witterung und des günstigen Ölpreises, um rd. 1,1 Mio. € auf 6,5 Mio. € gesunken (2014: rd. 7,6 Mio. €).

Die Reinigungskosten liegen mit rd. 5,6 Mio. € lediglich 0,2 Mio. € über dem Rechnungsergebnis von 2014.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
4	Abschreibungen	51.677.446,99	51.666.730,00	49.557.443,92	-2.120.003,07	-2.109.286,08

Die **ordentlichen Abschreibungen (Pos. 4)** sind mit 49,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Mio. € gesunken. Abschreibungen drücken die Wertminderungen des städtischen Anlagevermögens aus. Ausschlaggebend für die Verringerung sind geringere Abschreibungen auf Gebäude und Einrichtungen, Sachanlagevermögen und Infrastrukturvermögen, hauptsächlich bedingt durch den reduzierten Abschreibungsbetrag für Straßen (siehe hierzu Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, 2.1.1).

Gestiegen sind hingegen die Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen und Investitionszuschüsse.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
5	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen	65.841.056,57	69.617.181,00	64.473.075,34	-1.367.981,23	-5.144.105,66

Im Bereich der **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (Pos. 5)** wurden mit 64,5 Mio. € etwa 1,4 Mio. weniger aufgewandt als im Vorjahr (rd. 65,8 Mio. €).

Ausschlaggebend hierfür ist u.a. die Weiterleitung von Zuschüssen, welche um rd. 0,5 Mio. € auf nunmehr rd. 6,4 Mio. € gesunken ist. Gründe für die Verringerung sind u.a. geringere Zuschüsse für die Träger freier Kitas (siehe auch Ertragsposition 7).

Gestiegen sind hingegen die Betriebskostenzuschüsse für freie Träger, welche im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,0 Mio. € auf nun 17,4 Mio. € gestiegen sind.

Darüber hinaus verringerte sich die Zuführung der Rückstellung für den Bäderverlust um 2,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr.

Die Gewinnausschüttung der Kasseler Sparkasse für 2015 lag mit 2,7 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Die Gewinnausschüttung ist grundsätzlich sozialen Zwecken zuzuführen. Es erfolgt stets eine Weiterleitung der Mittel an das städtische Jugendamt, die sich hier niederschlägt.

Der Betriebskostenzuschuss für das Staatstheater Kassel mit rd. 15,3 Mio. € (hierin enthalten sind ca. 1,0 Mio. € weitergeleitete KFA-Mittel) hat sich gegenüber dem Vorjahr (ca. 15,0 Mio. €) um rd. 2 % erhöht.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
6	Steueraufwendungen, Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	66.849.142,92	70.660.000,00	69.964.775,87	3.115.632,95	-695.224,13

Die **Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen (Pos. 6)** sind von 66,8 Mio. € im Vorjahr auf 70,0 Mio. € gestiegen.

Ausschlaggebend für die Steigerung sind die LWV-Umlage und die Gewerbsteuerumlage. Während die LWV-Umlage im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Mio. € auf 44,3 Mio. € gestiegen ist, wuchs die Gewerbsteuerumlage um 3,4 Mio. € auf 25,4 Mio. € an. Die Gewerbsteuerumlage wird auf Grundlage des Ist-Aufkommens der Gewerbsteuer berechnet und von der Stadt an den Bund und das Land Hessen abgeführt.

Aufgrund einer Buchungsempfehlung des Hessischen Städtetages im Zusammenhang mit einer angekündigten Änderung der Rechtslage wurde im Jahr 2015 die Krankenhausumlage einmalig als Investitionszuschuss geplant und gebucht. Daher entfällt dieser Posten in 2015 und reduziert das Ergebnis um rd. 4,0 Mio. €. Ab 2016 wird die Krankenhausumlage jedoch wieder im Ergebnishaushalt geplant und gebucht.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
7	Transferaufwendungen	176.584.580,54	192.440.873,39	191.621.309,47	15.036.728,93	-819.563,92

Der Bereich der **Transferaufwendungen (Pos. 7)**, die größte Position auf der Aufwandsseite, ist mit rd. 191,6 Mio. € um 15,0 Mio. € gestiegen. Unter Transferaufwendungen fallen sowohl die Sozialleistungen als auch die Leistungen des städtischen Jugendamtes in Form von Erzieherischen Hilfen und der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/-pflege.

Durch die stark gestiegene Anzahl von Flüchtlingen sind die Kosten für die Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer in 2015 um 2,8 Mio. € auf 4,2 Mio. € gestiegen. Damit einhergehend ist allerdings auch eine höhere Erstattung der Landesmittel (siehe Erträge, Position 3). Darüber hinaus

sind die verschiedenen Leistungen nach dem AsylbLG um rd. 3,0 Mio. € auf nunmehr 6,7 Mio. € gestiegen.

Die Kosten für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Mio. € auf rd. 7,7 Mio. € gestiegen. In diesem Bereich gab es auch in 2015 einen Fallzahlenanstieg. Hauptursache ist die Gewährung von Renten auf Zeit wegen vorübergehender Erwerbsunfähigkeit. Die Kosten in diesem Bereich werden vermutlich auch weiterhin steigen, da seit 2011 vom Jobcenter keine Rentenversicherungsbeiträge mehr gezahlt werden und deswegen immer weniger Menschen Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente haben.

Die Kosten der Grundsicherung sind in 2015 um 2,0 Mio. € auf 27,9 Mio. € gestiegen. Sowohl der demografische Faktor als auch die Entwicklung der durchschnittlichen Alterseinkünfte verursachten eine Steigerung der Empfängerzahlen und Aufwendungen.

Die Kosten für Unterkunft und Heizung – der städtische Anteil des Arbeitslosengeldes II und gleichzeitig die größte Position der Transferaufwendungen – sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 1,9 Mio. € auf 49,6 Mio. € gestiegen. Grund hierfür ist u.a. ein Anstieg der Fallzahlen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften stieg von 11.570 im Jahr 2014 auf 11.609 im Jahr 2015.

Im Jugendbereich sind die Transferaufwendungen für Erzieherische Hilfen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 5,1 Mio. € auf nunmehr rd. 41,4 Mio. € gestiegen. Größte Aufwandspositionen sind nach wie vor die stationären Hilfen. Diese lagen 2014 bei 26,2 Mio. € (+3,7 Mio. €). Ursache hierfür sind nach wie vor hohe Fallzahlen (besonders zu beachten ist der Anstieg der umA) sowie die Veränderung der Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien, steigende Konfliktlagen sowie schwierige wirtschaftliche Verhältnisse vieler Familien und Alleinerziehenden. Die nach wie vor hohe Anzahl der registrierten Meldungen des Jugendamtes über Kindeswohlgefährdungen belegen dies nachdrücklich.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.944.069,26	8.008.369,71	7.834.627,57	1.890.558,31	-173.742,14

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Pos. 8)** sind von rd. 5,9 Mio. € im Jahr 2014 auf rd. 7,8 Mio. € gestiegen. Hauptursache hierfür ist die höhere Verlustübernahme der städtischen Beteiligung an der Flughafen GmbH Kassel (+0,7 Mio. €) sowie der in 2015 neu eröffneten GRIMMWELT Kassel (+0,8 Mio. €).

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29.533.465,43	31.635.490,00	31.580.149,01	2.046.683,58	-55.340,99

Die **Zinsaufwendungen (Pos. 10)** sind mit rd. 31,6 Mio. € um rd. 2,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (rd. 29,5 Mio. €) gestiegen.

Verantwortlich für den Anstieg sind hauptsächlich die gestiegenen Erstattungszinsen gem. § 233a AO (Verzinsung von Steuererstattungen). Diese sind in 2015 um 1,7 Mio. € auf 2,6 Mio. € gestiegen. Ausschlaggebend waren Rechtsprechungen des BFH und des BVerfG zur nicht erfolgten gewinnmindernden Berücksichtigung von Verlusten und der damit einhergehenden Rückzahlung sowie nachträglichen Verzinsung von Gewerbesteuervorauszahlungen.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
11	Außerordentliche Aufwendungen	1.351.806,72	690.137,00	1.594.085,88	242.279,16	903.948,88

Die **außerordentlichen Aufwendungen (Pos. 11)** betragen ca. 1,6 Mio. € und liegen damit um rd. 0,2 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Einmalige Ereignisse können das außerordentliche Ergebnis immer beeinflussen. Durch das positive Ergebnis beim Rettungsdienst kam es zu einer Zuführung an die Sonderrücklage Rettungsdienste (+0,8 Mio. €). Abgemindert werden konnte dies durch geringere Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen (-0,6 Mio. €).

IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung zum 31.12.2015

Gemäß § 47 GemHVO kann die Finanzrechnung nach der direkten oder indirekten Methode geführt werden. Für das Rechnungsjahr 2015 wurde eine direkte Finanzrechnung aufgestellt. Die Zahlen für die Finanzrechnung wurden direkt aus den Finanzrechnungskonten des städtischen Finanzbuchhaltungsprogramms NSK hergeleitet.

Alle zahlungswirksamen Geschäftsvorfälle wurden in der Finanzrechnung gebucht. Der ermittelte Bestand zum Ende des Haushaltsjahres stimmt mit der Summe der Endbestände der städtischen Girokonten überein.

Für das Rechnungsjahr 2015 wurde ein Finanzmittelbedarf in Höhe von 5.010.047,76 € ermittelt.

Aus der **lfd. Verwaltungstätigkeit** wurde ein **Finanzmittelüberschuss** in Höhe von 68.869.653,09 € erwirtschaftet.

Aus der **lfd. Investitionstätigkeit** entstand ein **Finanzmittelbedarf** in Höhe von 38.314.655,35 €.

Aus der **lfd. Finanzierungstätigkeit** entstand ein **Finanzmittelüberschuss** in Höhe von 27.710.265,60 €.

Insgesamt ergab sich aus allen **haushaltswirksamen Vorgängen** ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 58.265.263,34 €.

Bei den **haushaltsunwirksamen Vorgängen** ergab sich ein **Finanzmittelbedarf** in Höhe von 11.575.311,10 €.

Die Differenz der Ein- und Auszahlungen **aus haushaltswirksamen und -unwirksamen Vorgängen** ergab einen Überschuss in Höhe von 46.689.952,24 €. Kassenkredite wurden in Höhe von 51.700.000,00 € zurückgezahlt, sodass am Ende des Rechnungsjahres ein Finanzmittelbedarf von 5.010.047,76 € verblieben ist. Dieser Bedarf plus dem Bestand aus dem Vorjahr (4.119.695,36 €) ergibt die Summe der Kontostände zum 31.12.2015 in Höhe von -890.352,40 €.

Kurzübersicht Finanzrechnung 2015

Überschuss lfd. Verwaltungstätigkeit	68.869.653,09 €
Bedarf Investitionstätigkeit	- 38.314.655,35 €
Überschuss Finanzierungstätigkeit	27.710.265,60 €
Summe Finanzmittelüberschuss haushaltswirksam	58.265.263,34 €
Bedarf haushaltsunwirksame Vorgänge	- 11.575.311,10 €
Überschuss Gesamt	46.689.952,24 €
Kassenkredite	- 51.700.000,00 €
Bestandsveränderung im Haushaltsjahr 2015	- 5.010.047,76 €
Bestand Vorjahr	4.119.695,36 €
Bestand am Ende des Haushaltsjahres 2015	- 890.352,40 €

Erläuterung der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ . Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.576.496,09 €	2.076.510,00 €	1.424.678,31 €	651.831,69 €
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	98.260.900,98 €	104.284.390,00 €	102.690.268,38 €	1.594.121,62 €
03	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	37.217.885,13 €	37.135.305,54 €	34.751.503,35 €	2.383.802,19 €
04	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	279.466.362,25 €	285.568.800,00 €	301.014.583,72 €	- 15.445.783,72 €
05	Einzahlungen aus Transferleistungen	63.417.808,59 €	72.057.340,00 €	67.897.210,58 €	4.160.129,42 €
06	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	151.757.661,93 €	184.263.226,45 €	194.840.293,46 €	- 10.577.067,01 €
07	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	14.097.031,42 €	14.079.640,00 €	10.556.308,12 €	3.523.331,88 €
08	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	40.656.350,03 €	34.133.415,00 €	34.006.995,25 €	126.419,75 €
09	Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	686.450.496,42 €	733.598.626,99 €	747.181.841,17 €	- 13.583.214,18 €

Wesentliche Positionen zu Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Position 02: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Einzahlungen Gebühren Abfallentsorgung	24.959781,91 €
Einzahlungen Gebühren Schmutzwasser	24.018442,68 €
Einzahlungen Gebühren Niederschlagswasser	10.234.191,00 €
Einzahlungen Verwaltungsgebühren	10.292.537,31 €
Einzahlungen Verpfl. und Erziehungsentgelte	10.811.792,12 €
Einzahlungen aus Parkgebühren	7.004.608,93 €

Position 03: Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Einzahlungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden; überwiegend Gastschulbeiträge	11.654.064,18 €
Einzahlungen aus Kostenerstattungen vom Land, davon 7,7 Mio. € nach Landesaufnahmegesetz	10.878.454,66 €
Einzahlungen aus Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen; 5 Mio. € Jobcenter	7.745.484,68 €

Position 04: Steuern und steuerähnliche Erträge

Gewerbesteuer	162.035.674,56 €
Gemeindeanteil Einkommensteuer	77.773.774,03 €
Grundsteuer B	36.055.519,06 €
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	17.857.087,62 €
sonst. Vergnügungssteuer einschl. Spielapparatsteuer	3.623.294,16 €

Position 05: Einzahlungen aus Transferleistungen

Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung; Beteiligung von Bund und Land an Hartz IV	46.261.989,81 €
--	-----------------

Position 06: Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen

Schlüsselzuweisungen	153.567.594,95 €
Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land; u.a. Sozialhilfelausgleich und Infrastrukturhilfe Nahverkehr	18.974.703,82 €
Einzahlungen aus allgemeinen Finanzausweisungen nach FAG; u.a. Jugendhilfelausgleich	6.978.568,00 €
Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Land, u.a. Leistungen nach dem HKJGB	6.769.722,37 €

Position 08: Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben

Einzahlungen aus sonstigen Erträgen (interne Leistungen); Verwaltungskostenanteile von Beteiligungen, Betriebe gewerblicher Art, Eigenbetriebe etc., u.a. Eigenanteil Regenwasser und Straßenreinigung	16.602.031,15 €
Sonstige Einzahlungen aus Konzessionsabgaben (Städtische Werke)	12.206.832,23 €

Die Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sind in 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 61,0 Mio. € gestiegen. Im Plan/Ist-Vergleich überstiegen die Einzahlungen die Planansätze um 13,5 Mio. €.

2. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
10	Personalauszahlungen	- 139.267.431,15 €	- 125.317.504,00 €	- 142.180.062,04 €	16.862.558,04 €
11	Versorgungsauszahlungen	- 22.819.582,89 €	- 45.586.720,00 €	- 23.274.226,95 €	22.312.493,05 €
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	- 144.163.680,07 €	- 157.175.391,67 €	- 142.399.409,65 €	14.775.982,02 €
13	Auszahlungen für Transferleistungen	- 174.684.027,04 €	- 192.498.823,39 €	- 195.724.408,27 €	3.225.584,88 €
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	- 62.907.769,29 €	- 69.926.536,00 €	- 61.020.195,89 €	8.906.340,11 €
15	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	- 67.652.824,54 €	- 71.436.280,00 €	- 69.964.775,87 €	1.471.504,13 €
16	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	- 29.265.800,16 €	- 31.155.490,00 €	- 31.459.274,24 €	303.784,24 €
17	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	- 11.886.320,68 €	- 2.849.656,71 €	- 12.289.835,17 €	9.440.178,46 €
18	Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)	- 652.647.435,82 €	- 695.946.401,77 €	- 678.312.188,08 €	17.634.213,69 €

Wesentliche Positionen zu Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Position 10: Personalauszahlungen

Auszahlungen für Gehälter von Angestellten	75.587.434,48 €
Dienstauszahlungen und dergl. für Beamte	33.497.409,99 €
Auszahlungen des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung für Angestellte	15.401.124,41 €
Auszahlungen für Löhne	7.147.360,80 €
Auszahlungen für Zusatzversorgung im Gehaltsbereich	6.456.128,53 €

Position 12: Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Auszahlungen für Gebäude u. Außenanlagen	6.867.152,96 €
Auszahlungen für Energie/Wasser/Abwasser	6.886.922,61 €
Auszahlungen Eigenanteil Regenwasser	4.769.212,51 €
Auszahlungen für Mieten und Pachten	4.526.471,35 €

Position 13: Auszahlungen für Transferleistungen

Auszahlungen für Unterkunft/Heizung/Warmwasser an Arbeitssuchende (nach § 22 SGB II)	53.167.788,84 €
Auszahlungen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung SGB XII außerhalb von Einrichtungen	28.073.463,19 €
Auszahlungen Hilfe zur Pflege	13.536.350,12 €
Auszahlungen für Heimerziehung, betreutes Wohnen § 41+34 SGB	16.837.439,41 €
Auszahlungen laufende Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit)	8.976.782,85 €
Auszahlungen Hilfe zur Pflege vollstationär	8.636.247,63 €
Auszahlung sonstiger Eingliederungshilfen	5.356.059,82 €

Position 14: Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen

Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse an übrige Bereiche, hier vor allem Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten freier Träger	26.628.346,30 €
Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an Land; vor allem Theaterzuschuss 13,7 Mio. €	15.798.964,82 €

Position 15: Auszahlungen für Steuern und gesetzliche Umlageverpflichtungen

Auszahlungen für LWV-Umlage	44.289.264,00 €
Auszahlungen für Gewerbesteuerumlage	25.437.848,57 €

Die Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sind im Vergleich zum Vorjahr um 25,6 Mio. € gestiegen, blieben jedoch um 17,6 Mio. € unter den Planansätzen. Aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ergab sich ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 68,8 Mio. €.

3. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haus- haltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
20	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	18.861.782,52 €	23.297.347,17 €	27.880.457,77 €	- 4.583.110,60 €
21	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	6.438.377,08 €	2.054.650,00 €	4.907.043,35 €	- 2.852.393,35 €
22	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	2.819.333,39 €	2.345.750,00 €	2.372.648,88 €	- 26.898,88 €
23	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 bis 22)	28.119.492,99 €	27.697.747,17 €	35.160.150,00 €	- 7.462.402,83 €

Wesentliche Positionen zu Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:**Position 20: Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen**

Einzahlungen aus Investitionszuweisungen vom Land	17.372.276,01 €
Einzahlungen aus Investitionszuweisungen vom Bund	4.875.048,42 €

Position 21: Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens

Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	2.589.418,63 €
--	----------------

Die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit haben sich gegenüber dem Vorjahr um 7,0 Mio. € erhöht. Im Plan/Ist-Vergleich überschritten die Einzahlungen die Ansätze um 7,4 Mio. €.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	- 12.205.937,18 €	- 20.760.010,09 €	- 5.581.440,20 €	- 15.178.569,89 €
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	- 37.989.886,07 €	- 90.565.738,40 €	- 45.024.248,94 €	- 45.541.489,46 €
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	- 9.300.592,49 €	- 29.408.762,58 €	- 14.034.151,65 €	- 15.374.610,93 €
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 8.758.229,12 €	- 14.916.895,58 €	- 8.834.964,56 €	- 6.081.931,02 €
28	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)	- 68.254.644,86 €	- 155.651.406,65 €	- 73.474.805,35 €	- 82.176.601,30 €

Wesentliche Positionen zu Auszahlungen aus Investitionstätigkeit:

Position 25: Auszahlungen für Baumaßnahmen

Auszahlungen für den Zugang von Anlagen im Bau	16.312.830,48 €
Auszahlungen für Baumaßnahmen für übrige Aufgabenbereiche	7.777.344,27 €
Auszahlungen von Baumaßnahmen für Straßen	8.244.117,12 €

Position 27: Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

Auszahlungen für den Zugang von Anteilen an herrschenden Unternehmen; KVG, TZ Stadthalle, FIDT	7.934.800,00 €
--	----------------

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit sind im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 Mio. € gestiegen. Der Ansatz im Finanzhaushalt, in dem auch übertragene Haushaltsmittel für nicht fertig gestellte Baumaßnahmen enthalten sind, wurde um 82,1 Mio. € unterschritten. Aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ergab sich ein Finanzmittelbedarf in Höhe von 38,3 Mio. €.

Die wesentlichen Plan – Ist Abweichungen bei Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionen werden im Rechenschaftsbericht erläutert.

4. Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	25.537.305,48 €	79.437.850,00 €	62.470.000,00 €	16.967.850,00 €
32	Auszahlungen für Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	- 41.826.015,60 €	- 68.237.880,00 €	- 34.759.734,40 €	- 33.478.145,60 €
33	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelfehlbetrag aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 31 ./ Nr. 32)	- 16.288.710,12 €	11.199.970,00 €	27.710.265,60 €	16.510.295,60 €

Wesentliche Positionen zu Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit:

Position 31: Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbarer Vorgänge für Investitionen

Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten	62.470.000,00 €
---	-----------------

Position 32: Auszahlungen für Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbarer Vorgänge für Investitionen

Auszahlungen aus Aufnahme von Krediten für Investitionen bei Kreditinstituten; Tilgung	34.759.734,40 €
--	-----------------

Die Summe der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit ergab für das Jahr 2014 einen Finanzmittelbedarf in Höhe von 27,7 Mio. €.

Die wesentlichen Plan – Ist Abweichungen bei Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit werden im Rechenschaftsbericht erläutert.

5. Einzahlungen und Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
35	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	582.325.785,95 €		755.734.106,68 €	755.734.106,68 €
	(davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	473.900.000,00 €		606.400.000,00 €	
36	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	- 557.014.026,65 €		- 819.009.417,78 €	- 819.009.417,78 €
	(davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	- 433.200.100,00 €		- 658.100.000,00 €	
37	Zahlungsmittelüberschuß/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 35 ./ Nr. 36)	25.311.759,30 €		- 63.275.311,10 €	- 63.275.311,10 €

Wesentliche Positionen zu Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Position 35: Haushaltsunwirksame Einzahlungen

Einzahlungen Kassenkredite	606.400.000,00 €
Einzahlungen KASSELWASSER -Sonderkasse-	76.355.696,97 €
Einzahlungen Die Stadtreiniger -Sonderkasse-	49.475.807,08 €

Position 36: Haushaltsunwirksame Auszahlungen

Auszahlungen Kassenkredite	658.100.000,00 €
Auszahlungen KASSELWASSER -Sonderkasse-	88.900.012,90 €
Auszahlungen Die Stadtreiniger -Sonderkasse-	52.075.416,98 €

Kassel documenta Stadt

Anlagen

zum

Jahresabschluss

31.12.2015

**Übersicht
über den Stand des Anlagevermögens (Anlagenpiegel)**
-1000 EUR-

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen							Buchwert	
	Gesamte AK/HK am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Gesamte AK/HK am Ende des Haushaltsjahres	Kumulierte Abschreibungen am Beginn des Haushaltsjahres	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschreibungen am Ende des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
1. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	4.265,42	340,99	-28,61	164,35	4.742,16	-3.403,80	0,00	-238,27	0,00	-3.642,07	1.100,09	861,63	
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	106.206,43	8.986,32	-1,10	348,95	115.540,60	-31.302,34	0,00	-10.532,96	0,00	-41.835,29	73.705,31	74.904,10	
Summe 1.:	110.471,86	9.327,31	-29,71	513,30	120.282,76	-34.706,13	0,00	-10.771,23	0,00	-45.477,36	74.805,40	75.765,72	
2. Sachanlagevermögen													
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	396.444,68	5.007,91	-439,47	0,00	401.013,13	-206,42	0,00	0,00	0,00	-206,42	400.806,71	396.238,27	
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	497.375,65	7.933,98	-2.853,88	15.706,42	518.162,17	-121.684,20	0,00	-9.957,93	0,00	-131.642,13	386.520,04	375.691,45	
2.3 Sachanlagen im Gemeindegebrauch, Infrastrukturvermögen	679.567,38	4.705,11	-3,60	16.227,46	700.496,35	-315.562,25	0,00	-19.457,42	0,00	-335.019,67	365.476,68	364.005,13	
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	12.939,21	397,68	-266,99	-166,72	12.903,17	-9.683,49	0,00	-512,21	0,00	-10.195,70	2.707,47	3.255,73	
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.505,65	3.218,45	-857,68	2.651,53	61.517,94	-39.378,83	0,00	-3.564,25	0,00	-42.943,09	18.574,86	17.126,82	
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	41.535,84	32.781,17	0,00	-35.275,09	39.041,93	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	39.041,93	41.535,84	
Summe 2.:	1.684.368,42	54.044,30	-4.421,62	-856,41	1.733.134,69	-486.515,20	0,00	-33.491,81	0,00	-520.007,01	1.213.127,68	1.197.853,22	
3. Finanzanlagevermögen													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	382.530,84	7.934,80	0,00	11,37	390.477,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	390.477,01	382.530,84	
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	205.036,98	0,00	0,00	205.036,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	205.036,98	0,00	
3.3 Beteiligungen	747,07	100,00	0,00	0,00	847,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	847,08	747,07	
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	17.047,98	763,47	0,00	0,00	17.811,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.811,45	17.047,98	
3.6 Sonstige Finanzanlagen	65.875,43	-1.740,20	0,00	0,00	64.135,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	64.135,23	65.875,43	
3.7 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	107.758,25	0,00	0,00	0,00	107.758,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	107.758,25	107.758,25	
Summe 3.:	573.959,58	212.095,05	0,00	11,37	786.065,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	786.065,99	573.959,58	
Gesamtsumme (1. bis 3.):	2.368.799,86	275.466,67	-4.451,33	-331,74	2.639.483,45	-521.221,33	0,00	-44.263,04	0,00	-565.484,37	2.073.999,08	1.847.576,53	

Anmerkung 1:

In den Spalten 3 und 4 können Zu- bzw. Abgänge innerhalb des Anlagevermögens entstanden sind. Die Darstellung ist der städtischen Finanzsoftware geschuldet.

Anmerkung 2: *

In den Abschreibungen sind 98.098,32 € außerordentliche Abschreibungen enthalten.

**Übersicht
über den Stand der Forderungen
(Forderungsspiegel)**

Art	Bestand am 31.12.2014	Bestand am 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
1	2	3	4	5	6
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträge	42.037.002,77 €	34.783.259,16 €	4.119.237,08 €	5.088.714,21 €	25.575.307,87 €
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	17.873.324,95 €	21.367.266,62 €	21.367.266,62 €	0,00 €	0,00 €
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.783.702,83 €	5.371.033,83 €	5.371.033,83 €	0,00 €	0,00 €
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	709.519,59 €	1.237.821,01 €	1.237.821,01 €	0,00 €	0,00 €
5. Sonstige Vermögensgegenstände	2.088.885,78 €	1.853.820,67 €	1.853.820,67 €	0,00 €	0,00 €
Summe	69.492.435,92 €	64.613.201,29 €	33.949.179,21 €	5.088.714,21 €	25.575.307,87 €

Übersicht über die Rückstellungen im Haushaltsjahr 2015 in €

Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführung	Auflösung	Inanspruchnahme	Stand am Ende des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
Rückstellungen für					
1. Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	338.883.642,00	26.061.519,61	4.753.256,00	24.362.896,61	335.829.009,00
1.1 Pensionen	268.703.919,00	21.988.104,18	663.670,00	20.289.481,18	269.738.872,00
1.2 Beihilfen	60.124.810,00	4.073.415,43	545.498,00	4.073.415,43	59.579.312,00
1.3 Altersteilzeit	10.054.913,00	-	3.544.088,00	-	6.510.825,00
2. Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für Verpflichtungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	-	-	-	-	-
3. Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	-	-	-	-	-
4. Sanierung von Altlasten	8.104,32	-	-	-	8.104,32
5. Sonstiges	18.089.638,66	11.139.644,44	1.003.984,13	7.060.321,86	21.164.977,11
5.1 Leistungsorientierte Bezahlung	380.000,00	313.279,07	-	293.279,07	400.000,00
5.2 Lebensarbeitszeit	4.111.175,61	538.612,94	-	74.774,15	4.575.014,40
5.3 Prozesskostenrisiken	1.011.312,59	726.631,10	480.156,14	80.580,21	1.177.207,34
5.4 Unterlassene Instandhaltung	1.327.040,27	902.931,13	97.945,49	1.229.094,78	902.931,13
5.5 Andere Aufwendungen	6.331.024,16	6.001.186,35	52.587,18	1.464.747,84	10.814.875,49
5.6 Ungewisse Verbindlichkeiten	4.929.086,03	2.657.003,85	373.295,32	3.917.845,81	3.294.948,75
Summe der Rückstellungen	356.981.384,98	37.201.164,05	5.757.240,13	31.423.218,47	357.002.090,43

**Übersicht
über den Stand der Verbindlichkeiten
(Verbindlichkeitspiegel)**

1	2	3	4	5	6
Art	Gesamtbetrag zu Beginn des Haushaltsjahres	Gesamtbetrag am Ende des Haushaltsjahres	Laufzeiten bis einschließlich einem Jahr	Laufzeiten über einem Jahr bis einschließlich fünf Jahren	Laufzeiten über fünf Jahren
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	298.308.464,77 €	531.873.221,62 €	2.307.321,23 €	45.966.452,15 €	483.599.448,24 €
Investitionskredite vom Kreditmarkt	298.308.464,77 €	531.873.221,62 €	2.307.321,23 €	45.966.452,15 €	483.599.448,24 €
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	28.513.186,03 €	25.787.209,02 €	50.899,13 €	2.869.803,72 €	22.866.506,17 €
Land	28.512.909,03 €	25.786.979,02 €	50.669,13 €	2.869.803,72 €	22.866.506,17 €
Sonstiger öffentlicher Bereich	277,00 €	230,00 €	230,00 €	0,00 €	0,00 €
2.3 Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Verbindlichkeiten aus Kreditaufn. für die Liquiditätssicherung	192.281.076,90 €	151.213.677,87 €	131.213.677,87 €	20.000.000,00 €	0,00 €
4. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	718,00 €	511,00 €	511,00 €	0,00 €	0,00 €
5. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträge	3.137.756,57 €	5.322.870,82 €	5.322.870,82 €	0,00 €	0,00 €
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.246.684,55 €	10.018.575,98 €	10.018.575,98 €	0,00 €	0,00 €
7. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	1.363.784,44 €	772.482,02 €	772.482,02 €	0,00 €	0,00 €
9. Sonstige Verbindlichkeiten	31.278.404,36 €	12.905.351,71 €	12.890.054,31 €	11.242,47 €	4.054,93 €
Summe	566.130.075,62 €	737.893.900,04 €	162.576.392,36 €	68.847.498,34 €	506.470.009,34 €

Übersicht über den Stand der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte

Art	Bestand am 31.12.2014	Bestand am 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
1	2	3	4	5	6
Verbindlichkeiten aus Vorgängen kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	4.817.880,00 €	3.930.383,00 €	0,00 €	3.930.383,00 €	0,00 €
Leasing	4.817.880,00 €	3.930.383,00 €	0,00 €	3.930.383,00 €	0,00 €
Sonstige	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Laufzeit bis 5 Jahre

Leasingvertrag Kleinmarkthalle

Ende der Grundmietzeit 30.05.2017

Restbetrag zum Ende der Grundmietzeit 255.645,94 €.

Leasingvertrag Tiefgarage Friedrichsplatz 2. Bauabschnitt

Ende der Grundmietzeit 30.06.2018

Restbetrag zum Ende der Grundmietzeit 1.612.414,19 €.

**Übersicht
über fremde Finanzmittel in €
(Vorschüsse und Verwahrungen)**

1) Forderungen aus Verwahrungen (Vorschüsse)			
Konto	Bezeichnung	31.12.2015	31.12.2014
2670001	Verwahrungen-Sammelkonto (Jahresabschluss)	302.958,29	189.073,97
2670100	Barauszahlungen Sozialhilfe	138.479,59	106.927,00
2675140	KSA Schufag	2.387,31	628,89
2675150	Autoschadenausgleich -Kasko-	24.594,17	55.982,70
2675210	HADG -Kfz. Haftpflicht	16.972,25	63.566,39
2675320	Vorkontenzahlung	3.855,19	312,01
2675362	Personalkosten Eigenbetrieb KASSELWASSER	322.075,00	322.075,00
2675400	Postgebühren	0,00	5,40
2675810	Betreutes Wohnen für Nichtsesshafte	0,00	156.934,13
2675870	Zahlungen und Erstattungen für DB-Fahrkarten	165,35	0,00
2676000	Leistungen nach dem BerRehaG	6.229,65	0,00
2677240	Vorsteuererstattungsanspruch	0,00	198,94
2679999	Verwahrungen Sammelkonto	847.170,92	720.196,28
Summe Forderungen aus Verwahrungen		1.664.887,72	1.615.900,71

**Übersicht
über fremde Finanzmittel in €
(Vorschüsse und Verwahrungen)**

2) Verbindlichkeiten aus Verwahrungen			
Konto	Bezeichnung	31.12.2015	31.12.2014
4860001	Vorschuss-Sammelkonto (Jahresabschluss)	113.751,42	144.411,94
4860300	Spendenaktion Flüchtlinge	200,00	0,00
4860999	Verbindlichkeiten Verwahr und Vorschuss	473.090,96	448.234,90
4861000	Amtshilfe	15.415,90	10.535,45
4861100	Pfändungen	35,98	346,47
4861160	Mündelgelder für Amtsvormundschaft	44.589,03	36.407,79
4862070	Kassenüberschüsse	0,00	10,99
4862310	Einbehaltene Garantiebeträge	183.811,04	254.540,07
4862320	Entgelte für notärztliche Leistungen	238.467,24	351.833,44
4862330	Selbstbewirtschaftungsmittel Katastrophenschutz	35.628,56	30.406,63
4862440	Umlagebeträge für Kaskodeckungsschutz	285,00	380,00
4862450	Landeszuschuss für Ausbildungsförderungsg.	750,00	750,00
4862630	Ausgleichsbeträge gem. § 20 HWoFG	9.827,00	4.728,00
4862680	Fundgelder	30.103,38	27.797,30
4862700	Kautionen	26.970,00	1.970,00
4862710	Spenden, Geldbußen, durchl. Mittel	5.096,29	6.368,20
4862740	Schlüsselpfand Dauerparker Parkhäuser	6.023,17	5.598,17
4864010	Präventionsrat	26.560,87	20.952,73
4864082	Entgelt Notarzteeinsatzfahrzeuge	151,54	0,00
4864100	Sicherheitsleistungen KISS	3.255,97	3.155,97
4864140	Fortbildung RD	1.955,00	315,00
4864150	Entgelte RTW - JUH-	1.744,57	19.896,97
4864180	Bundesmittel für Einrichtungen	1.261,03	758,23
4864220	Förderung sozialer Hilfen	20.665,26	0,00
4864240	Sicherheitseinbehalt bei Bauaufträgen	32.298,98	33.733,62
4864250	Entgelte NEF - ASB-Kassel	36.541,89	46.335,34
4864270	Entgelte NEF - DRK-Hofgeismar	0,00	4.341,02
4864300	Citymanagement	410,91	410,91
4866750	Die Stadtreiniger -Sonderkasse-	2.460.644,94	5.060.254,84
4867000	KASSELWASSER -Sonderkasse-	2.675.639,77	15.219.955,70
4867050	Verrechnungskonto Bankbestand Eigenbetriebe	-5.136.284,71	0,00
4867290	Umsatzsteuersammelkonto	618.957,97	0,00
Summe Verbindlichkeiten aus Verwahrungen		1.927.848,96	21.734.429,68

Kassel documenta Stadt

Ergebnisrechnung

und

Finanzrechnung

zum

31.12.2015

Feststellung des Ergebnisses Jahresrechnung 2015 Stadt Kassel

Ergebnisrechnung (Muster 15) nach gesetzlicher Vorlage							
Kassel documenta Stadt							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschr. Ansatz Haushaltsjahr	Haushaltsreste	über-,außerpl. Ansätze	Ergebnis Haushaltsjahr	Vergl. Ansatz/Ergebnis des HHJahres
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.599.479,20	-2.154.210,00			-1.412.270,44	-741.939,56
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-98.540.361,79	-104.206.690,00		-864.000,00	-104.151.224,97	-55.465,03
03	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-33.110.871,18	-37.135.305,54		-24.194,54	-35.333.617,60	-1.801.687,94
04	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen						
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-277.065.882,17	-278.028.900,00		-4.000.000,00	-303.794.613,08	25.765.713,08
06	Erträge aus Transferleistungen	-62.396.642,26	-72.202.340,00		-3.000.000,00	-66.704.483,27	-5.497.856,73
07	Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgemeine Umlagen	-151.584.558,82	-191.822.876,45		-684.966,45	-194.859.209,95	3.036.333,50
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-28.980.420,97	-20.900.836,00			-22.881.676,63	1.980.840,63
09	Sonstige ordentliche Erträge	-47.968.865,70	-32.532.205,00		-83.590,00	-36.250.500,24	3.718.295,24
10	Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	-701.247.082,09	-738.983.362,99		-8.656.750,99	-765.387.596,18	26.404.233,19
11	Personalaufwendungen	137.687.997,13	142.357.984,00		-191.676,00	144.063.166,95	-1.705.182,95
12	Versorgungsaufwendungen	35.894.239,35	28.309.000,00			24.985.066,25	3.323.933,75
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	143.394.449,36	154.655.891,76	4.038.429,77	1.124.160,99	141.986.431,43	12.669.460,33
14	Abschreibungen	51.677.446,99	51.666.730,00			49.557.443,92	2.109.286,08
15	Aufwendungen f. Zuweisungen u. Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	65.841.056,57	69.617.181,00	20.402,00	573.766,00	64.473.075,34	5.144.105,66
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	66.849.142,92	70.660.000,00		4.000.000,00	69.964.775,87	695.224,13
17	Transferaufwendungen	176.584.580,54	192.440.873,39	270.503,39	3.110.000,00	191.621.309,47	819.563,92
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.944.069,26	8.008.369,71	122.519,71	50.000,00	7.834.627,57	173.742,14
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	683.872.982,12	717.716.029,86	4.451.854,87	8.666.250,99	694.485.896,80	23.230.133,06
20	20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 J. Nr. 19)	-17.374.099,97	-21.267.333,13	4.451.854,87	9.500,00	-70.901.699,38	49.634.366,25
21	Finanzerträge	-14.306.256,58	-13.934.640,00			-11.237.445,12	-2.697.194,88
22	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	29.533.465,43	31.635.490,00			31.580.149,01	55.340,99
23	Finanzergebnis (Nr. 21 J. Nr. 22)	15.227.208,85	17.700.850,00			20.342.703,89	-2.641.853,89
24	Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23)	-2.146.891,12	-3.566.483,13	4.451.854,87	9.500,00	-50.558.995,49	46.992.512,36
25	Außerordentliche Erträge	-2.867.543,44	-876.650,00		-9.500,00	-1.688.896,39	812.246,39
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.351.806,72	690.137,00			1.594.085,88	-903.948,88
27	Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 J. Nr. 26)	-1.515.736,72	-186.513,00		-9.500,00	-94.810,51	-91.702,49
28	Jahresergebnis (Nr. 24 und Nr. 27)	-3.662.627,84	-3.752.996,13	4.451.854,87		-50.653.806,00	46.900.809,87


 Christian Geßelle
 Stadtkämmerer

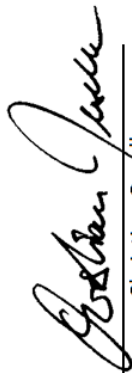
Finanzrechnung 2015

Finanzrechnung 2015 (Direkte Methode, nach Muster 16 zu § 47 Abs. 2 GemHVO)

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haus- haltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5)
1	2	3	4	5	6
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.576.496,09 €	2.076.510,00 €	1.424.678,31 €	651.831,69 €
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	98.260.900,98 €	104.284.390,00 €	102.690.268,38 €	1.594.121,62 €
03	Kostensatzleistungen und -erstattungen	37.217.885,13 €	37.135.305,54 €	34.751.503,35 €	2.383.802,19 €
04	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	279.466.362,25 €	285.568.800,00 €	301.014.583,72 €	15.445.783,72 €
05	Einzahlungen aus Transferleistungen	63.417.808,59 €	72.057.340,00 €	67.897.210,58 €	4.160.129,42 €
06	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	151.757.661,93 €	184.263.226,45 €	194.840.293,46 €	10.577.067,01 €
07	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	14.097.031,42 €	14.079.640,00 €	10.556.308,12 €	3.523.331,88 €
08	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	40.656.350,03 €	34.133.415,00 €	34.006.995,25 €	126.419,75 €
09	Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	686.450.496,42 €	733.598.626,99 €	747.181.841,17 €	13.583.214,18 €
10	Personalauszahlungen	139.267.431,15 €	125.317.504,00 €	142.180.062,04 €	16.862.558,04 €
11	Versorgungsauszahlungen	22.819.582,89 €	45.586.720,00 €	23.274.226,95 €	22.312.493,05 €
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	144.163.680,07 €	157.175.391,67 €	142.399.409,65 €	14.775.982,02 €
13	Auszahlungen für Transferleistungen	174.684.027,04 €	192.498.823,39 €	195.724.408,27 €	3.225.584,88 €
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	62.907.769,29 €	69.926.536,00 €	61.020.195,89 €	8.906.340,11 €
15	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	67.652.824,54 €	71.436.280,00 €	69.964.775,87 €	1.471.504,13 €
16	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	29.265.800,16 €	31.155.490,00 €	31.459.274,24 €	303.784,24 €
17	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	11.886.320,68 €	2.849.656,71 €	12.289.835,17 €	9.440.178,46 €
18	Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)	652.647.435,82 €	695.946.401,77 €	678.312.188,08 €	17.634.213,69 €
19	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbeitrag aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 9 ./ Nr. 18)	33.803.060,60 €	37.652.225,22 €	68.869.653,09 €	31.217.427,87 €
20	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	18.861.782,52 €	23.297.347,17 €	27.880.457,77 €	4.583.110,60 €
21	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	6.438.377,08 €	2.054.650,00 €	4.907.043,35 €	2.852.393,35 €
22	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	2.819.333,39 €	2.345.750,00 €	2.372.648,88 €	26.898,88 €
23	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 bis 22)	28.119.492,99 €	27.697.747,17 €	35.160.150,00 €	7.462.402,83 €
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	12.205.937,18 €	20.760.010,09 €	5.581.440,20 €	15.178.569,89 €
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	37.989.886,07 €	90.565.738,40 €	45.024.248,94 €	45.541.489,46 €
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	9.300.592,49 €	29.408.762,58 €	14.034.151,65 €	15.374.610,93 €
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	8.758.229,12 €	14.916.895,58 €	8.834.964,56 €	6.081.931,02 €
28	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)	68.254.644,86 €	155.651.406,65 €	73.474.805,35 €	82.176.601,30 €
29	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Nr. 23 ./ Nr. 28)	40.135.151,87 €	127.953.659,48 €	38.314.655,35 €	89.639.004,13 €
30	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr. 19 und 29)	6.332.091,27 €	90.301.434,26 €	30.554.997,74 €	120.856.432,00 €
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	25.537.305,48 €	79.437.850,00 €	62.470.000,00 €	16.967.850,00 €
32	Auszahlungen für Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	41.826.015,60 €	68.237.880,00 €	34.759.734,40 €	33.478.145,60 €
33	Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbeitrag aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 31 ./ Nr. 32)	16.288.710,12 €	11.199.970,00 €	27.710.265,60 €	16.510.295,60 €
34	Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres Nr. 30 und Nr. 33	22.620.801,39 €	79.101.464,26 €	58.265.263,34 €	137.366.727,60 €

Finanzrechnung 2015

Nummer	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014 3	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015 4	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015 5	Vergleich fortgeschrieb. Ansatz/Ergebnis des Haus- haltsjahres (Sp. 4 ./ Sp. 5) 6
1	2				
35	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten) (davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	582.325.785,95 €		755.734.106,68 €	755.734.106,68 €
36	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten) (davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	473.900.000,00 € - 557.014.026,65 €		606.400.000,00 € - 819.009.417,78 €	- 819.009.417,78 €
37	Zahlungsmittelüberschuß/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 35 ./ Nr. 36)	- 433.200.100,00 € 25.311.759,30 €		- 658.100.000,00 € - 63.275.311,10 €	- 63.275.311,10 €
38	Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	1.428.737,45 €		4.119.695,36 €	
39	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)	2.690.957,91 €		- 5.010.047,76 €	
40	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 38 und Nr. 39)	4.119.695,36 €		- 890.352,40 €	



Christian Geselle
Stadtkämmerer

Kassel documenta Stadt

Rechenschafts- und Lagebericht

zum

Jahresabschluss

31.12.2015

1. Rechtliche Grundlagen

Die Stadt Kassel hat gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen.

Der Jahresabschluss hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Er hat die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Kassel darzustellen und ist nach § 112 Abs. 3 HGO durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

Entsprechend § 51 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Stadt Kassel unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen ist vorzunehmen.

Darüber hinaus sollen im Rechenschaftsbericht folgende Positionen dargestellt werden:

- Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien,
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
- die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben,
- wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen.

Gemäß § 4 Abs. 2 GemHVO sollen in den Teilhaushalten Leistungsziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung angegeben werden. Die Ermittlung von Kennzahlen und die Vorgabe von Leistungszielen soll die Steuerung der kommunalen Leistungserstellung weiter verbessern.

Damit die Stadt Kassel den Anforderungen des Gesetzes nachkommen kann, ist es notwendig, dass die Fachämter die Ziele und Kennzahlen definieren. Diese Ziele und Kennzahlen werden seit dem Haushaltsjahr 2015 im Haushaltsplan (Band 1) dargestellt.

Information

Der Rechenschaftsbericht ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung zu erstellen. Diese lauten: Richtigkeit und Willkürfreiheit, Klarheit und Übersichtlichkeit, Vollständigkeit sowie Stetigkeit. Der Grundsatz der Stetigkeit fordert eine stetige, sachliche, zeitliche und formale vergleichbare Darstellung. Dies soll den Vergleich über mehrere Jahre hinweg gewährleisten. So wurde aufgrund der Erfahrungen der Jahresabschlüsse 2006 bis 2014 der Rechenschaftsbericht für das Abschlussjahr 2015 sukzessiv weiterentwickelt.

2. Allgemeines

Die Stadt Kassel weist eine Fläche von 106,798 km² bei einer amtlichen Zahl von 200.507 Einwohnern auf. Rund 36,84 % der Einwohner von Kassel besitzen einen Migrationshintergrund.

Die städtischen Einwohner leben in insgesamt 108.082 Haushalten. Auch in Kassel ist der Trend zum „Single-Haushalt“ erkennbar, rund die Hälfte aller Haushalte (56.145) sind 1-Personen-Haushalte.

Die Altersstruktur der städtischen Einwohner ist relativ ausgeglichen, sodass folgende Prozentsätze ausgewiesen werden:

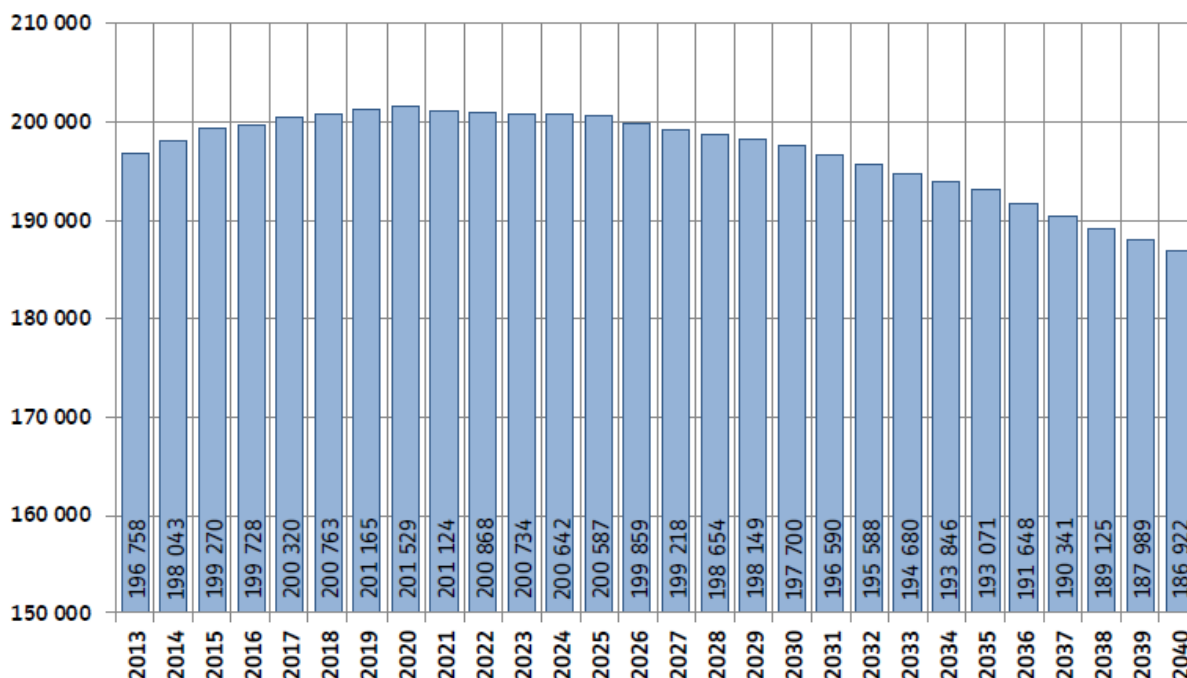
- 0 – 19 Jahre: 17,41 %
- 20 – 39 Jahre: 30,44 %
- 40 – 59 Jahre: 27,08 %
- älter als 60 Jahre: 25,07 %

Die Alterspyramide wird sich in den kommenden Jahren weiter nach oben verschieben. In den letzten 5 Jahren lag die Sterberate stets über der Geburtenrate. Dies konnte jedoch durch den positiven Saldo bei den Zu- und Fortzügen kompensiert werden.

Die geringe Zahl von Kindern und Jugendlichen schlägt sich auch in den Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen nieder. Die Schüleranzahl von 21.928 im Schuljahr 2009/2010 verringerte sich bis zum Schuljahr 2014/2015 auf 20.011.

Eine Zukunftsprognose des Hessischen Statistischen Landesamtes zeigt, dass sich die Stadt Kassel dem demografischen Wandel stellen muss. Für die Stadt Kassel wird von einem Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2040 von ca. 6 % ausgegangen. In den letzten sieben Jahren erhöhten sich die Einwohnerzahlen allerdings noch leicht.

Bevölkerungsvorausberechnung für die Stadt Kassel bis 2040



Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik: Jahresbericht 2014

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich in den letzten Jahren zunehmend positiv. Während im Jahr 2005 noch eine Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 19,2 % zu verzeichnen war, sank diese in den Folgejahren kontinuierlich. In 2015 betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt noch 9,2 %, sie verringerte sich im Vergleich zu 2005 somit um 10 Prozentpunkte.

Ferner ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf nunmehr 105.050 (Stand: 31.12.2014) gestiegen. In 2005 waren es noch 88.270. In der Stadtverwaltung Kassel selbst sind im Jahr 2015 (30.06.) 2.651 Bedienstete beschäftigt. Die Stadt Kassel stellt damit einen der größten regionalen Arbeitgeber dar.

Eine ebenfalls positive Entwicklung erlebt der Tourismus. Nach einem leichten Rückgang in 2010 konnte die Zahl der Übernachtungsgäste in 2011 wieder zulegen. In 2012 erreichten sie aufgrund der documenta den höchsten Stand. Die Anzahl der Übernachtungen im Jahr 2015 belief sich auf 903.719.

	2011	2012	2013	2014	2015
Übernachtungsgäste	435.895	500.395	461.426	493.418	506.324
darunter nichtdeutsche Gäste	57.051	80.038	57.818	58.856	61.149
Übernachtungen	772.366	947.855	835.904	881.281	903.719
darunter von nichtdeutschen Gästen	93.769	164.982	103.521	106.823	111.822
durchschnittl. Verweildauer in Tagen	1,8	1,9	1,9	1,8	1,8

2012: documenta - Jahr

Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik

3. Entwicklung der städtischen Finanzlage

Die Stadt Kassel hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, den Schuldenabbau effizient und nachhaltig voranzutreiben. Mit Hilfe von Haushaltssicherungskonzepten und einer Haushaltsverfügung, die in den vergangenen sechs Jahren nur eine 70 %ige Verfügbarkeit der Mittel im Aufwandsbereich zulässt, erfolgte eine restriktive Mittelbewirtschaftung.

Dennoch gelang es zwischen 1979 und 2013 lediglich zehn Mal, einen jahresbezogenen Überschuss zu erwirtschaften. Die guten Rahmenbedingungen dieser Jahre versetzten die Stadt in die Lage, ein ausgeglichenes bzw. positives ordentliches Ergebnis zu erzielen. In den anderen Jahren führte unter anderem der hohe Zinsaufwand aus der Finanzierung der aufgelaufenen Altfehlbeträge bzw. Verbindlichkeiten zu negativen Ergebnissen. Hieraus ergeben sich für die mittelfristige Finanzplanung der Stadt erhebliche Belastungsfaktoren. Zudem steht einer hohen Belastung durch soziale Transferleistungen eine sich zwar positiv entwickelnde, aber immer noch unterdurchschnittliche Steuerkraft gegenüber. Die Strategie der Stadt muss daher auch in den kommenden Jahren darin bestehen, einkommensstarke Bürger in Kassel anzusiedeln sowie attraktive Gewerbeflächen auszuweisen.

4. Aufgabenentwicklung der Stadt Kassel

4.1 Soziale Sicherung

Die Zahl der kommunalen Pflichtaufgaben sowie die damit verbundenen Aufwendungen der Kommunen steigen stetig. Sowohl der demografische Faktor als auch die Entwicklung der durchschnittlichen Alterseinkünfte verursachten eine Steigerung der Empfängerzahlen und Aufwendungen, insbesondere bei der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE). Bei der GSiAE (außerhalb von Einrichtungen/avE) sind die Empfängerzahlen von 3.716 Personen in 2011 auf 4.964 Personen (Stichtag

31.12.2015) gestiegen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich in den Folgejahren weiter fortsetzen.

Der Personenkreis, der Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch nimmt, ist von einer hohen Fluktuation geprägt. Der überwiegende Teil der Leistungsberechtigten geht aus vorherigem Leistungsbezug nach SGB II wegen vorübergehender Erwerbsminderung oder Rentenbezug auf Zeit zunächst in diese Hilfe über. Viele Personen haben multiple Vermittlungshemmnisse. Intensives Fallmanagement trägt dazu bei, den ansonsten noch rasanteren Anstieg abzumildern. Im Rahmen der Leistungen nach dem SGB II werden keine Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet, sodass der Anteil der Personen ohne Rentenansprüche künftig stetig steigen wird. Seit 2009 bis Ende 2015 haben sich die Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher von 519 auf 1.145 mehr als verdoppelt.

Die Zahl der pflegebedürftigen Personen, die ihren Pflegebedarf nicht allein aus eigenen finanziellen Mitteln und/oder Leistungen der Pflegekassen decken können, ist in den letzten Jahren moderat gestiegen. Die Zahl der Personen in Einrichtungen ist leicht gesunken, während die Personenzahl avE gestiegen ist. Insgesamt ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Anstieg der pflegebedürftigen Personen von 1.514 auf 1.557 zu verzeichnen. Die Kosten für diesen Bereich steigen weiterhin an. Ursache hierfür ist neben Kostensatzsteigerungen im ambulanten und stationären Bereich, dass immer mehr Menschen aufgrund ihres hohen Lebensalters einen kostenintensiveren Pflegebedarf haben.

Im Bereich des SGB II ist bei geringen Schwankungen der Fallzahl die prognostizierte Stagnation erkennbar. Im Jahresmittelwert 2012 lag die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bei 11.631, im Jahr 2013 bei 11.422, im Jahr 2014 bei 11.570 und im Jahr 2015 bei 11.609 (Dezember 2014 bis November 2015). Von der allgemeinen positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes können die Langzeitarbeitslosen trotz umfangreicher Maßnahmen nicht profitieren. Die Vermittlung in Arbeitsstellen am ersten Arbeitsmarkt gelingt nur in Ausnahmefällen.

Durch die steigende Zahl anerkannter Flüchtlinge wird in den Folgejahren mit steigenden Fallzahlen gerechnet.

Der starke Anstieg der Zuweisungen von AsylbewerberInnen nach Kassel hält weiter an. Nach 116 tatsächlich zugewiesenen Personen in 2011, 222 Personen in 2012, 264 Personen in 2013, 508 Personen in 2014 wurden in 2015 insgesamt 1.522 Personen zugewiesen.

Die Anzahl der Personen im Leistungsbezug hat sich von 711 (Stichtag 31.12.2014) auf 1.717 (Stichtag 31.12.2015) mehr als verdoppelt.

Für die Unterbringung der AsylbewerberInnen mussten neben der Jägerkaserne mittlerweile eine Vielzahl weiterer großer und kleiner Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet werden. Bei anhaltend hoher Zuweisungszahl müssen fortlaufend weitere Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Ende 2015 neu verhandelte pauschale Erstattung des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) deckt die anfallenden Kosten für Lebensunterhalt, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerber/Innen voraussichtlich vollständig ab.

Ab 2011 wurde durch die Bundesregierung das „Bildungs- und Teilhabepaket“ (BuT) eingeführt. Das „Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ wurde am 25.02.2011 im Bundestag und Bundesrat verabschiedet und ist rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft getreten. Danach haben Kinder und Jugendliche, deren Eltern bzw. sie selbst Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz (BKGG) oder Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) erhalten, Anspruch auf die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Die Leistungen umfassen Tagesausflüge und Fahrten, Schulbedarf, Lernförderung und Hilfen für die Bereiche Kultur, Sport und Freizeit. Alle Leistungen werden in Form von Sachleistungen, als Gutschein oder Geldleistung erbracht. Im Wesentlichen erbringt das Sozialamt die Leistungen. Anträge auf Mittagessen in Horten und Kindergärten werden durch das Jugendamt bearbeitet. Haben Kinder und Jugendliche im SGB II Bezug Anspruch auf Schulbedarf, wird dieser direkt mit der Regelleistung ausgezahlt. Bis zur formalen Übertragung vom Jobcenter Stadt Kassel an die Stadt Kassel wurden die BuT Leistungen für Kinder und Jugendliche im SGB II Bezug von den Mitarbeitern des Jobcenters bearbeitet. Die Rückübertragung erfolgte sukzessive ab November 2011. Die Aufwendungen für die Rechtskreise SGB II, WoGG und BKGG werden vom Bund erstattet.

Die Zahl der Obdachlosenhaushalte war 2015 im Vergleich zum Vorjahr erstmals seit Jahren leicht rückläufig und ist um rund 1 % gesunken. Aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes ist die Rückführung in eigenen Wohnraum aber auch weiterhin schwierig.

Dies trägt neben der Mietpreisentwicklung zu einer Steigerung der Aufwendungen bei. Auch die sonstigen Aufwendungen für Obdachlosenhaushalte (Einzugsrenovierungen, technische Grundausstattung, Erstaussstattungen, Schadensbeseitigungen nach Auszug) nehmen zu. Da es sich um eine ordnungsrechtliche Pflichtaufgabe handelt, kann auf die Kostenentwicklung kein Einfluss genommen werden.

4.2 Jugend- und Erziehungshilfen

Die Leistungen der Erziehungshilfen sind im SGB VIII (§§ 27 ff.) geregelt und mit individuellen Rechtsansprüchen versehen. Nachdem in den Jahren 2005 bis 2009 ein starker Anstieg der Inanspruchnahmen zu verzeichnen war, haben sich diese ab 2010 stabilisiert. Dies wurde durch die Einführung eines neuen Hilfeplanverfahrens und durch eine mit dem Personal- und Organisationsamt errechnete Personalaufstockung erreicht.

Die Fallzahlen, ohne Berücksichtigung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA), für die ambulanten Hilfen lagen 2015 im Durchschnitt bei 527, im stationären Bereich sind sie über Jahre relativ stabil. Zuletzt lagen sie bei 473. Deutlich gestiegen sind hingegen die Fallzahlen im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. Gab es zu Jahresbeginn 2015 noch 105 Fälle, wurden im Dezember 2015 bereits 273 Hilfen zur Erziehung verzeichnet, mit weiter steigender Tendenz.

Während in 2014 Transferleistungen in Höhe von 38,3 Mio. € für diesen Bereich gewährt wurden, sind diese in 2015 auf rund 41 Mio. € gestiegen. Diese Steigerung ist weitestgehend der oben genannten Fallzahlsteigerung bei den uMA, den Kita-Gebührenübernahmen aufgrund gestiegener Betreuungszahlen und der Dynamisierung der Verträge geschuldet.

Größte Ausgabepositionen sind nach wie vor die stationären Hilfen. Diese lagen 2015 bei 29 Mio. €. Dies entspricht einem Anteil von knapp 71 % aller Transferaufwendungen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geht davon aus, dass etwa 10 bis 15 Prozent der Kinder in Deutschland von schwierigen familiären Verhältnissen betroffen sind. In vielen Fällen ist finanzielle Unterversorgung der Familien (Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse etc.) ein Indikator für Auffälligkeiten. In jeder fünften Familie mit minderjährigen Kindern stemmen Alleinerziehende den Familienalltag. Ein beträchtlicher Anteil an Kindern wächst über Jahre mit Mangel, Verzicht, fehlenden Freizeitmöglichkeiten sowie sehr eingeschränkten sozialen und kulturellen Aktivitäten auf. Diese Erfahrungen können sich sehr nachteilig auf die Zukunft und die späteren Chancen der betroffenen Kinder auswirken, denn mit Armut gehen zu oft geringere Bildungschancen, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Ausgrenzung und fehlendes Selbstbewusstsein sowie psychische Belastungen einher.

Das belegt die Forschung der letzten Jahre mehr als ausreichend und der Anstieg bei den emotional hochgestörten Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen mit besonderer therapeutischer Ausrichtung und einem besonderen Betreuungsschlüssel bestätigt diese Einschätzung.

Obwohl die Anzahl an Meldungen über die Gefährdung des Kindeswohls in der Stadt Kassel in 2015 im Vergleich zu 2014 um etwa 16 Prozent gesunken ist (2014= 271Meldungen, 2015 = 228 Meldungen), gibt auch sie einen nachdrücklichen Hinweis auf die Lebenssituation von Kindern.

Tagesbetreuung von Kindern

Im Jahre 2015 wurde zum ersten Mal ein Kitabericht erstellt. Dieser Bericht gibt einen Überblick über die Situation der Kindertagesbetreuung in Kassel. Hier werden wichtige Übersichten und Papiere, die im Laufe des Jahres mit verschiedenen Blickwinkeln und Zielsetzungen erstellt wurden, zusammengefasst.

Im Kitabereich (3 – 6,5 Jahre) stand mit 94 % für fast jedes Kind ein Betreuungsplatz zur Verfügung. Im U3-Bereich wurden Anfang 2015 für ein Drittel aller Kinder Betreuungsplätze angeboten. Für 43 % aller Grundschulkindern gab es Plätze in Horten bzw. in „Betreuter Grundschule“. Dazu kommen Ganztagsplätze an Grundschulen.

Die Ganztagsbetreuung nahm 2015 im Verhältnis zur Halb- und Dreivierteltagsbetreuung weiter zu. Dies spiegelt sich sowohl in der Gruppenstruktur als auch in der Platzbelegung wider.

U3

Da die Kinderzahlen 2015 deutlich stärker angestiegen sind als erwartet, wurde die anvisierte Versorgungsquote von 35 % trotz des weiteren Ausbaus von über 100 u3-Plätzen nicht ganz erreicht. Zum Teil auch deshalb, weil der Ausbau der Tagespflege nicht wie erwartet realisiert werden konnte. Dennoch konnte auch in 2015 allen Eltern, die dies wollten, ein Platz für ihre Kinder ab dem ersten Geburtstag angeboten werden. Es gab daher keine Klagen auf Bereitstellung eines Platzes.

Am 1.1.2015 standen in Kassel für 5.202 Kinder unter 3 Jahren insgesamt 1.730 Plätze zur Verfügung (Krippen- und altersübergreifende Gruppen in Einrichtungen sowie in der Tagespflege unter Berücksichtigung der Plätze in Betriebskitas, die mit Kindern aus Kassel belegt waren). Damit wurde eine Versorgungsquote von 33 % erreicht. Berücksichtigt man zusätzlich die 60 Kinder unter 3 Jahren, die im Rahmen der 8-Wochenregelung in Kigagruppen betreut werden, kommt man auf 1.790 Plätze und 34 %. Der Ausbau erfolgte auch 2015 auf verschiedene Weise: Durch Neubau bzw. Gründung neuer Einrichtungen; durch Umbau oder Erweiterung bestehender Einrichtungen oder durch Umwandlung von Gruppen.

Ist-Belegung zum Stichtag:	1.1.2014	1.1.2015	1.1.2016
Kitaplätze	5.101	5.120	5.207
Hortplätze	2.520	2.597	2.682
Krippenplätze	1.065	1.193	1.210
Plätze in Tagespflege	336	316	323
Gesamt	9.022	9.226	9.422

5. Analyse des Jahresabschlusses 2015

5.1 Überblick

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel hat die Haushaltssatzung für das Jahr 2015 am 15.12.2014 beschlossen. Sie wurde vom Regierungspräsidium Kassel aufsichtsrechtlich mit Verfügung vom 12.03.2015 genehmigt. Die Haushaltssatzung weist einen Jahresüberschuss von ca. 8,2 Mio. € und eine Kassenkreditermächtigung in Höhe von 300 Mio. € aus.

Die Stadt Kassel hat den für das Jahr 2015 geplanten Überschuss deutlich übertroffen. Das im Haushaltsplan vorgesehene Plus von 8,2 Mio. € konnte mehr als versechsfacht werden. Insgesamt konnte die Stadt einen Überschuss in Höhe von rund 50,7 Mio. € im Ergebnishaushalt erwirtschaften – ein Rekordergebnis. Erreicht wurde dies durch ein sehr gutes Resultat bei der Gewerbesteuer und aus den Gemeindeanteilen der Einkommensteuer, erhöhte Schlüsselzuweisungen und eine nach wie vor anhaltende Ausgabendisziplin. Betrachtet man das ordentliche Ergebnis, das nach der HGO als Maßstab für den Haushaltsausgleich herangezogen wird, so liegt dies bei 50,6 Mio. €.

Nach den Jahren 2013 und 2014 – in denen zuvor noch mit zweistelligen Fehlbedarfen geplant wurde – hat die Stadt Kassel jetzt auch im Jahr 2015 und damit im dritten Jahr hintereinander

im Haushaltsvollzug einen Überschuss erzielt. Die materiellen Voraussetzungen für einen Ausstieg aus dem Schutzschirm sind somit geschaffen und alles deutet darauf hin, dass Kassel als eine der ersten Kommunen den Schutzschirm des Landes früher als geplant verlassen kann.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 12,7 Mio. € gestiegen, liegen jedoch um 23,0 Mio. € unter den Planwerten. Gleichzeitig konnten die Erträge gegenüber dem Vorjahr um 59,7 Mio. € gesteigert werden und liegen dabei um 23,9 Mio. € über dem Planansatz.

Im Bereich der Gewerbesteuer konnte der Einbruch des Jahres 2014 wieder aufgefangen werden. Diese liegt nun bei 162,6 Mio. €.

Der Aufwärtstrend bei der Einkommensteuer der letzten Jahre wurde auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Als Gemeindeanteil der Stadt sind insgesamt Zahlungen in Höhe von 80,9 Mio. € eingegangen. Der für 2015 erwartete Ansatz von 74,0 Mio. € wurde somit deutlich übertroffen.

An den wachsenden Steuereinnahmen des Landes hat die Stadt Kassel durch gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegenen Schlüsselzuweisungen profitiert. Nach 110,4 Mio. € im Jahr 2014 hat die Stadt in 2015 rd. 153,6 Mio. € an allgemeinen Finanzaufweisungen erhalten. Durch eine Verschiebung innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte hat es hier einen erheblichen Zuwachs für die Stadt Kassel gegeben. Ab dem Jahr 2016 soll die Verteilung der Schlüsselmasse, basierend auf einer exakten Bedarfsanalyse, neu geregelt werden.

5.2 Ergebnisentwicklung

Das Haushaltsjahr 2015 schloss mit einem Jahresüberschuss von rund 50,7 Mio. € ab. Damit fällt das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um ca. 46,9 Mio. € besser aus (2014: 3,7 Mio. €).

Übersicht Gesamterträge/-aufwendungen

Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2015 in €	Ist-Ergebnis 2015 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
				↑	↑
Gesamterträge	-720.485.414,93	-756.246.862,99	-780.160.530,86	-59.675.115,93	-23.913.667,87
Gesamtaufwendungen	716.822.787,09	752.493.866,86	729.506.724,86	12.683.937,77	-22.987.142,00
Fehlbedarf / Überschuss	-3.662.627,84	-3.752.996,13	-50.653.806,00	-46.991.178,16	-46.900.809,87

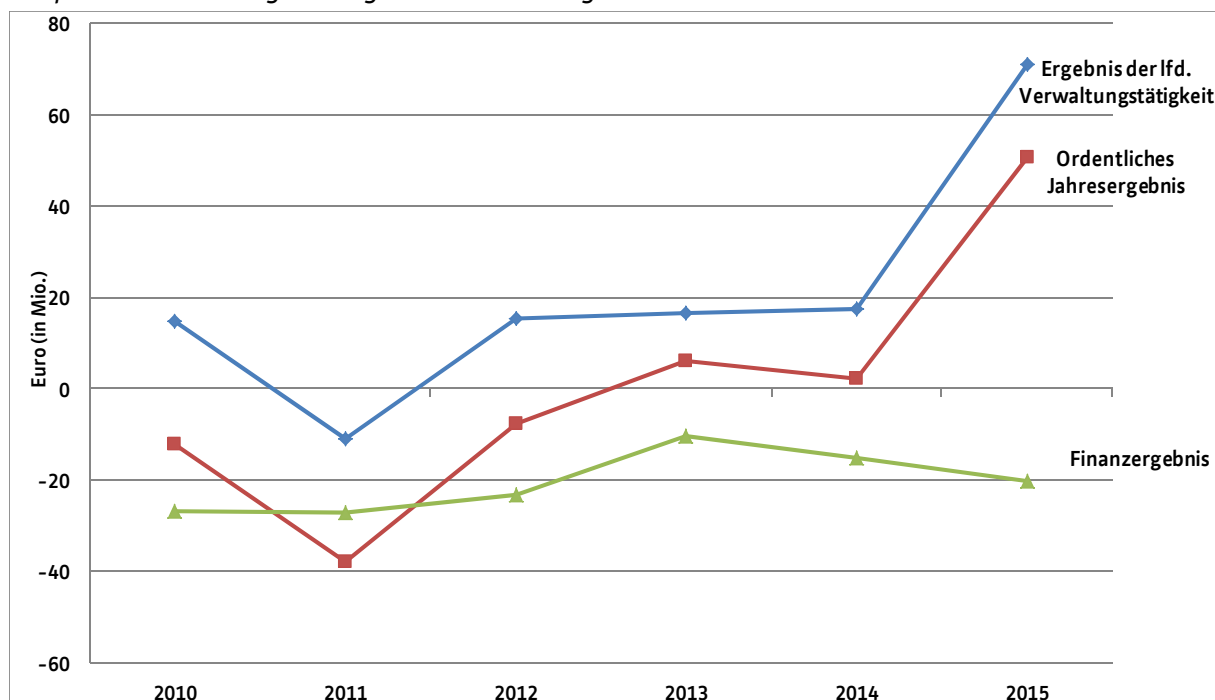
Nachdem in den Jahren 2009 bis 2012 keine Überschüsse erwirtschaftet wurden, gelang dies nun zum dritten Mal in Folge. Die städtische Ergebnisentwicklung zeigt, dass die Erträge stetig gestiegen sind. Verantwortlich hierfür war in der Vergangenheit hauptsächlich die gute Gewerbesteuerentwicklung sowie die zuletzt stark gestiegenen Schlüsselzuweisungen und Einkommensteueranteile. Problematisch bleibt, dass neben den Erträgen auch die

Aufwendungen stetig steigen. Lediglich in 2012 gelang es, die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit war seit Einführung der Doppik durchweg positiv. Nur in 2011 kam es hier erstmalig zu einem Fehlbetrag.

Ergebnisentwicklung

Ergebnisentwicklung	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Erträge der lfd. Verwaltungstätigkeit	-631.021.379	-645.502.222	-666.172.737	-697.916.840	-701.247.082	-765.387.596
Aufwendungen der lfd. Verwaltungstätigkeit	616.295.663	656.421.368	650.640.200	681.440.525	683.872.982	694.485.897
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	14.725.715	-10.919.146	15.532.537	16.476.315	17.374.100	70.901.699
Finanzerträge	-6.102.935	-5.419.832	-5.545.765	-15.010.650	-14.306.257	-11.237.445
Zinsen u. ähnl. Finanzaufwendungen	33.041.138	32.449.694	28.877.576	25.445.373	29.533.465	31.580.149
Finanzergebnis	-26.938.202	-27.029.862	-23.331.811	-10.434.723	-15.227.209	-20.342.704
Ordentliche Erträge	-637.124.314	-650.922.054	-671.718.503	-712.927.491	-715.553.339	-776.625.041
Ordentliche Aufwendungen	649.336.801	688.871.062	679.517.776	706.885.898	713.406.448	726.066.046
Ordentliches Jahresergebnis	-12.212.487	-37.949.008	-7.799.274	6.041.592	2.146.891	50.558.995
Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad (in %)	98,1	94,5	98,9	100,9	100,3	107,0

Grafische Darstellung der Ergebnisentwicklung



5.2.1 Entwicklung der Erträge

Die städtischen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 59,7 Mio. € gestiegen. Diese positive Entwicklung ist hauptsächlich auf die stark angewachsenen Gewerbesteuereinnahmen, Zuwächse beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie höheren Schlüsselzuweisungen zurück zu führen.

Bei der Gewerbesteuer kam es im Jahr 2014 zu einem dramatischen Einbruch. Vom Rekordergebnis im Jahr 2013 mit 169,9 Mio. € brachen die Gewerbesteuereinnahmen, u. a. bedingt durch eine von der Stadt zu leistende erhebliche Rückzahlung, auf 145,1 Mio. € ein. In 2015 erholte sich die Gewerbesteuer wieder und lag mit 162,6 Mio. € weit über dem Plan von 144,0 Mio. €.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist ebenfalls eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug rd. 8,3 Mio. € auf nunmehr 80,9 Mio. €.

Die endgültige Festsetzung der Schlüsselzuweisungen ergab, bedingt durch eine Verschiebung innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte, einen um 43,2 Mio. € auf nunmehr 153,6 Mio. € gestiegenen Zuwendungsbetrag. Dies führt dazu, dass die Zuwendungsquote (Anteil der Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen) in 2015 weiter steigt. Die Zuwendungsquote kann als ein Maß für die Abhängigkeit der Stadt von den Ausgleichsmassen des kommunalen Finanzausgleichs gesehen werden.

Übersicht der jährlichen Zuwendungsquoten

Zuwendungsquote des Jahres ...	in Prozent
2010	19,41
2011	18,37
2012	20,13
2013	20,28
2014	21,18
2015	25,09

Gleichzeitig stieg in 2015, bedingt durch die erhebliche Steigerung der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die **Steuerquote** (Anteil der Steuern an den ordentlichen Erträgen).

Die Steuerquote ist ein Indikator für die Steuerkraft und zeigt, zu welchem Teil sich die Stadt von außen finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Die Steuerquote der Stadt bewegt sich seit Einführung der Doppik zwischen 38 % und dem Höchststand in 2010 mit 43 %.

Übersicht der jährlichen Steuerquoten

Steuerquote des Jahres ...	in Prozent
2010	43,02
2011	42,01
2012	41,52
2013	41,17
2014	38,72
2015	39,12

Weiterführende Darstellungen zur Ertragsentwicklung können den Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung entnommen werden.

5.2.2 Entwicklung der Aufwendungen

Dank restriktiver Mittelbewirtschaftung haben sich die Aufwendungen 2015 im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 12,7 Mio. € erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei einem Zeitreihenvergleich (siehe 5.2.1 Ergebnisentwicklung) fällt auf, dass der Aufwand in der Vergangenheit kontinuierlich stieg. 2012 bildete eine einmalige Ausnahme. Die Steigerungen verteilen sich über weite Teile im Aufwandsbereich.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 6,4 Mio. € gestiegen. Ursächlich waren Steigerungen bei Dienst- und Amtsbezügen, Gehältern sowie den daraus resultierenden Arbeitgeberanteilen zur Sozialversicherung.

Die Versorgungsaufwendungen gingen hingegen erheblich zurück, da im Gegensatz zum Vorjahr kaum Pensionsrückstellungen zu bilden waren.

Die Transferaufwendungen als größter Posten der Aufwandsseite liegen rd. 15,0 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Ausschlaggebend waren Steigerungen im Bereich der Grundsicherung, der erzieherischen Hilfen sowie bei den Aufwendungen nach dem AsylbLG.

Die **Transferaufwandsquote**, also der Anteil der Transferleistungen an den ordentlichen Aufwendungen, ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen und liegt nun bei über 26 %. Anders ausgedrückt: gut $\frac{1}{4}$ aller ordentlichen Aufwendungen werden für den Transferbereich bereitgestellt. Dies ist der zweithöchste Wert seit Einführung der Doppik, lediglich in 2009 wurde ein höherer Wert erreicht.

Übersicht der jährlichen Transferaufwandsquote

Transferaufwandsquote des Jahres ...	in Prozent
2010	25,09
2011	24,41
2012	23,49
2013	23,52
2014	24,75
2015	26,39

Die Transferaufwandsquote allein ist allerdings wenig aussagekräftig. Oftmals stehen den Transferleistungen Kostenerstattungen durch Bund und Land gegenüber. In 2015 wurden ca. 18 % der Transferaufwendungen durch Kostenerstattungen gedeckt. Vor dem Hintergrund neuer Verordnungen im Sozial- und Jugendbereich (siehe Ziffer 7.1 und 7.2 des Rechenschaftsberichtes) bleibt jedoch abzuwarten, wie sich diese Quote in Zukunft entwickeln wird. Nicht zuletzt wegen des Konnexitätsprinzips müssen Anstrengungen unternommen werden, dass der Kostendeckungsgrad in diesem Bereich nicht sinkt.

Die ordentlichen Abschreibungen sind im Rechnungsjahr um 2,1 Mio. € gesunken. Ausschlaggebend für die Verringerung sind hauptsächlich Abschreibungen auf Gebäude, Sachanlage- und Infrastrukturvermögen. Gestiegen sind hingegen Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen und- zuschüsse sowie die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen.

Die Zinsaufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Zwar macht sich das anhaltend günstige Zinsniveau bei den lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten bemerkbar, bei den Erstattungszinsen für Steuererstattungen kam es jedoch aufgrund zahlreicher Veranlagungen von Altjahren zu erheblichen Mehraufwendungen. Dadurch erhöhen sich die Zinsaufwendungen insgesamt. Die **Zinslastquote** (Anteil der Zinsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) stieg somit im Jahr 2015 weiterhin an. Anzumerken ist allerdings, dass die Quote auch steigt/fällt, wenn sich andere Positionen innerhalb der ordentlichen Aufwendungen positiv oder negativ verändern. Sie ist daher immer im Verhältnis zu den anderen Aufwendungen zu betrachten.

Übersicht der jährlichen Zinslastquote

Zinslastquote des Jahres ...	in Prozent
2009	5,40
2010	5,09
2011	4,71
2012	4,25
2013	3,60
2014	4,14
2015	4,35

Weiterführende Darstellungen zur Aufwandsentwicklung können den Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung entnommen werden.

5.2.3 Wesentliche Plan-Ist-Abweichungen auf Budgetebene

Mit der Einführung der Doppik zum 1. Januar 2006 wurde parallel auch die flächendeckende Budgetierung aller Verantwortungsbereiche eingeführt. Ein Budget umfasst einen vorgegebenen Finanzrahmen, der einer Organisationseinheit zur eigenverantwortlichen Mittelbewirtschaftung zugeordnet ist. Ansätze der in einem Budget veranschlagten Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig (siehe auch § 20 Abs. 1 GemHVO).

Die Budgetierung ist ein zentrales Instrument des Neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungssystems. Sie unterstützt dabei folgende Ziele:

- Dezentralisierung der Verantwortung
- Produktorientierte Verantwortung
- Ergebnisorientierte Steuerung

Bei der Stadt Kassel stehen den Ämtern im Ergebnishaushalt grundsätzlich ein oder mehrere Budgets zur Verfügung (1. Budgetebene). Diese sogenannten Ämterbudgets sind unterteilt in weitere Budgets (2. Budgetebene), die gegenseitig deckungsfähig sind. Die Planansätze der Budgets ergeben sich aus der Kombination von Sachkonten und Kostenstellen. Eine Überwachung, ob die Planwerte eingehalten werden, findet auf der Ebene der Ämterbudgets statt.

5.2.4 Budgetüberschreitungen 1. Ebene

In 2015 kam es bei fünf Budgets der 1. Ebene (siehe auch Ziffer 5.2.3) zu Überschreitungen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Überschreitung
7-140-001	Revisionsamt Amtsbudget	6.450,00	6.650,42	-200,42

Die Überschreitung ist auf eine außerordentliche Abschreibung auf Büroausstattung zurück zu führen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Überschreitung
7-330-001	Bürgeramt Amtsbudget Ergebnishaushalt	4.066.870,34	4.084.854,87	-17.984,53

Im Rahmen der Inventur mussten Rückstellungen für die Abrechnung des Überschusses der Zulassungsstelle mit dem Landkreis Kassel gebildet werden. Diese Rückstellungen sind vollumfänglich für die Budgetüberschreitung verantwortlich.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Überschreitung
7-370-002	Rettungsdienst Amtsbudget	1.056.238,00	1.551.407,29	-495.169,29

Die Überschreitung kam durch die Zuführung an die Gebührenaussgleichsrücklage zustande. Detailliertere Ausführungen siehe Punkt 5.2.5, Budget 7-37002-A001.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Überschreitung
7-400-005	Schulverwaltungsamt Beköstigung, Gastschulbeiträge, Schülerbeförderung	6.883.150,00	7.127.677,84	-244.527,84

Im Januar 2016 sind beim Schulverwaltungsamt Rechnungen in Höhe von rd. 200 T€ eingegangen, bei denen die Leistung vollständig in 2015 erbracht wurde. Da zum damaligen Zeitpunkt keine Möglichkeit mehr bestand, einen überplanmäßigen Antrag zu stellen, wurde die Mittelprüfung in Abstimmung mit dem Amt Kämmerei und Steuern außer Kraft gesetzt. Die Deckung erfolgte durch das Gesamtdeckungsprinzip.

In diesem Zusammenhang ist das Schulverwaltungsamt aufgefordert worden darzulegen, welche organisatorischen Maßnahmen vorgenommen werden, um eine Mittelüberschreitung zukünftig rechtzeitig zu erkennen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Überschreitung
7-500-001	Sozialamt/AFK Amtsbudget	1.596.922,36	1.967.533,85	-370.611,49

Die Mehraufwendungen resultieren Großteils aus der Bildung von Prozesskostenrückstellungen für alle SGB XII-Leistungsarten.

5.2.5 Budgetabweichungen 2. Ebene

In folgenden Budgets der 2. Ebene kam es im Jahr 2015 zu wesentlichen Plan-Ist-Abweichungen (> 200 T€). Die Abweichungen sind getrennt nach Aufwendungen und Erträgen erläutert.

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Bei den Personalkostenbudgets 7-00311-A001, 7-00312-A001, 7-00313-A001, 7-00315-A001, 7-00318-A001 und 7-00319-A001 kam es sowohl zu Über- als auch zu Unterschreitungen. Diese Plan-Ist-Abweichungen sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nachfolgen auf der Budgetebene dargestellt.

Budgetebene	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-030-001	Personalaufwand	170.556.594,00	168.428.667,75	2.127.926,25

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Wesentliche Minderaufwendungen:

293.468,55 € Konto 6200100 / Löhne für Arbeiter

4.701.377,00 € Konto 6460100 / Zuführung zu Pensionsrückstellungen

300.312,43 € Konto 6472000 / ZVK-Arbeitgeberanteile Gehaltsbereich

472.705,84 € Konto 6490101 / Beihilfen und Unterstützungsleistungen allgemein

5.767.863,82 € Summe

Wesentliche Mehraufwendungen:

270.208,89 €	Konto 6200200 / Vergütungen für Angestellte
1.069.877,18 €	Konto 6301000 / Dienstbezüge für Beamte
930.686,72 €	Konto 6402000 / AG-Anteil zur Sozialversicherung Gehaltsbereich
709.739,92 €	Konto 6440100 / Versorgungsbezüge
667.703,33 €	Konto 6441000 / Beihilfen an Versorgungsempfänger
3.648.216,04 €	Summe

Die Minderaufwendungen im Bereich der Löhne, Sozialversicherung und Zusatzversorgung für Arbeiter resultieren aus einer stetigen Reduzierung dieses Abrechnungskreises. Neu eingestellte Beschäftigte werden nur noch über das Sachkonto „Vergütung für Angestellte“ und die dazugehörigen Konten für Sozialversicherung und Zusatzversorgung geführt.

Die Mehraufwendungen bei den Vergütungen und Sozialversicherungsbeiträgen für Angestellte resultieren aus einer Rückstellung für erwartete Nachzahlungen für Sozialversicherungsbeiträge sowie aus der Tarifierhöhung für das Personal im Sozial- und Erziehungsdienst.

Im Bereich der Besoldung und Versorgung haben sich Minderaufwendungen bei den Dienstbezügen der Beamten und Mehraufwendungen bei den Versorgungsbezügen zunächst ausgeglichen. Die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und auch die Einstufungen zum Zeitpunkt des Versorgungsbeginns sind gestiegen; das erklärt sowohl die geringeren Ausgaben bei den aktiven Beamtinnen und Beamten als auch die höheren Zahlen bei der Versorgung. Da aber seitens der Kämmerei für mögliche Risiken aus anhängigen Verfahren wegen Altersdiskriminierung bei der Bemessung der Dienstaltersstufen eine Rückstellung in Höhe von 2,0 Mio. € gebildet wurde, kommt es im Bereich der Besoldung letztlich zu Mehraufwendungen.

Mehraufwendungen bei der Beihilfe sind die Folge von mehr Beihilfefällen; diese Kosten sind weder steuerbar noch exakt planbar.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-11002-A001	Personal- und Organisationsamt, Informations- und Kommunikationstechnologie	3.274.677,62	2.656.127,27	618.550,35

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

618.550,35 €	Abweichung zwischen Plan- und Ist-Aufwendungen
- 375.385,12 €	(beantragte Mittelübertragungen, im Text separat begründet)
= 243.165,23 €	verbleibende Abweichung

Dieser Wenigeraufwand ergibt sich im Wesentlichen aus folgenden Sachkonten:

Sachkonto 6169200 (Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte): 109 T€

Sachkonto 6700110 (Mieten für bewegliche Vermögensgegenstände) und

Sachkonto 6710200 (Mobilenleasing): 117 T€

Sachkonto 6880000 (IT-Fortbildungen): 17 T€

=====

Summe: 243 T€

Vorausschickend zu einer detaillierten Begründung wird angeführt, dass die Mittel für den IT-Einsatz grundsätzlich zentral veranschlagt werden. Mögliche Projektverschiebungen aus den Fachbereichen wirken sich damit an dieser Stelle aus, ohne dass umfassende eigene Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Zudem wirkt sich hier die Schnelllebigkeit der Informationstechnologie aus, deren Planbarkeit nur begrenzt gegeben ist.

Es folgt nun die detaillierte Begründung der o. a. Positionen:

Sachkonto 6169200

Aus dem Sachkonto 6169200 (Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte) werden u. a. technisches Zubehör, Ersatzteile und Softwareupdates gekauft sowie Reparaturen, Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge bestritten. Der Bereich Ersatzteile und Reparaturen unterliegt naturgemäß starken Ausgabeschwankungen und lässt damit keine exakte Mitteldisposition zu. Weitere Gründe sind einerseits Einsparungen im Haushaltsvollzug ggü. der Ansatzplanung, andererseits Änderungen in Projekten.

Hier entstand unter Berücksichtigung der Mittelübertragungen ein Minderaufwand in Höhe von rund 109 T€:

- 45 T€ ergeben sich aus Einsparungen im Schulträgernetzprojekt. Die Neubeschaffung und laufende Pflege von Bürosoftware aus der Microsoft Office-Produktfamilie war zunächst auf Basis eines besonderen Lizenzvertrags mit weiteren Vorteilen geplant. Ein Wirtschaftlichkeitsvergleich ergab, dass die Pflege auch durch ein günstigeres Vertragsmodell sichergestellt werden kann, das allerdings Kosten in Zeitintervallen von 3-4 Jahren verursacht.
- 15 T€ NSK/Citrix konnten beim Microsoft Enterprise Agreement als Lizenzkosten eingespart werden.
- 15 T€ waren eingeplant für den Abschluss eines Supportvertrages für die zentrale Fachanwendung „Axcentro“ des städtischen Servicecenters. Dieser wurde bislang noch nicht abgeschlossen, soll aber im 1. Halbjahr 2016 realisiert werden.
- 20 T€ ergeben sich als Ersparnis durch nicht beanspruchte Reparaturen.

-
- 15 T€ konnten bei der Betreuung der Telekommunikationstechnik der Außenstellen eingespart werden. Hierzu führten sowohl Konditionsverbesserungen beim Servicepartner als auch die qualitativ verbesserte Ausstattung (weniger Unterhaltungsaufwand).

Begründung für die beantragte Mittelübertragung ins Folgejahr: 217.959,97 €

Rechnungsabgrenzungsposten

Aus diesem Sachkonto werden jahresübergreifende Pflege- und Wartungsleistungen finanziert. In 2015 wurden aus diesem Grund 170.428,91 € als im Rahmen der Doppik vorgeschriebene aktive Rechnungsabgrenzung gebucht. Es handelt sich hier um anteilige Mittel für Leistungen, die erst im Haushaltsjahr 2016 oder später erbracht werden, die aber bereits vollständig bezahlt wurden.

Verlängerung der Softwarepflege im Schulträgersnetz

Für die Verlängerung der Softwarepflege der in den Schulverwaltungen eingesetzten Microsoft-Lizenzen wurde am 15.12.2015 der ekom 21 ein Auftrag über 15.921,06 € erteilt, der bislang nicht erfüllt wurde.

Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe

Aufgrund der von der hessischen Landesregierung beabsichtigten Wiedereinführung der sog. „Fehlbelegungsabgabe“ wurde der Hersteller des Altverfahrens am 21.08.2015 mit einem Upgrade der lizenzierten Fachanwendung zu einem Auftragswert von 22.610,00 € beauftragt. Erst zum Jahresende hat der Gesetzgeber jedoch notwendige Parameter festgelegt und entsprechende Beschlüsse gefasst. Die Anpassung an die neuen Anforderungen wird derzeit umgesetzt und in Kürze in der Praxis realisiert.

Digitale Diktiergeräte

Im Gesundheitsamt wird insbesondere im Gutachtenbereich nach wie vor sehr viel diktiert. Die Schadanfälligkeit der analogen Geräte ist mittlerweile außerordentlich hoch, die Technik ist veraltet. Daher war nach einer Abstimmung zwischen den Abteilungen für Beschaffung, Organisationsmanagement, Informationstechnologie und dem Gesundheitsamt ein Betrag von 9 T€ im Haushalt 2015 vorgesehen für die Umstellung auf ein digitales Diktiersystem. Infolge der grundlegenden Neuordnung des städtischen Vergabewesens kam es zu Verzögerungen bei der Realisierung. Die Umsetzung konnte im Jahr 2015 nicht mehr erfolgen, ist aber für das Jahr 2016 verbindlich vorgesehen und auch dringend notwendig. Die dafür eingeplanten Mittel wurden daher als Haushaltsausgaberest übertragen.

Sachkonto 6179000

Dieses Sachkonto dient zur Begleichung von Aufwendungen für in Anspruch genommene externe Dienstleistungen

Begründung für die beantragte Mittelübertragung ins Folgejahr: 143.425,00 €

Rechnungsabgrenzungsposten

Aus diesem Sachkonto werden auch jahresübergreifende Dienstleistungskosten finanziert. In 2014 wurden aus diesem Grund 9.069,35 € als im Rahmen der Doppik vorgeschriebene aktive Rechnungsabgrenzung gebucht. Es handelt sich hier um anteilige Mittel für Leistungen, die erst im Haushaltsjahr 2016 oder später erbracht werden, die aber bereits vollständig bezahlt wurden.

NSK-Berechtigungskonzept

Im Rahmen des längerfristigen Projektes „Berechtigungskonzept nsk der Stadt Kassel“ soll die unzureichende Berechtigungsabgrenzung im Finanzverfahren „nsk“ optimiert werden. Hierfür wurde der ekom21 am 04.05.2015 ein Auftrag zur Umsetzung über 7.930,00 € erteilt. Die Arbeiten wurden begonnen und ein Abschluss ist im Frühjahr beabsichtigt.

Penetrationstest

Im Zuge der Aktivitäten der Verwaltung, die IT-Sicherheit zu erhöhen, wurde am 12.11.2015 der Firma sic!sec ein Auftrag über 11.709,60 € erteilt. Die Firma hat den Auftrag, die Sicherheit des IT-Netzwerkes der Stadt in Bezug auf Angriffe via Internet zu prüfen, zumal verschiedene Schnittstellen für Bürgerservices Ziel möglicher Angriffsvektoren sein könnten. Der Bedarf für einen solchen Sicherheitscheck hat sich nach den erfolgreichen Cyberattacken auf den Bundestag sowie die KFZ-Zulassungsstellen drastisch verstärkt.

Evaluierung Schulkonzept regio IT

Im Rahmen der von einer Projektgruppe geplanten Neuausrichtung des Bereiches IT in Kasseler Schulen wurde der ekom21 am 04.05.2015 ein Auftrag über 21.610,40 € erteilt, das bis dahin entwickelte Konzept zu evaluieren. Die ekom hat hierzu die regio IT Aachen als Partner gewonnen, die ein innovatives und leistungsfähiges Konzept im eigenen Bereich bereits umgesetzt hat. Der Bericht zur Evaluierung wurde in 2015 im Entwurf vorgelegt und soll kurzfristig in einer finalen Fassung vorgelegt werden.

Internetauftritt der Stadt Kassel, Content Managementsystem (CMS) und Formularanpassungen:

Für die Erweiterung der Funktionalitäten, Supportleistungen und verschiedene Dienstleistungen zur Anpassung der Inhalte und des Auftritts wurden Aufträge erteilt, die im Gesamtwert von 48.105,80 € bislang nicht abgerechnet werden konnten.

Umstellung auf neue Programmversion N 7

Die Stadt Kassel arbeitet derzeit mit dem Finanzverfahren newssystem kommunal Version 6 (nsk6), welches von ekom21 bereitgestellt und betrieben wird. Für die Umstellung auf die Nachfolgeversion newssystem 7 wurde ein konkretes Angebot erstmals Mitte Dezember 2015 vorgelegt. Der voraussichtliche Finanzbedarf beziffert sich auf ca. 45 T€. Der Haushaltsausgaberest wird für die Auftragsvergabe noch im ersten Quartal 2016 dringend benötigt.

Sachkonten 6700110 und 6710200

Die Sachkonten 6700110 (Mieten für bewegliche Vermögensgegenstände) und 6710200 (Mobilenleasing) dienen zur Miete bzw. dem Leasing des Verwaltungsbedarfs an IT-Hardware (Server, PC, Drucker, Monitore). Hier entstand bei saldierter Betrachtung beider Konten eine Wenigerausgabe in Höhe von rund 117 T€:

- 40 T€ waren für IT-Neubeschaffungen im Rahmen des Projekts „Schulträgernetz“ vorgesehen. Gegenüber der Planung konnten die Kosten durch technische Veränderungen, günstigere Preise und Zinsverbesserungen deutlich gesenkt werden.
- 15 T€ waren vorgesehen für die Anbindung von Schulhausmeistern im Rahmen des Projektes „Schulträgernetz“. Nach erfolgreicher Pilotierung wurde das Projekt im Juli 2015 umgesetzt. Dabei konnten die Kosten einerseits tatsächlich gesenkt werden, andererseits sind Einsparungen durch rein verzögerte Berechnung von Mietraten entstanden, so dass insgesamt 12 T€ weniger ausgegeben wurden.
- 21 T€ wurden beim weiteren Ausbau des zentralen Speichernetzwerks (SAN) eingespart, da nötige Erweiterungen soweit wie möglich hinausgezögert wurden und sich damit finanziell erst zeitlich verzögert auswirken.
- 42 T€ konnten durch technische alternative Lösungen bei Verzicht auf geplante Ersatzbeschaffungen sowie Preissenkungen und Zinsverbesserungen gegenüber den Planungsgrößen aus 2014 eingespart werden.

Sachkonto 6880000

Auf dem Sachkonto 6880000 werden Mittel für interne und externe Schulungen vorgehalten. Hier entstand unter Berücksichtigung der Mittelübertragungen eine Minderaufwendung in Höhe von rund 17 T€. Die zentrale Bewirtschaftung der IT-Fortbildungsmittel ist stark vom dezentralen Abruf der eingeplanten Mittel abhängig und ist insofern nur eingeschränkt steuerbar.

Für interne IT-Schulungen für allgemeine Anwendungssoftware konnten rund 5 T€ eingespart werden. Grund hierfür ist vor allem die Einführung der E-Learning-Plattform, mit der dauerhaft Schulungsaufwände reduziert werden können.

Für Schulungen im Bereich Dokumentenmanagement, Fallmanagement und Geschäftsprozessoptimierung entstand wegen der in diesen Projekten entstandenen Verzögerungen entsprechend weniger Bedarf (12 T€).

Begründung für die beantragten Mittelübertragung ins Folgejahr: 14 T€

Schulung der Vergabeplattform (10 T€)

Nach der grundlegenden Neuordnung des städtischen Vergabewesens besteht Nachholbedarf, um die dezentralen Beschaffungsstellen für die Nutzung der zentralen elektronischen Vergabeplattform zu ertüchtigen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der neuen EU-Vergaberichtlinie, wonach ab 18.04.2016 die gesamte Kommunikation und der gesamte

Informationsaustausch elektronisch zu erfolgen hat. Geplant war, rund 50 Personen in 2015 in den Funktionen der elektronischen Vergabepattform und den flankierend nötigen Kenntnissen zu schulen. Tatsächlich konnten erst ca. 30 Personen geschult werden, so dass die restlichen Schulungen in 2016 erfolgen müssen. Hierfür ist ein Mittelbedarf von rund 10 T€ kalkuliert und erforderlich.

IT-Fortbildungen im Medienzentrum (4 T€)

Im Rahmen der von einer Projektgruppe geplanten Neuausrichtung des Bereiches IT in Kasseler Schulen sollten ursprünglich schon in 2015 von den Mitarbeitern des IT-Supports im Medienzentrum Fortbildungen zu neuen Hard- und Softwarekomponenten besucht werden. Der Abschlussbericht der Projektgruppe mit dem neuen Konzept wurde jedoch erst gegen Jahresende entwickelt, so dass der Fortbildungsbedarf sich in das Jahr 2016 verschiebt und aus den dortigen Ansätzen nicht zusätzlich geleistet werden kann.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-20001-A001	Kämmerei und Steuern, Hauptbudget	1.735.710,00	1.057.279,90	678.430,10

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 671 01 00

Die Aufwendungen bei Immobilienleasing liegen um ca. 570 T€ unter dem Ansatz. Grund dafür war die Andienung des 1. Bauabschnittes der Tiefgarage Friedrichsplatz, der Ende 2014 durch Kauf beendet wurde. Somit wurden dafür ab Oktober 2014 keine Aufwendungen mehr erforderlich.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-32002-A001	Ordnungsamt Hauptbudget Verkehrsüberwachung	437.920,00	169.002,41	268.917,59

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Weniger-Aufwendungen der Abteilung Verkehrsüberwachung ergeben sich u. a. aus folgenden Bereichen:

- Kosten für Dienstkleidung (21 T€): aufgrund des bevorstehenden Anbieterwechsels in 2016 wurde im Jahr 2015 Zurückhaltung bei den Bestellungen geübt.
- Mieten für bewegliche Vermögensgegenstände (95 T€): die zeitweise Anmietung von Ersatzanlagen zur Kompensation des reparaturbedingten Ausfalls der städtischen Messanlagen konnte nicht im beabsichtigten Umfang erfolgen, weil im Sachgebiet ein extrem hoher Krankenstand zu verzeichnen war und für die Bedienung anzumietender Ersatzanlagen kein geschultes Personal zur Verfügung stand. Durch organisatorische

Maßnahmen und Qualifikation weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht zukünftig ausreichendes Personal zur Verfügung, so dass beim Ausfall städtischer Anlagen kurzfristig Ersatzmessenanlagen angemietet und betrieben werden können.

- Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte (37 T€), Mobilienleasing (69 T€), Telefonkosten (18 T€): Durch Verzögerungen bei Lieferung und Inbetriebnahme der Mobilien Datenerfassungsgeräte fielen die Kosten für den Wartungsvertrag, die entsprechenden Leasingkosten und die Telefonkosten für den Datentarif (für online Fallübertragung) in deutlich geringerem Umfang an als geplant.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-37002-A001	Rettungsdienst Hauptbudget	1.056.238,00	1.551.407,29	-495.169,29

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Rettungsdienstbereich Stadt und Landkreis Kassel werden Abweichungen im kalkulierten Budget durch einen internen Budgetausgleich zwischen den einzelnen Leistungserbringern, den Rettungsdienstorganisationen, verrechnet. Steigende Einsatzzahlen beim Rettungsdienst der Feuerwehr erforderten eine Ausgleichszahlung von rd. 130 T€, die jedoch erst nach dem Jahresabschluss in Rechnung gestellt wurde und daher aus dem Haushalt 2016 beglichen werden musste.

Der entstandene Überschuss 2015 wird der Gebührenaussgleichsrücklage zugeführt, damit evtl. künftige Unterdeckungen ausgeglichen werden können.

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-40001-A005	-40- sonst. schulische Leistungen: Beköstigung, Gastschulbeiträge, Schülerbeförderung	4.487.400,00	5.018.493,73	-531.093,73

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Bereich der Schülerbeförderung haben sich die Kosten für Beförderungsaufträge nach Ausschreibungen deutlich erhöht. Besonders nach der Insolvenz eines Betreibers im Sommer 2014 sind die Preise deutlich angestiegen. Die Erhöhungen in dieser Größenordnung waren bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2015 nicht vorhersehbar. Die Kosten haben sich wie folgt entwickelt:

Schule	Schuljahr 2013/14 Kosten pro km	Schuljahr 2014/15 Kosten pro km	Schuljahr 2015/16 Kosten pro km
Alexander-Schmorell-Schule	2,09 €	2,13 €	2,29 €
August-Fricke-Schule	1,35 €	2,00 €	2,50 €
Wilhelm-Lückert-Schule	1,54 €	1,85 €	1,85 €
Jean-Paul-Schule	1,12 €	1,65 €	1,65 €
Dietrich-Bonhoeffer-Schule	0,90 €	1,20 €	1,20 €
Georg-Büchner-Schule	1,12 €	1,65 €	1,65 €

Neben den gestiegenen Kosten pro Km hat sich auch die Anzahl der zu befördernden Schüler von 301 Schülern im Jahr 2014 auf 315 Schüler in 2015 erhöht. Aufgrund dessen stiegen die Schülerbeförderungskosten um rund 187 T€ an (2014: 537 T€, 2015: 724 T€).

Ebenfalls haben sich die Fahrpreise der Schülerjahreskarten im ÖPNV stärker erhöht als geplant.

Kosten einer Schülerjahreskarte im Zeitvergleich:

Januar 2014	420,00 €
Januar 2015	435,00 €
Januar 2016	445,00 €

Für das Schuljahr 2015/2016 wurden 1.992 Schülerjahreskarten bestellt. Bis zum April 2016 wurden bereits 654 Schülerjahreskarten nachgefordert. Vergleichsweise wurden im Schuljahr 2014/2015 1.885 Schülerjahreskarten zu Beginn des Schuljahres bestellt und 773 Karten zu einem späteren Zeitpunkt angeschafft.

Schuljahr 2015/2016	2.646 Schülerjahreskarten
Schuljahr 2014/2015	2.658 Schülerjahreskarten

Insgesamt ist die Anzahl der ausgegebenen Karten in etwa gleich geblieben, die Kosten pro Fahrkarte haben sich jedoch erhöht.

Das Rechnungsergebnis 2015 setzt sich im Bereich der Schülerbeförderung aus den in 2015 bestellten Schülerjahreskarten sowie den nachbestellten Karten des vorangegangenen Schuljahres zusammen. Für die Bestellung der Jahreskarten wird eine Abschlagszahlung fällig. Diese war rund 20 T€ teurer als im Schuljahr davor (2014/15: 199.361,25 €; 2015/16: 218.282,50 €).

Die Abrechnung der nachbestellten Schülerjahreskarten erfolgt im Oktober des Folgejahres. Die Schlussrechnung betrug im Jahr 2015 399.159,75 €, wohingegen im Schuljahr 2013/2014 324.208,25 € abgerechnet worden sind. Damit ergeben sich Mehrkosten von rund 75 T€.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-41001-A001	Kulturamt Allgemein Hauptbudget	18.340.968,26	17.849.249,74	491.718,52

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

1. Von dem ermittelten Abweichungsbetrag in Höhe von insgesamt 491.718,52 € wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 Haushaltsausgabereste in Höhe von rd. 78 T€ gebildet.
2. Im genannten Budget sind bei dem Sachkonto 613 01 00 Aufwandsentschädigungen und sonstige Fremdleistungen (sog. Beschäftigungsentgelte für Dritte) Mittel i.H.v. rd. 189 T€ zentral für das Amt veranschlagt.

Ein Teilbetrag dieser Gesamtmittel wurde als Haushaltsausgaberest (siehe 1.) gebildet. Rund 41 T€ wurden in den übrigen Teilhaushalten des Amtes sachgerecht verbucht.

Nicht verausgabt wurden Mittel in Höhe von 47 T€ entsprechend der 30 % Sperre gemäß der Bewirtschaftungsgrundsätze. Weitere Mittel von rd. 25 T€ wurden für die Deckung von zusätzlich beschäftigten Mitarbeitern in den Bereichen Stadtarchiv und Kulturhaus Dock4 zurückbehalten.

3. Für tarifbedingte Mehraufwendungen des Staatstheaters Kassel waren vorsorglich Mittel veranschlagt worden, die im kalkulierten Umfang nicht benötigt wurden. Zudem wurde der Betriebskostenzuschuss 2015 um den errechneten Erstattungsbetrag aus dem Jahresabschluss 2014 i. H. v. 77.227,98 € gekürzt. Somit sind Mittel in Höhe von rd. 188 T€ bei der Kostenstelle Staatstheater nicht verausgabt worden.
4. Bei den Kostenstellen 410 00 102 und 410 00 105 wurden die Ausgabeermächtigungen nicht vollständig ausgeschöpft, Mittel in Höhe von rd. 17 T€ wurden nicht verausgabt. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Bewirtschaftungsgrundsätze Mittel in Höhe von rd. 95 T€ gemäß der 30 %-Sperre (zzgl. Sperre bei Beschäftigungsentgelten, siehe 2.) zurückbehalten.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-41001-A003	Museen und Archive Hauptbudget	927.044,10	569.019,93	358.024,17

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der ermittelte Abweichungsbetrag in Höhe von insgesamt 358.024,17 € erklärt sich im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

1. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 wurden Haushaltsausgabereste i.H.v. rd. 181 T€ gebildet.
2. Im Rahmen der Bewirtschaftungsgrundsätze wurden Mittel i.H.v. rd. 141 T€ gemäß der 30 %-Sperrung zurückbehalten.
3. Bei den Kostenstellen 410 00 303 und 410 00 402 wurden Mittel als Deckung für ein Volontariat bzw. zusätzlich beschäftigte Mitarbeiter i.H.v. rd. 21 T€ zurückbehalten.
4. Bei den Kostenstellen des Teilhaushaltes 41003 (Museen und Archive) wurden Ausgabeermächtigungen nicht vollständig ausgeschöpft. Mittel in Höhe von rd. 10 T€ wurden nicht verausgabt.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-50000-A010	Sozialamt Vorkostenstelle 500 00 000	20.600,00	319.816,81	-299.216,81

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget werden die Prozesskostenrückstellungen für alle SGB XII-Leistungsarten zentral gebildet. Die Mehraufwendungen resultieren aus der Buchung der Rückstellungen.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-50000-A011	Sozialamt Vorabdot. Budget	90.985.079,03	89.948.568,92	1.036.510,11

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei diesem Budget werden alle Transferleistungen des Sozialamts im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und Aufwendungen für Arbeitsgelegenheiten i. S. des § 16 Abs. 3 SGB II veranschlagt.

In annähernd allen Leistungsbereichen sind Kostensteigerungen festzustellen. So sind die Aufwendungen im Bereich der ambulanten Hilfe zum Lebensunterhalt wegen steigender Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr um rund 350 T€ gestiegen.

Die „negative“ Entwicklung bei den Fallzahlen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen wird deutlich durch eine Mehrausgabe in

2015 von rd. 2,0 Mio. €. Hier wird auch in den Folgejahren mit einer Fallzahlsteigerung von rd. 10 % jährlich gerechnet. Nicht in dem notwendigen Maße steigende Renten, Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge durch die SGB II-Leistungsträger und der demographische Wandel werden vermutlich zu einem weiteren Anstieg der Fallzahlen und damit der Kosten führen.

In der ambulanten Hilfe zur Pflege haben sich die Aufwendungen für Pflegesachleistungen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 0,9 Mio. € verteuert. Mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung ist auch zukünftig zu rechnen.

Hingegen haben sich die Aufwendungen in der stationären Pflege um 450 T€ verringert. Hier wirkt sich die Umstellung auf das Nettoprinzip in Neufällen aus.

Bei den Erstattungen an Krankenkassen für Betreute nach § 264 SGB V lagen die Aufwendungen im Jahr 2015 um rund 0,8 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Dies hatte überwiegend abrechnungstechnische Gründe, da mit der größten Krankenkasse (AOK) im Haushaltsjahr 2015 fünf Quartale abgerechnet wurden.

Die Leistungen für den Lebensunterhalt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben sich durch eine stark gestiegene Zahl von Zuweisungen und gesetzgeberisch ausgeweitete Leistungsansprüche sehr stark erhöht. Insgesamt lagen die Aufwendungen für Lebensunterhalt und Krankenhilfe rund 3,2 Mio. € höher als im Vorjahr. Gleichzeitig sind auch die Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Leistungsberechtigten von 2014 auf 2015 um rd. 4,0 Mio. € gestiegen, was eine Kostenverdreifachung bedeutet. Es wird mit weiterhin sehr hohen Zuweisungszahlen gerechnet, so dass die Aufwendungen zukünftig nicht sinken werden. Eine Erhöhung des Anteils an Kriegsflüchtlingen kann sich auch negativ auf die Entwicklung der Krankenhilfekosten auswirken.

Die Kosten bei den Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen haben sich auf hohem Niveau stabilisiert. Hier sind die Aufwendungen nach den starken Anstiegen der zwei Vorjahre nur um rund 55 T€ gestiegen.

Die Kosten für die Kita-Integration sind um rund 0,9 Mio. € gesunken. Dies hat buchungstechnische Gründe, da sich die im Kindergartenjahr 2014/2015 mit dem Jugendamt vereinbarte monatliche Abschlagszahlung nicht bewährt hat und ab Kindergartenjahr 2015/2016 wieder eingestellt wurde.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-51002-A001	Jugendamt, Hauptbudget Förderungen von Kindern	22.003.390,00	20.931.614,94	1.071.775,06

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst die Aufwendungen im Rahmen der Betreuung und Förderung von über 9.000 Betreuungsplätzen in städt. Einrichtungen und Einrichtungen freier Träger.

Im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes konnten die Zuweisungen des Landes nach dem Hessischen KiföG nur geschätzt werden. Insbesondere war noch nicht sicher planbar, welche Landesmittel bei der Stadt verbleiben und welche direkt an die freien Träger von Tageseinrichtungen fließen. Letzteres hat unmittelbare Auswirkungen auf die Berechnung der Betriebskostenzuschüsse.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-51004-A002	Jugendamt Leistungen 51002	4.998.800,00	5.552.192,90	-553.392,90

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst die Aufwendungen im Rahmen der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe des SGB VIII, darunter die in § 22 SGB VIII geregelten „Grundsätze der Förderung“ von Kindern in Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege.

Diese Regelungen steht in direktem Zusammenhang mit der Aussage des § 90 SGB VIII „Pauschalierte Kostenbeteiligung“, nach der der Kostenbeitrag für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege auf Antrag ganz oder teilweise erlassen wird, wenn die Belastung dem Kind und seinen Eltern nicht zuzumuten ist.

In diesen Fällen erfolgt die Übernahme von Kindertagesstättengebühren/-entgelten für Kinder, die im Haushalt der Eltern leben, in den über 100 Einrichtungen der städtischen und freien Trägern.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes 2015 konnte die Anzahl der erwarteten Entgeltübernahmen nur vage prognostiziert werden. Insbesondere war noch nicht absehbar, welche Auswirkungen die weitere Schaffung von Betreuungsplätzen und die Erhöhung der Regelbedarfssätze in der Grundsicherung in 2015 haben werden.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-53001-A001	Gesundheitsamt Hauptbudget	2.392.214,70	2.021.446,59	370.768,11

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Auf dem Sachkonto 617 90 00 – andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen – werden Mittel u. a. für externe Gutachter bereitgestellt.

Aufgrund der prekären Personalsituation im Arztbereich Anfang 2015 sind vom Jobcenter der Stadt Kassel weniger Aufträge eingegangen. Dadurch wurden weniger Aufträge extern vergeben und somit weniger aufgewandt.

Auf dem Sachkonto 717 21 00 – Erstattungen an den Landkreis Kassel – erfolgt die Gegenrechnung der Personalkosten des Landkreises aus dem Budget I gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-62001-A001	Hauptbudget Vermessungswesen	343.420,00	133.519,16	209.900,84

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus Aufwendungen i.H.v. insgesamt ca. 182 T€, die in diesem Budget geplant waren, jedoch auf Vorkostenstellen gebucht wurden. Sofern man diese Buchungen mit in die Betrachtung des Budgets einbezieht, ergeben sich Aufwendungen in Höhe von insgesamt ca. 315 T€.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-63001-A001	Stadtplanung Hauptbudget	1.221.480,98	770.393,51	451.087,47

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Ermittelte Planungsaufträge konnten nicht so zügig wie geplant abgewickelt werden. Ursprünglich für 2015 vorgesehene Projekte waren aus zeitlichen Gründen nicht mehr umsetzbar (u. a. Projekt „Flächenmanagement“ und eine geothermische Untersuchung).

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-66001-A001	Straßenverkehrsamt Hauptbudget Straßenunterhaltung	15.446.921,69	12.986.195,29	2.460.726,40

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichungen begründen sich durch folgende wesentliche Wenigeraufwendungen (ca.):

- 652 T€ Ortsbeiratsmittel für die Unterhaltung von Straßen, Wegen. Mittel wurden durch verschiedene Ortsbeiräte nicht durch Beschlüsse verfügt.
- 531 T€ für allgemeine Straßenunterhaltung. Verschiedene vorgesehene kleinere Unterhaltungsmaßnahmen konnten zum Jahresende witterungsbedingt nicht mehr umgesetzt werden.
- 204 T€ für Unterhaltung der Ingenieurbauwerke. Vorgesehene Unterhaltungsarbeiten konnten wegen vorrangiger Investitionsprojekte nicht vollumfänglich geleistet werden.
- 137 T€ für interne Leistungen-Eigenanteile Straßenreinigung (vom Amt Kämmerei und Steuern bewirtschaftet).
- 731 T€ interne Leistungen-Eigenanteile Regenwasser (vom Amt Kämmerei und Steuern bewirtschaftet).

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-66002-A001	Straßenverkehrsamt Hauptbudget Verkehrslenkung	1.446.177,71	909.436,86	536.740,85

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichungen begründen sich durch folgende wesentliche Wenigeraufwendungen (ca.):

- 95 T€ bei Stromkosten für Verkehrsbeleuchtung, Lichtsignalanlagen und Bahnübergänge (Umrüstung auf LED-Technik)
- 55 T€ bei Materialaufwand für Straßen, Wege, Plätze u.ä.. Der Aufwand kann bei Haushaltsplanaufstellung nur geschätzt werden. Der Mittelbedarf richtet sich im Jahresverlauf nach dem Reparaturaufwand und den Beschädigungen.
- 543 T€ bei anderen sonstigen Aufwendungen für bezogene Leistungen. Hierunter fallen u. a. vergebene Aufträge für den Verkehrs- und Entwicklungsplan (VEP Region Kassel 2030), Verkehrszählungen und Ingenieuraufträge. Ferner gab es Wenigeraufwendungen für das Projekt „Horizont 2020“. Diese Position korrespondiert mit den Erträgen.

Bei der Unterhaltung/Instandhaltung von Straßenmarkierungen, Verkehrseinrichtungen, Verkehrsunfällen und Wartungskosten sind Mehraufwendungen in Höhe von 112 T€ angefallen. Der Aufwand kann bei Haushaltsplanaufstellung nur geschätzt werden. Der Mittelbedarf richtet sich im Jahresverlauf nach den tatsächlichen Gegebenheiten und ist nicht beeinflussbar.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-67000-A003	Umwelt- und Gartenamt Vorkostenstelle 670 00 036	0,00	232.032,83	-232.032,83
7-67000-A008	Umwelt- und Gartenamt Vorkostenstelle 670 00 064	255.921,65	27.979,64	227.942,01

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Budgets 7-67000-A003 und 7-67000-A008 bilden die erforderlichen Mittel ausschließlich für die Bereiche Fuhr- u. Maschinenpark und Werkstätten ab. Eine Differenzierung bei der Zuordnung nach Vorkostenstellen im Zuge des erheblichen Rechnungsaufkommens ist inhaltlich kaum möglich. In Betrachtung der beiden Positionen ergibt sich im Ergebnis lediglich eine Abweichung von unter 5 T€, die aufgrund des letztjährigen Aufwands nicht mehr bis Jahresende umgesetzt werden konnte. Ein entsprechender Betrag wurde als Haushaltsausgaberesultat zur notwendigen Aufgabenerfüllung gebildet.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-67000-A011	Umwelt- und Gartenamt Vorkostenstelle 670 00 000	15.000,00	714.022,80	-699.022,80

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Jahr 2015 ist es aus ungeklärter Ursache zu Erdbewegungen an den Erdwällen an der A 44 gekommen. Die Bauarbeiten wurden daher aus Sicherheitsgründen gestoppt. Die Untersuchung der Ursachen wird aufgrund des benötigten speziellen Fachwissens und der technischen Ausstattung von externen Sachverständigen durchgeführt.

Nach vorläufigen Schätzungen werden sich die Gesamtkosten für die andauernden Untersuchungen, die Sicherungsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr, die endgültige Sicherung sowie der voraussichtlich anfallenden Prozesskosten auf bis zu 650 T€ belaufen. Daher wurde eine Rückstellung in dieser Höhe gebildet.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-67001-A001	Umwelt- und Gartenamt Hauptbudget Umweltschutz	850.261,62	222.791,31	627.470,31

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Differenz bei den Aufwendungen i. R. des Budgets 7-67001-A001 bildet sich in den auftragsbezogenen Mittelbindungen aus dem Jahr 2015 ab, weil verschiedene Maßnahmen im Rahmen der Aufgabenerfüllung bis Ende 2015 nicht mehr durchgeführt oder schlussgerechnet werden konnten. Ein entsprechender Betrag wurde als Haushaltsausgaberesultat zur notwendigen Aufgabenerfüllung gebildet.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-67003-A001	Umwelt- u Gartenamt Hauptbudget Grün- und Freizeitflächen, Gärtnerei	754.122,31	429.149,19	324.973,12

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichung im Rahmen dieses Budgets ergibt sich aus den aufgabenbedingten, nicht beeinflussbaren Schwankungen. Zwischen der Aufwandsplanung für die verschiedenen Objektarten und Pflegeklassen und der tatsächlichen Durchführung (Vergabe) der Unterhaltungsleistungen sind generell Abweichungen in den einzelnen Budgets nicht vermeidbar.

Aus verschiedenen Gründen konnten nicht mehr alle geplanten bzw. beauftragten Leistungen zur Grün-, Baum- und Spielplatzunterhaltung vor Jahresende durchgeführt bzw. abgerechnet

werden. Ein zur Aufgabenerfüllung erforderlicher Haushaltsausgaberest wurde entsprechend gebildet.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-90002-A001	Finanzwirtschaft Budget Zinsen	30.084.090,00	30.858.589,91	-774.499,91

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 776 70 00

Bei Zinsanpassungen konnten Zinssenkungen gegenüber dem bisherigen Zinssatz vereinbart werden. Der Kassenkreditbestand war geringer als bei der Veranschlagung angenommen wurde. Außerdem konnten durch das anhaltend niedrige Zinsniveau weiterhin günstigere Zinssätze vereinbart werden, als bei der Veranschlagung zugrunde gelegt wurden. Daraus ergaben sich Einsparungen in Höhe von rund 1,4 Mio. €.

SK 779 00 10

Wie bei SK 576 31 00 sind durch etliche Veranlagungen von Altjahren im Bereich der Gewerbesteuer Mehraufwendungen in Höhe von ca. 1,9 Mio. € entstanden.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-90003-A001	Finanzwirtschaft Budget Eigenbetriebe	75.129.930,00	73.319.035,26	1.810.894,74

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 610 01 00

Der Eigenanteil für Regenwasser konnte durch die Abrechnung 2014 um ca. 1,3 Mio. € verringert werden. Die Abrechnung für den Winterdienst 2014 führte hingegen zu Nachzahlungen in Höhe von 680 T€.

SK 617 90 00

Die Ist-Einnahmen der vereinnahmten Gebühren werden an die Eigenbetriebe weitergeleitet. Aufgrund von Veränderungen bei den Einnahmen wurden ca. 930 T€ weniger aufgewandt als ursprünglich veranschlagt.

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichung
7-90006-A001	Finanzwirtschaft Budget Beteiligungsbesitz	21.784.519,71	17.785.183,62	3.999.336,09

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 712 80 00

Bei den Zuweisungen zur Infrastrukturkostenhilfe ergab sich ein Mehrertrag von 446 T€, der zu entsprechenden Mehraufwendungen bei der Weiterleitung führte.

SK 717 60 00

Die Rückstellungen für den Bäderbetrieb wurden mit 5,8 Mio. € geplant. Letztendlich wurden Rückstellungen in Höhe von 2,0 Mio. € gebildet, so dass es zu Wenigeraufwendungen i.H.v. 3,8 Mio. € kam.

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-20001-A001	Kämmerei und Steuern, Hauptbudget	-1.815.310,00	-1.259.175,84	-556.134,16

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 500 51 40

Der Ansatz bei Pachten konnte nicht erreicht werden. Grund dafür war die Andienung des 1. Bauabschnittes der Tiefgarage Friedrichsplatz, der Ende 2014 durch Kauf beendet wurde. Somit wurden ab Oktober 2014 keine Pächterträge für den 1. Bauabschnitt mehr generiert.

Es ergeben sich Mindererträge von ca. 610 T€. Damit einhergehend verringern sich allerdings auch die Aufwendungen bei SK 671 01 00.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-32002-A001	Ordnungsamt Hauptbudget Verkehrsüberwachung	-3.792.380,00	-2.857.747,19	-934.632,81

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Ertragsrückgang in Höhe von 934.632,81 € resultiert aus den Weniger-Erträgen im Bereich der Buß- und Verwarnungsgelder. Zu begründen ist dies u. a. durch folgende Faktoren:

Die Anhebung der Parkgebühren und die Ausweitung parkgebührenpflichtiger Bereiche hatte unmittelbar zur Folge, dass sich Verkehrsteilnehmer insgesamt eher regelkonform verhalten haben. Verstöße wegen Parkens ohne Parkschein, Parken im Halteverbot etc. haben sich deutlich reduziert. Es stand genügend freier Parkraum zur Verfügung.

Weiterhin enthält der o.g. Planansatz noch die Erhöhung der 2012 vorübergehend in Betrieb genommenen stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen. Der Wegfall dieser stationären Geschwindigkeitsmessenanlagen im Oktober 2012 führte jedoch nicht zu einer Korrektur des Ansatzes nach unten bei dem entsprechenden haushaltsrelevanten Sachkonto.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-33000-A005	Bürgeramt Vorkostenstelle 330 00 000	-538.300,00	-810.664,82	272.364,82

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Rahmen einer neuen Ämterstruktur wechselten zum Jahresende 2014 die Kfz-Zulassungsstelle einschließlich der Zulassungsstellen Hofgeismar, Wolfhagen und Baunatal und die Fahrerlaubnisbehörde in das neue Bürgeramt.

Durch die Zusammenlegung der Kfz-Zulassungsstellen von Stadt und Landkreis Kassel im Jahr 2003 wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Vereinigung der Kfz-Zulassungsstellen getroffen. Die laufenden Kosten und Überschüsse der Zulassungsstellen werden gemäß Vereinbarung aufgeteilt. Die Abrechnung erfolgt durch die Stadt Kassel.

Im Rahmen dieser ÖRV wurde die Abrechnung bisher vom Ordnungsamt durchgeführt. Im Zuge der Organisationsänderung wurden nicht alle Abrechnungsmodalitäten (Erlöse durch Overheadkosten) für die Haushaltsplanung 2015 ff. berücksichtigt.

Die Mehrerträge in Höhe von 272.364,82 € resultieren aus der Abrechnung der Überschussbeteiligung für das Jahr 2015.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-37001-A001	Feuerwehr Hauptbudget	-3.985.450,00	-4.681.269,73	695.819,73

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Steigerung von Einsatzzahlen im Bereich des Rettungsdienstes führte zu deutlichen Mehrerträgen bei den Leitstellengebühren von rd. 500 T€. Da mit dauerhaften Steigerungen zu rechnen ist, werden die Ansätze ab 2017 angepasst.

Eine steigende Anzahl von kostenpflichtigen Einsätzen, z. B. durch Unwetterschäden, und eine schnellere Abrechnung von kostenpflichtigen Feuerwehreinsätzen durch eine zusätzliche Mitarbeiterin ergaben Mehrerträge i.H.v. ca. 178 T€.

Da das Einsatzgeschehen allerdings nicht beeinflusst werden kann, können diese Mehrerträge nicht dauerhaft garantiert werden.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-40002-A005	-40- Grund-, Haupt-, Realschulen: Beköstigung, Gastschulbeiträge, Schülerbeförderung	-1.256.750,00	-1.743.831,63	487.081,63

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Mehrerträge resultieren aus zwei einmaligen Effekten:

- Erziehungsentgelte sind versehentlich auf einer Kostenstelle des Schulverwaltungsamtes gebucht worden statt auf der zutreffenden Kostenstelle des Jugendamtes (ca. 180 T€)
- Die Erstattungsleistung aus BuT-Mitteln für das Jahr 2014 wurde intern durch das Jugendamt erst im Haushaltsjahr 2015 vorgenommen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-40003-A005	-40- Gymnasien: Beköstigung, Gastschul- beiträge, Schülerbeförderung	-1.880.500,00	-1.677.897,87	-202.602,13

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Zum Stichtag 01.11.2014 hatten weniger auswärtige Schülerinnen und Schüler einen Schulplatz an Gymnasien der Stadt Kassel als geplant. Somit wurden auch weniger Gastschulbeiträge vereinnahmt. Diese Entwicklung war im Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes 2015 nicht vorhersehbar.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50000-A010	Sozialamt Vorkostenstelle 500 00 000	-25.000,00	-282.846,61	257.846,61

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget werden die Prozesskostenrückstellungen für alle SGB XII-Leistungsarten zentral abgebildet. Die Mehrerträge resultieren aus der Auflösung der nicht benötigten Prozesskostenrückstellungen für im Jahr 2015 abgeschlossene Verfahren der Vorjahre.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50001-A001	Sozialamt Hauptbudget Leistungen SGB XII	-37.694.198,00	-38.924.472,21	1.230.274,21

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei diesen Erträgen handelt es sich um Erstattungen anderer Sozialleistungsträger (z. B. Rentenversicherungsträger), Unterhaltszahlungen, Kostenersatzansprüche usw. für Leistungsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch XII, Zahlungen des Landes im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) und um die Erstattung des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Größte Einzelposition ist die Bundeserstattung der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII. Der Bund erstattet 100 % der Netto-Transferaufwendungen. Da die tatsächlichen Aufwendungen rund 780 T€ unter dem Haushaltsansatz und gleichzeitig die bei der Erstattung zu berücksichtigenden Erträge um ca. 270 T€ über den Haushaltsansätzen lagen, verringerte sich die Erstattung in entsprechender Höhe.

Die tatsächlichen Zuweisungen des Landes aus dem Kommunalen Finanzausgleich überstiegen die erwarteten Erträge von 6,1 Mio. € um 2,0 Mio. €.

Die Erträge von den Rentenversicherungsträgern sind wegen der Umstellung vom Brutto- auf das Nettoprinzip im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege seit Jahren rückläufig. In 2015

lagen die Erträge aus abgetretenen Renten in diesem Bereich mit rd. 240 T€ um 260 T€ unter dem Haushaltsansatz.

Die Erstattungen anderer Sozialleistungsträger (Krankenkassen, Familienkasse, Rentenversicherung) lagen mit rund 735 T€ deutlich über dem Haushaltsansatz von 360 T€.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50003-A001	Sozialamt Hauptbudget Leistungen Flüchtlinge	-8.503.400,00	-8.151.843,55	-351.556,45

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei diesem Budget sind Erträge im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz veranschlagt.

Durch die stark gestiegene Zahl von neu zugewiesenen Personen hat sich die Erstattung des Landes für die nach dem Landesaufnahmegesetz abrechenbaren Leistungsberechtigten inklusive der Erstattung von Krankenhilfekosten gegenüber 2014 um rund 4,3 Mio. € auf 7,7 Mio. € mehr als verdoppelt. In Erwartung einer höheren Erstattungspauschale lag der Haushaltsansatz allerdings bei 8,3 Mio. €.

Durch die starken Fallzahlsteigerungen haben sich die Erträge (Rückzahlungen von Darlehen, Erstattungen von Sozialleistungsträgern, Rückforderungen, Fremdnutzungsgebühren in Gemeinschaftsunterkünften) um rund 240 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen erhöht.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50004-A001	Sozialamt Hauptbudget Leistungen SGB II	-1.074.550,00	-817.120,61	-257.429,39

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget sind die Erträge aus dem Bereich Hilfe zur Arbeit veranschlagt.

Die Mindererträge in den Bereichen Zuweisungen des Landes (Fördermittel) und Erstattung von Mehraufwandsentschädigungen durch das Jobcenter korrespondieren mit entsprechend geringeren Aufwendungen im Bereich Hilfe zur Arbeit.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50005-A001	Auguste Förster, Hauptbudget	-4.006.640,00	-4.523.026,25	516.386,25

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst im Wesentlichen die Erträge in Form von Erziehungsentgelten und Kostenersätze. Die wesentlichen Veränderungen sind bei folgenden Sachkonten und Kostenstellen aufgetreten:

Mehrerträge:

SK 511 17 00 - Verpflegungs- und Erziehungsentgelte

- Tagesgruppe West: + 10,5 T€
- Unbegleitete minderjährige Ausländer: + 852 T€

Durch die Fluchtsituation der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMAs) entstanden kurzfristig ab 01.07.2015 insgesamt sechs Notunterkünfte mit ca. 150 Plätzen. Im Haushaltsansatz 2015 wurden keine diesbezüglichen Mittel eingestellt. Die kurzfristig entstandene Betreuungssituation wurde durch Antrag eines ÜPLs finanztechnisch erbracht.

- Wohngruppe UMA (unbegleitete minderjährige Ausländer) Brabanter Straße: + 40T€

Im Haushaltsansatz 2015 wurden keine diesbezüglichen Mittel eingestellt. Die Gruppe wurde am 01.12.2015 kurzfristig eröffnet (siehe auch vorherige Begründung).

Mindererträge:

SK 511 17 00 - Verpflegungs- und Erziehungsentgelte

Bei der Aufstellung des Haushaltes 2015 wurde von durchschnittlichen Belegungszahlen ausgegangen. Für den Bereich der ambulanten Hilfen ergab sich unter Fachleistungsstundenbedingungen und der damit verbundenen Teilnahme am „Wettbewerb“ ein nicht einzuschätzendes Belegungspotenzial. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltes war und ist eine Entwicklung nicht absehbar. Eine Planungssicherheit bzw. Belegungsgarantie ist für die Abteilung Erziehungshilfen Auguste Förster nicht gegeben. Die tatsächliche Belegungssituation ist abhängig von der Bedarfslage der Abteilung Allgemeine Soziale Dienste.

- Betreutes Wohnen Gräferstraße: - 31 T€
- Betreutes Wohnen Ludwigstraße: - 54 T€
- Betreutes Mädchenwohnen: - 24 T€

Für den Bereich des Betreuten Jugendwohnens konnte im Haushaltsjahr 2015 wegen schwankender Bedarfsanfrage der Abteilung Allgemeine Soziale Dienste im Durchschnitt keine Vollbelegung erreicht werden. Außerdem konnten bei Nachbelegung durch die Abteilung Allgemeine Soziale Dienste keine lückenlosen Belegungstage erreicht werden

- Tagesgruppe Nord: - 47 T€

Veränderung der Bedarfslage im Segment der Tagesgruppe für Ältere, hin zu mehr Aufnahmeoptionen für jüngere Kinder führten zu Schwankungen der Belegungszahlen und Belegungszeiträumen. Außerdem war eine etwas rückläufige Bedarfsanfrage durch die Abteilung Allgemeine Soziale Dienste im Jahr 2015 zu verzeichnen.

- Tagesgruppe Süd: - 12 T€

Etwas rückläufige Bedarfsanfrage durch die Abteilung Allgemeine Soziale Dienste im Jahr 2015.

- AEB - Honorarkräfte Koordination: - 83 T€

Die Abweichung resultiert aus einem Fallzahlenrückgang und der Höhe der vergebenen Stunden des Bereiches der „Ambulanten Einzelbetreuung“ (AEB). Durch die Fluchtsituation der UMAs entstanden kurzfristig notwendige Betreuungssituationen für muttersprachliche und kulturelle Begleitung. Aus diesem Grund wurden Honorarkräfte in die neu entstandene Maßnahmensituation für UMAs übergeleitet.

- Ambulante Hilfen: - 41 T€

Im Bereich der ambulanten Hilfeformen Erziehungsbeistände, Elterncoaching und Sozialpädagogische Familienhilfe war ein Rückgang der Höhe der vergebenen Wochenstunden zu verzeichnen. Eine genaue Planung ist für diesen Bereich nicht möglich.

- Intensive Einzelbetreuung: - 10 T€
- Regelbetrieb Schulverweigerer: - 8 T€

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50007-A001	Bildung und Teilhabe	-3.451.600,00	-3.899.165,30	447.565,30

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget sind die Leistungen zur Bildung und Teilhabe für die Rechtskreise SGB II, SGB XII, §6b BKGG und §§2 und 3 AsylbLG veranschlagt.

Die Aufwendungen für die Rechtskreise SGB II und § 6b BKGG werden vom Bund erstattet.

Im Jahr 2015 fielen durch die rückwirkende Mittelrevision der Jahre 2012 und 2013 sowie die Spitzabrechnung für das Jahr 2014 im Gesamtergebnis Mehrerträge von rd. 450 T€ an.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-51002-A001	Jugendamt, Hauptbudget Förderungen von Kindern	-17.645.210,00	-16.697.322,56	-947.887,44

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst die Erträge im Rahmen der Betreuung und Förderung von über 9.000 Betreuungsplätzen in städtischen Einrichtungen und Einrichtungen freier Träger sowie in der Tagespflege.

Die Abweichungen bilden sich im Wesentlichen in drei Sachkonten ab:

1. Verpflegungs- und Erziehungsentgelte: + 195 T€
2. Zuweisungen für lfd. Zwecke des Landes: - 650 T€
3. Erstattungen für Integration in Kindergärten: - 600 T€

Bei Aufstellung des Haushaltsplanes konnten diese Positionen nur grob prognostiziert werden, da die genauen Zuweisungen des Landes nach dem neuen Hessischen KiföG noch nicht klar einschätzbar waren. Die Mindererträge bei den Erstattungen für Integration in Kindergärten stehen im Zusammenhang mit einer Änderung im Abrechnungsverfahren mit dem Sozialamt: in 2014 entstanden höhere Leistungen aufgrund der Schlussabrechnung 2013/2014 (ohne regelmäßige Abschläge) und der Umstellung auf laufende Abschlagszahlungen ab 08/2014. Im Kita-Jahr 2014/2015 wurden monatliche Abschläge gezahlt, daher fiel die Schlussabrechnung in 2015 wegen der vorausgegangenen Abschlagszahlungen geringer aus. Dies hatte zur Folge, dass die Zahlungen 2015 deutlich unter denen von 2014 lagen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-51004-A001	Jugendamt, Hauptbudget Hilfe für junge Menschen	-13.295.330,00	-9.160.166,84	-4.135.163,16

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das o. g. Budget umfasst im Wesentlichen die Erträge in Form von Erstattungen und Kostenersätze der Leistungen

- nach dem SGB VIII (Hilfen zur Erziehung),
- nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und in geringem Umfang
- für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF).

Diese Erträge unterliegen einer Vielzahl nicht kalkulierbarer Einflussgrößen und lassen sich daher nicht nach Fallzahlen und Durchschnittssätzen berechnen. Die wesentlichsten Veränderungen waren bei folgenden Sachkonten zu verzeichnen:

Mindererträge

- Allgemeine Finanzaufweisung des Landes nach dem FAG (JHLA): - 50 T€
- Übergeleitete Unterhaltsansprüche in Einrichtungen: - 138 T€
- Erstattungen von sozialen Leistungen vom Land/umF: - 700 T€
- Erstattungen von sozialen Leistungen von Gemeinden/Gemeindeverbänden: - 3,05 Mio. € (die Stadt Kassel geht als vorläufig verpflichteter örtlicher Jugendhilfeträger zunächst in Vorleistung)
- Erstattungen von Personalaufwendungen vom Land/um: - 17 T€

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-56001-A001	Jobcenter Hauptbudget	-27.407.700,00	-19.825.607,11	-7.582.092,89

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In diesem Budget sind die im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) erzielten Erträge veranschlagt.

Die Zuweisungen des Landes nach § 23a FAG lagen um rund 675 T€ unter dem Haushaltsansatz.

Bei den Erträgen aus der Heranziehung unterhaltspflichtiger Angehöriger von Leistungsberechtigten nach dem SGB II gab es eine nicht absehbare organisatorische Veränderung. Bis Ende 2014 hatte das Jobcenter die Bearbeitung als Dienstleistung des Sozialamtes eingekauft. Übergeleitete Unterhaltsansprüche wurden im städtischen Haushalt vereinnahmt und die dem Bund zustehenden Anteile nachträglich mit dem Jobcenter abgerechnet. Die der Kommune zustehenden Unterhaltsanteile verblieben im städtischen Haushalt und wurden auch für 2015 entsprechend veranschlagt. Ab 2015 hat das Jobcenter die Unterhaltssachbearbeitung nun jedoch selbst übernommen. Der Stadt zustehende Einkommensanteile werden auszahlungsmindernd im Rahmen der SGB II-Leistungen berücksichtigt. Die eingeplanten Erträge von 550 T€ wurden daher nicht realisiert.

Mindererträge in Höhe von rund 1,15 Mio. € gab es im Bereich der Abrechnung städtischer Personal- und Verwaltungskosten mit dem Jobcenter. Diese sind in Höhe von rund 650 T€ auf die Kündigung der Dienstleistungsüberlassungsvereinbarung Unterhalt zurückzuführen, im Übrigen auf entsprechend niedrigere Personalkosten.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-63002-A001	Bauaufsicht Hauptbudget	-1.839.150,00	-1.618.316,26	-220.833,74

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Erträge der Bauaufsicht speisen sich weitestgehend aus den Bauaufsichtsgebühren. Trotz einer Steigerung gegenüber 2014 konnte der Ansatz nicht erreicht werden. Das Aufkommen der Bauaufsichtsgebühren lässt sich bei der Haushaltsplanung nur schwer abschätzen. Die Anzahl der einzelnen Gebührenfestsetzungen bewegt sich zwar durch die Vielzahl der erteilten Baugenehmigungen auf hohem Niveau, die Höhe des Gesamtertrages ist jedoch weitgehend davon abhängig, ob Großbauvorhaben beantragt und genehmigt werden.

Zum Sachkonto 515 00 00 ist darauf hinzuweisen, dass Zwangsgelder als Beugemittel keine verlässlichen und kalkulierbaren Erträge darstellen, da eine Realisierung entfällt, sobald die Zahlungspflichtigen sich einer behördlichen Anordnung beugen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90001-A001	Finanzwirtschaft Budget Steuern, Zuweisungen, Umlagen	-429.479.800,00	-457.653.676,76	28.173.876,76

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 540 10 10

Der endgültig festgesetzte Betrag der Schlüsselzuweisungen lag um rund 1,6 Mio. € über der Planung. Die Planung ist insoweit schwierig, als die verschiedensten Einflüsse das Ergebnis beeinflussen.

SK 541 03 10

Das Land Hessen gewährte eine Bedarfszuweisung für Mindererträge der Spielbank. Dieser Betrag kann nicht vorausgeplant werden.

SK 550 01 00 und 550 40 00

Der endgültig zugewiesene Gemeindeanteil an der Einkommensteuer lag um ca. 6,9 Mio. € über der Veranschlagung, beim Anteil an der Umsatzsteuer um ca. 290 T€. Die Stadt Kassel hat hierbei an der konjunkturellen Entwicklung teilhaben können.

SK 555 30 00

Bei der Gewerbesteuer waren gegenüber der Veranschlagung Mehrerträge in Höhe von ca. 18,6 Mio. € zu verzeichnen. Die Gewerbesteuer konnte hierbei an der konjunkturellen Entwicklung teilhaben.

SK 599 09 00

Die Höhe der Zuschreibungen aus Niederschlagung kann nicht geplant werden.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90002-A001	Finanzwirtschaft Budget Zinsen	-17.362.870,00	-14.151.379,43	-3.211.490,57

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 571 20 00

Der Plan für Zinsen von Sparkassen wurde nicht bisher nicht an die Gegebenheiten angepasst, auch wenn ursprünglich zugrunde liegende Sparverträge bereits ausgelaufen sind. Im Plan 2016 wurden bereits Änderungen vorgenommen.

SK 575 60 00

Die Erträge aus Kreditforderungen an die Eigenbetriebe liegt um ca. 500 T€ unter der Veranschlagung. Im Rahmen der Prolongation konnten günstigere Konditionen erzielt werden, die zu geringeren Erträgen führten.

SK 576 31 00

Der Ertrag der Nachzahlungszinsen ist in 2015 sehr negativ verlaufen. Durch etliche Veranlagung von Altjahren im Bereich der Gewerbesteuer mussten die bisher festgesetzten Nachzahlungszinsen neu festgesetzt werden. Dies führte z. B. bei einem Großbetrieb zu Korrekturen i.H.v. ca. 1,5 Mio. €, insgesamt sind Mindererträge i.H.v. 2,5 Mio. € entstanden.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90003-A001	Finanzwirtschaft Budget Eigenbetriebe	-75.810.000,00	-74.014.996,59	-1.795.003,41

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 511 01 10

Die Erträge aus Abfallbeseitigung waren ca. 1,04 Mio. € unter den veranschlagten Beträgen. Die Planung der Zahlen orientiert sich an Durchschnittswerten der Vergangenheit und kann im Einzelfall von den dann tatsächlich erzielten Werten abweichen.

SK 539 90 30

Die Erträge der Eigenanteile bei Regenwasser orientieren sich in der Planung an Durchschnittswerten der Vergangenheit und können im Einzelfall von den dann tatsächlich erzielten Werten abweichen.

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90006-A001	Finanzwirtschaft Budget Beteiligungsbesitz	-20.979.010,00	-20.758.914,41	-220.095,59

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

SK 530 91 00

Die Erträge aus Konzessionsabgaben liegen um ca. 1,42 Mio. € unter Plan. Die Erträge sind generell schwer plan- oder steuerbar, da diese aus nachvollziehbaren Gründen bei der Haushaltsplanaufstellung nicht bekannt sind.

SK 541 03 00

Bei den Zuweisungen zur Infrastrukturkostenhilfe ergab sich ein Mehrertrag von 446 T€, der allerdings in gleicher Höhe weitergeleitet wurde.

SK 560 01 00

Die Erträge aus Beteiligungen liegen um rund 686 T€ höher als geplant. Im Wesentlichen liegt dies an der Gewinnabführung des Klinikum Kassel. Die Erträge sind generell schwer plan- oder steuerbar, da diese aus nachvollziehbaren Gründen bei der Haushaltsplanaufstellung nicht bekannt sind.

5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung

Der Vermögens- und Schuldenstand sowie das Eigenkapital werden im doppelischen Haushaltswesen in der Bilanz abgebildet.

Übersicht der einzelnen Bilanzpositionen

Bezeichnung	Werte zum		Veränderung	
	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	EUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	74.805.401,56	75.765.722,39	-960.320,83	-1,28
Sachanlagevermögen	1.213.127.684,24	1.197.853.224,98	15.274.459,26	1,26
Finanzanlagevermögen	678.307.738,48	466.201.325,79	212.106.412,69	31,27
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	107.758.254,53	107.758.254,53	0,00	100,00
Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	645.980,58	596.610,09	49.370,49	7,64
Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	37.947,26	0,00	37.947,26	0,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	64.613.201,29	69.492.435,92	-4.879.234,63	-7,55
Flüssige Mittel	412.164,33	4.119.695,36	-3.707.531,03	-899,53
Rechnungsabgrenzungsposten	18.315.137,06	14.003.940,09	4.311.196,97	23,54
AKTIVA	2.158.023.509,33	1.935.791.209,15	222.232.300,18	10,30
Eigenkapital	743.683.399,49	691.983.491,58	51.699.907,91	6,95
Sonderposten	319.117.924,50	320.354.812,95	-1.236.888,45	-0,39
Rückstellungen	357.002.090,43	356.981.384,98	20.705,45	0,01
Verbindlichkeiten	737.893.900,04	566.130.075,62	171.763.824,42	23,28
Rechnungsabgrenzungsposten	326.194,87	341.444,02	-15.249,15	-4,67
PASSIVA	2.158.023.509,33	1.935.791.209,15	222.232.300,18	10,30

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Bilanz 2015 eine Aktiv-Passiv-Mehrung erfahren. Das heißt, dass die Bilanzsumme durch Vorfälle im Haushaltsjahr 2015 insgesamt gewachsen ist. Die Hauptgründe sind Erhöhungen des Finanzanlagevermögens sowie der Verbindlichkeiten. Nähere Ausführungen können den Erläuterungen zur Schlussbilanz sowie unter Punkt 5.3.2 entnommen werden.

5.3.1 Bilanzkennzahlen

Die **Eigenkapitalquote** ist nach der erheblichen Steigerung im Jahr 2013, bedingt durch den Schutzschirmvertrag mit dem Land Hessen, nun wieder leicht sinkend. Sie liegt jetzt bei 34,46 %. Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals der Stadt Kassel am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit der Kommune. Die Eigenkapitalquote der Unternehmen in Deutschland liegt bei durchschnittlich 20 %. Für Kommunen liegen noch keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Übersicht der jährlichen Eigenkapitalquoten

Eigenkapitalquote zum ...	in Prozent
31.12.2010	23,22
31.12.2011	21,37
31.12.2012	22,16
31.12.2013	35,67
31.12.2014	35,75
31.12.2015	34,46

Im Gegenzug dazu steigt die **Fremdkapitalquote**. Die Fremdkapitalquote ist sozusagen das Spiegelbild der Eigenkapitalquote. Beide Werte zusammen ergeben immer 100 %.

Übersicht der jährlichen Fremdkapitalquoten

Fremdkapitalquote zum ...	in Prozent
31.12.2010	76,78
31.12.2011	78,63
31.12.2012	77,84
31.12.2013	64,33
31.12.2014	64,25
31.12.2015	65,54

Der städtische **Verschuldungsgrad** steigt ebenfalls leicht an. Er zeigt die Relation von Eigen- zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur. Die Steigerung ist hauptsächlich auf eine Erhöhung der Verbindlichkeiten zurück zu führen. Dies ist dadurch verursacht, dass ab 2015 die Kredite, die die Stadt Kassel für ihre Eigenbetriebe aufgenommen hat, in den Verbindlichkeiten der Stadt Kassel gezeigt werden (siehe Anhang, Passiva, Position 4.2.1).

Eine in der Praxis herausgebildete grobe Regel besagt, dass der Verschuldungsgrad nicht höher sein soll als 2:1 (200 %), also das Fremdkapital nicht mehr als das Doppelte des Eigenkapitals betragen sollte. Dieses Ziel wurde nun zum dritten Mal seit Einführung der Doppik im Jahr 2006 erreicht.

Übersicht der Verschuldungsgrade

Verschuldungsgrad	in Prozent
31.12.2010	330,73
31.12.2011	367,92
31.12.2012	351,24
31.12.2013	180,31
31.12.2014	179,75
31.12.2015	190,18

Nach der erheblichen Steigerung des **Anlagendeckungsgrades I** im Jahr 2013 hat sich der Wert nun wieder leicht verringert. Der Anlagendeckungsgrad zeigt, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist.

Wird ein Anlagendeckungsgrad von z. B. 50 % erreicht, so ist die Hälfte des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt. Werden 100 % erreicht, so ist die „goldene Bilanzregel“ im engeren Sinne erreicht. Bei Unternehmen sollte ein Deckungsgrad von 60 % bis 100 % erzielt werden. Für Kommunen gibt es aufgrund fehlender Erfahrungswerte noch keine Empfehlung.

Übersicht der Anlagendeckungsgrade I

Anlagendeckungsgrad I	in Prozent
31.12.2010	24,17
31.12.2011	23,15
31.12.2012	23,83
31.12.2013	39,17
31.12.2014	39,04
31.12.2015	37,19

5.3.2 Wesentliche Veränderungen

Im Folgenden werden die **wesentlichen Veränderungen** im Vergleich zu den Werten zum 31.12.2014 besonders hervorgehoben:

Sachanlagevermögen

Beim Sachanlagevermögen ist insbesondere die Position „Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken“ gestiegen (2014: 375,7 Mio. €, 2015: 386,5 Mio. €). Dies liegt hauptsächlich an der Eröffnung und damit einhergehenden Aktivierung der GRIMMWELT Kassel.

Die Position „Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte“ ist um rd. 4,6 Mio. € gestiegen (2014: 396,2 Mio. €, 2015: 400,8 Mio. €). Siehe hierzu auch Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Aktiva, Punkt 1.2.1.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Durch die planmäßige Erhöhung der Anteile an der KVV sowie einer Kapitaleinlage der Stadt Kassel an der TSK GmbH erhöhten sich die „Anteile an verbundenen Unternehmen in 2015 von 382,5 Mio. € um rd. 8,0 Mio. € auf nunmehr 390,5 Mio. € (siehe hierzu auch Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Aktiva, Punkt 1.3.1).

Ausleihungen

Die „Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ werden ab 2015 in der Bilanz der Stadt Kassel ausgewiesen. Es handelt sich um die Darlehen, die die Stadt Kassel für ihre Eigenbetriebe aufnimmt und an diese weitergibt. (siehe hierzu auch Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Aktiva, Punkt 1.3.4).

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um ca. 4,9 Mio. € auf nunmehr rd. 64,6 Mio. € gesunken. Ausschlaggebend hierfür sind die Abnahme der Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen, sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (siehe hierzu Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Aktiva, Punkt 2.3).

Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 4,3 Mio. € auf 18,3 Mio. € erhöht. Hier sind unter anderem die Versorgungs- und Beamtenbezüge für Januar 2016 enthalten (siehe hierzu Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Aktiva, Punkt 3).

Rückstellungen

Der Bestand der städtischen Rückstellungen ist im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert bei 357,0 Mio. €. Innerhalb der einzelnen Rückstellungsarten kam es jedoch zu Veränderungen.

So verringerten sich die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen um rd. 3,1 Mio. €. Dies lag hauptsächlich an der Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit.

Gestiegen sind hingegen die sonstigen Rückstellungen um rd. 3,1 Mio. €.

Siehe hierzu auch Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, Punkt. 3.

Verbindlichkeiten

Die städtischen Gesamtverbindlichkeiten steigerten sich im vergangenen Jahr um rd. 171,8 Mio. €. Dies lag hauptsächlich daran, dass ab 2015 die Kredite, die die Stadt Kassel für ihre Eigenbetriebe aufgenommen hat, in den Verbindlichkeiten der Stadt Kassel gezeigt werden (siehe hierzu auch Anhang, Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva, Punkt 4.2.1).

5.4 Finanzentwicklung

Die Finanzentwicklung wird in der Finanzrechnung abgebildet. Sie gibt einen Überblick über die Liquidität der Stadt und lässt sich mit der sogenannten kaufmännischen Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung) vergleichen.

Der **Finanzmittelbestand** hat sich in 2015 um rd. 5,0 Mio. € auf rd. -0,9 Mio. € gegenüber dem Endbestandes des Vorjahres (4,1 Mio. €) verringert. Diese Veränderung ergibt sich aus den vier nachfolgend dargestellten Finanzmittelflüssen:

- Im **Finanzmittelfluss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit** ergibt sich ein Mittelzufluss von rd. 68,9 Mio. €.
- Im **Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit** findet ein Nettofinanzmittelabfluss in Höhe von rd. 38,3 Mio. € statt.
- Der **Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit** weist einen Mittelzufluss von rd. 27,7 Mio. € aus.
- Im **Finanzmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen** ergibt sich ein Mittelabfluss von rd. 63,3 Mio. €.

5.5 Entwicklung und Bewertung der Investitionen

5.5.1 Investitionstätigkeiten

Im Jahr 2015 standen insgesamt Haushaltsmittel in Höhe von 149.480.961,65 €¹ für investive Tätigkeiten zur Verfügung. Hiervon entfielen

- 69.784.827,17 € auf Ansätze des Haushaltsjahres 2015 (teilweise über- oder außerplanmäßig bereitgestellt, siehe Anlage 1 zum Rechenschaftsbericht)
- 79.696.134,48 € auf übertragene Reste aus 2014 und den Vorjahren (gem. § 21 GemHVO).

Dem gegenüber stehen Ist-Ausgaben in Höhe von 73.474.805,35 €. Somit wurden ca. 49 % der verfügbaren Haushaltsmittel in Anspruch genommen. Die Investitionstätigkeit liegt damit über dem Niveau des Vorjahres (ca. 44 % in Anspruch genommen).

Anzumerken ist, dass sich durch die erst am 12.03.2015 vom Regierungspräsidium Kassel erteilte Haushaltsgenehmigung zwangsläufig Verzögerungen bei den für 2015 geplanten Maßnahmen ergaben.

Die konjunkturelle Lage, die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit, begonnene Projekte zügig fortzusetzen und fertig zu stellen, erfordern es, nach eingehender Prüfung Haushaltsausgabereste in Höhe von 71.850.146,19 € zu bilden. Die Einzelpositionen sind der Anlage 3 zum Rechenschaftsbericht zu entnehmen.

¹ **Anmerkung:** Durch Haushaltssperren auf Ansätze des laufenden Jahres reduzierte sich der ursprüngliche Gesamtansatz von 149.510.961,65 € um 30.000,00 € auf 149.480.961,65 €.

5.5.2 Wesentliche Investitionsmaßnahmen

Folgende **wesentliche Investitionsmaßnahmen in das Sachanlagevermögen sowie Zuwächse des immateriellen Vermögens** des Jahres 2015 (> 300 T€) sind hervorzuheben. Die Maßnahmen sind absteigend nach dem Volumen der Jahresergebnisse 2015 geordnet:

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2015
650 0549 100	GRIMMWELT Neubau am Weinberg, Baukosten (OBR 01) Die neu erbaute GRIMMWELT wurde Anfang September 2015 eröffnet. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 20,0 Mio. €.	9.676.185,69
230 4800 500	Allgemeines Grundvermögen - Zugänge, Abgänge Die in Anspruch genommenen Mittel entfallen auf Grunderwerbsmaßnahmen im Rahmen der allgemeinen Bodenbevorratung sowie des zweckgerichteten Grunderwerbs. Grundstücksankäufe im Rahmen der Bodenbevorratung erfolgten in verschiedenen Gemarkungen. Schwerpunkt dessen war der Ankauf von Flächen im Bereich des geplanten Baugebietes „Zum Feldlager“.	7.543.626,27
660 6130 122	Fr.-Ebert-Str. Goethestr. Um-/Ausbau (OBR 01,03) Bau- und Planungskosten	6.039.199,44
900 9650 500	Krankenhausumlage Aufgrund einer Buchungsempfehlung des Hessischen Städtetages im Zusammenhang mit einer angekündigten Änderung der Rechtslage wurde im Jahr 2015 die Krankenhausumlage einmalig als Investitionszuschuss geplant und gebucht. Ab 2016 wird sie wieder im Ergebnishaushalt geplant und gebucht.	4.099.614,00
660 6140 188	Langes Feld (OBR 19) Bau- und Planungskosten, Brücke Eselsgraben	3.575.903,90
630 6300 106	Bebauung Kulturbahnhof Nordseite (OBR 01) Für Planungen, Gutachten sowie Kampfmittelsondierungen wurden rund 112 T€ und für die Erschließungsanlagen rund 1.747 T€ ausgegeben. Für weitere Bodensanierung wurden rund 10 T€ und für die Sicherung der Böschungen und Sanierung der Stützwände Joseph-Beuys- und Schillerstraße rund 976 T€ ausgegeben. Für die Autarkstellungsmaßnahmen wurden der DB weitere rund 571 T€ gezahlt.	3.526.613,85
650 0555 100	Stadtmuseum, Baukosten (OBR 01) Das Stadtmuseum wird seit 2011 umgebaut, saniert und erweitert. Unvorhersehbarkeiten während der Freilegung des Kellermauerwerks, der Böden und Decken führten zu Verzögerungen und machten Kostenanpassungen notwendig. In 2015 wurde hauptsächlich die Ausstellung konzeptioniert. Die Wiedereröffnung wurde auf Frühsommer 2016 verschoben.	2.930.412,21

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2015
660 6140 176	Fuldauferradweg R1 (OBR 14,15) Bau- und Planungskosten	1.332.321,08
900 9816 400	MHKW, Zuweisungen Anteil der Stadt Kassel an den investiven Kosten des MHKW laut Entsorgungsvertrag.	1.189.513,78
650 0980 200	Emil-Junghenn-Sporthalle, bauliche Verbesserungen (OBR 14) Die energetische Sanierung, die aus Landesmitteln bezuschusst wird, sollte bereits in 2011 durchgeführt werden. Mangels Streichung der Eigenmittel wurde die Maßnahme damals abgesetzt. Da erneut Zuschussmittel akquiriert werden konnten, wurden umfangreich Eigenmittel bereitgestellt, um die Maßnahme diesmal durchführen zu können.	1.030.172,02
410 4300 300	Kulturamt, allgemein Die Stadt erhält aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ für das Projekt „Sicherung und Instandsetzung historischer Architekturen im UNESCO-Welterbe Bergpark Wilhelmshöhe“ Fördermittel des Bundes. Das Land Hessen beteiligt sich ebenfalls an diesem Projekt und stellt die notwendigen Komplementärmittel bereit. Das Projekt ist für die Jahre 2014 bis 2018 festgelegt und hat ein Gesamtvolumen von 9,0 Mio. €. Die zugewiesenen Mittel werden an die Museumslandschaft Hessen Kassel (mhk) weitergeleitet, die entsprechend der Förderanträge und Bescheide für die Umsetzung der Bauaufgaben zuständig ist. Es wurden Bundesmittel in Höhe von 750 T€ sowie Landesmittel in Höhe von 274,5 T€ an die mhk weitergeleitet. Die übrigen Mittel in Höhe von 1.731,63 € wurden für die Beschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter verwendet.	1.026.231,63
650 0275 100	Schule Brückenhof, Baukosten (OBR 21) Der Neubau der Mensa in der Schule Brückenhof wurde fertig gestellt und seiner Nutzung übergeben.	1.012.688,18

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2015																																																				
660 6140 103	<p>Bau von Anliegerstraßen, Baukosten</p> <p>Die wesentlichen Maßnahmen sind nachfolgend dargestellt:</p> <table border="1" data-bbox="408 504 1182 1104"> <thead> <tr> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag /€</th> <th>Maßnahme</th> <th>Betrag /€</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><u>Straßenbau + Planung</u></td> <td></td> <td><u>Straßenbeleuchtung</u></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Vor dem Osterholz</td> <td>295.700</td> <td>Kinderwiesenweg</td> <td>22.300</td> </tr> <tr> <td>An der Söhrebahn</td> <td>174.000</td> <td>Grenzweg</td> <td>22.200</td> </tr> <tr> <td>Dessenborn</td> <td>133.300</td> <td>Lohbergweg</td> <td>6.000</td> </tr> <tr> <td>Triftweg</td> <td>111.400</td> <td>Dessenborn</td> <td>6.000</td> </tr> <tr> <td>Oberer Nordendweg</td> <td>107.400</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Schlossäckerstraße/ Ihringshäuser Straße</td> <td>38.500</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Altenbaunaer Straße</td> <td>13.400</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Heidenkopfstraße</td> <td>1.500</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Sonstige</td> <td>42.000</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Summe Straßen</td> <td>917.200</td> <td>Summe Beleuchtung</td> <td>56.500</td> </tr> </tbody> </table>	Maßnahme	Betrag /€	Maßnahme	Betrag /€	<u>Straßenbau + Planung</u>		<u>Straßenbeleuchtung</u>		Vor dem Osterholz	295.700	Kinderwiesenweg	22.300	An der Söhrebahn	174.000	Grenzweg	22.200	Dessenborn	133.300	Lohbergweg	6.000	Triftweg	111.400	Dessenborn	6.000	Oberer Nordendweg	107.400			Schlossäckerstraße/ Ihringshäuser Straße	38.500			Altenbaunaer Straße	13.400			Heidenkopfstraße	1.500			Sonstige	42.000							Summe Straßen	917.200	Summe Beleuchtung	56.500	973.932,58
Maßnahme	Betrag /€	Maßnahme	Betrag /€																																																			
<u>Straßenbau + Planung</u>		<u>Straßenbeleuchtung</u>																																																				
Vor dem Osterholz	295.700	Kinderwiesenweg	22.300																																																			
An der Söhrebahn	174.000	Grenzweg	22.200																																																			
Dessenborn	133.300	Lohbergweg	6.000																																																			
Triftweg	111.400	Dessenborn	6.000																																																			
Oberer Nordendweg	107.400																																																					
Schlossäckerstraße/ Ihringshäuser Straße	38.500																																																					
Altenbaunaer Straße	13.400																																																					
Heidenkopfstraße	1.500																																																					
Sonstige	42.000																																																					
Summe Straßen	917.200	Summe Beleuchtung	56.500																																																			
400 8000 800	<p>Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) Schulverwaltungsamt</p> <p>Auf dem Sachkonto 0890010 mit der Investitionsnummer 400 8000 800 wurden sämtliche Beschaffungen geringwertiger Wirtschaftsgüter gebucht, hauptsächlich für die aufgrund vom HKM mit Beginn des Haushaltsjahres 2001 initiierten Medieninitiative „Schule@Zukunft“ (Modernisierung der EDV-Ausstattung in den Schulen).</p> <p>Darüber hinaus erfolgen Beschaffungen für die Umsetzung des Magistratsbeschlusses zum sog. 5.000 €-Erlass des HKM sowie allgemeine Beschaffungen für die Ausstattung in den Schulen (überwiegend Möbel).</p>	722.030,00																																																				
650 4438 200	<p>Kindertagesstätten, bauliche Verbesserungen</p> <p>Aus dieser Investitionsnummer werden Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an Kindertagesstätten finanziert. Neben Fluchtwegsicherungen und Toilettensanierungen in diversen Kitas wurden große Sanierungsarbeiten an der Kindertagesstätte Menzelstraße sowie die Flachdachsanierung der Kita Waldau 2 durchgeführt.</p>	707.848,20																																																				
630 6365 100	<p>Aktive Kernbereiche Friedrich-Ebert-Str. (OBR 01,03)</p> <p>Für den Ausbau der Goethe- und Germaniastraße wurden ca. 194 T€, für den Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße rund 268 T€ und für die Umgestaltung der Königsstraße 166 T€ aufgewendet. Für Planung und bauvorbereitende Gutachten für den Stadtplatz Annastraße (1. BA Aufwertung „Grünen Banane“) wurden 44 T€ und für den Verfügungsfonds Friedrich-Ebert-Straße 17 T€ ausgegeben.</p>	688.830,37																																																				

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2015																												
650 0005 100	<p>Rathaus, Baukosten (OBR 01)</p> <p>In 2015 wurden aus diesem Ansatz der Umbau im Rathaus für das neue Bürgerbüro, Maßnahmen der zentralen Gebäudeleittechnik und die Umrüstung von konventionellen Gebäudeschließsystemen auf elektronische Transponder für alle städtischen Gebäude realisiert.</p>	621.587,37																												
660 6140 105	<p>Größere Instandsetzungen</p> <p>Die wesentlichen Maßnahmen sind nachfolgend dargestellt:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 50%;">Maßnahme</th> <th style="width: 10%;">Betrag / €</th> <th style="width: 50%;">Maßnahme</th> <th style="width: 10%;">Betrag / €</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Holländische Straße</td> <td style="text-align: right;">174.000</td> <td>Auedamm</td> <td style="text-align: right;">37.000</td> </tr> <tr> <td>Wilhelmshöher Allee</td> <td style="text-align: right;">133.500</td> <td>Angersbachstraße</td> <td style="text-align: right;">15.000</td> </tr> <tr> <td>Kohlenstraße</td> <td style="text-align: right;">83.000</td> <td>Hermannstraße</td> <td style="text-align: right;">11.200</td> </tr> <tr> <td>Wilhelmsstraße/Stadtmuseum</td> <td style="text-align: right;">66.000</td> <td>Kurhausstraße</td> <td style="text-align: right;">8.700</td> </tr> <tr> <td>Baunsbergstraße</td> <td style="text-align: right;">65.000</td> <td>Johannesstraße</td> <td style="text-align: right;">3.900</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">Summe insgesamt</td> <td style="text-align: right;">597.300</td> </tr> </tbody> </table>	Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €	Holländische Straße	174.000	Auedamm	37.000	Wilhelmshöher Allee	133.500	Angersbachstraße	15.000	Kohlenstraße	83.000	Hermannstraße	11.200	Wilhelmsstraße/Stadtmuseum	66.000	Kurhausstraße	8.700	Baunsbergstraße	65.000	Johannesstraße	3.900			Summe insgesamt	597.300	607.475,18
Maßnahme	Betrag / €	Maßnahme	Betrag / €																											
Holländische Straße	174.000	Auedamm	37.000																											
Wilhelmshöher Allee	133.500	Angersbachstraße	15.000																											
Kohlenstraße	83.000	Hermannstraße	11.200																											
Wilhelmsstraße/Stadtmuseum	66.000	Kurhausstraße	8.700																											
Baunsbergstraße	65.000	Johannesstraße	3.900																											
		Summe insgesamt	597.300																											
650 0275 200	<p>Schule Brückenhof, bauliche Verbesserungen (OBR 21)</p> <p>Im Wesentlichen wurden der Umbau des Verwaltungstraktes und die Errichtung eines zweiten Rettungsweges aus diesen Mitteln durchgeführt. Außerdem wurde mit der Kanalsanierung begonnen.</p>	578.158,54																												
370 5200 300	<p>Berufsfeuerwehr (OBR 11)</p> <p>Die im Investitionshaushalt 2015 verausgabten Mittel in Höhe von 541.077,35 € wurden im Wesentlichen wie folgt verwandt (Beträge gerundet):</p> <ul style="list-style-type: none"> • 87 T€ verschiedene Software für Werkstätten und Leitstelle • 44 T€ Abrechnung Sanierung • 116 T€ feuerwehrtechnische Geräte • 147 T€ ein gebrauchter Abrollbehälter, Rest Mehrzweckboot, Rest Wechselladerfahrzeug, Fahrzeugausstattung • 30 T€ Sirene • 70 T€ Digitalfunk • 50 T€ Leitstellentechnik (fließt in die Gebührenberechnung ein) • 74 T€ GWG 	541.077,35																												
660 6120 101	<p>Verkehrssignalanlagen, Landesstraßen</p> <p>Bau- und Planungskosten, diverse Lichtsignalanlagen an Landesstraßen Planungskosten Umbau Knoten Ludwig-Mond-Str./Schönfelder Str./Sternbergstr.</p>	530.847,08																												

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2015
650 4213 200	Sonderprogramm Schulsanierung Dieser Haushaltsansatz wird neu ab 2015 mit jährlich 2,0 Mio. € für Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt. An verschiedenen Schulen werden daraus sicherheitsrelevante Maßnahmen durchgeführt, wie z. B. Feuerschutztüren, Sicherheitsbeleuchtung, Garderobenumbau.	527.014,83
630 6340 100	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Rothenditmold (OBR 10) Für den Bau des Familienzentrums des Deutschen Kinderschutzbundes wurde eine Ordnungsmaßnahme (Erwerb und Abbruch des ehemaligen Postgebäudes Wolfhager Straße 170) zu Kosten von rund 128 T€ durchgeführt. Das ehemalige evangelische Gemeindehaus Wolfhager Straße 165 wurde von der StadtBild GmbH erworben und wird zu einem Zukunftshaus und Stadtteilzentrum umgebaut zu bisherigen Kosten von 340 T€.	523.716,56
670 3001 100	Sanierung ehemaliges Gaswerk Holländischer Platz (OBR 11) 2015 wurde vereinbarungsgemäß seitens der Universität Kassel eine Abrechnung über die altlastenbedingten Sanierungsmehrkosten i.H.v. 463T€ ausgestellt. Die durch das RP Kassel geprüfte Abrechnung wurde vom Umwelt- und Gartenamt noch in 2015 geprüft und angewiesen. Die Beteiligten gehen davon aus, dass in 2016 die Schlussrechnung von der Universität Kassel vorgelegt und vom Umwelt- und Gartenamt bearbeitet werden kann und in der Folge die nötigen Verwendungsnachweise für das Land Hessen erstellt werden.	463.000,00
650 0005 200	Rathaus, bauliche Verbesserungen (OBR 01) Im Jahr 2015 wurde die Flursanierung im Flügel Wilhelmsstraße fortgesetzt. Elektroinstallationen und Brandschutzmaßnahmen im Gesamtgebäude wurden abschnittsweise realisiert. Die Stromversorgung, Netzknoten, im Flügel Karlsstraße wurde begonnen.	438.851,44
660 6120 129	Loßbergstraße (OBR 09) Bau- und Planungskosten, Schallschutzmaßnahmen, Verlegung Gleichrichterunterwerk	416.946,02
650 1020 200	Sporthalle Oberzwehren, bauliche Verbesserungen (OBR 20) Die Flachdachsanierung, die mit 356 T€ Bauvolumen veranschlagt ist, wurde größtenteils durchgeführt und abgerechnet. Weiterhin wurde mit dem Einbau einer Brandmeldeanlage, die mit 99 T€ veranschlagt ist, begonnen.	409.591,67
650 0415 200	Arnold Bode Schule, bauliche Verbesserungen (OBR 11) In 2015 standen zwei große Baumaßnahmen an. Zum einen war die Sanierung der Geschossrippendecken und zum anderen die Installation einer Brandmeldeanlage vorgesehen. Die Geschossrippendecken sind größtenteils abgearbeitet, die Vergabe der Brandmeldeanlage soll durch ein Ingenieurbüro, das bereits beauftragt wurde, erfolgen.	398.937,24
900 9690 400	Wasserbau, Zuweisungen Zuweisungen an den Eigenbetrieb „KASSELWASSER“ für bauliche Maßnahmen im Bereich Gewässerunterhaltung.	357.115,83

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2015
630 6375 100	<p>Soziale Stadt Wesertor (OBR 14)</p> <p>Im Wesentlichen wurde 2015 der Umbau des Bürgiparks mit rund 310 T€ finanziert, wenige Restarbeiten stehen noch aus. Für eine Studie für die Querung Weserstraße/Magazinstraße wurden rund 8 T€ verausgabt. Der Sicherheitseinbehalt von rund 19 T€ aus dem Projekt Park Sodenstern wurde ausbezahlt. Weitere 2 T€ kostete die Schaukel im Rahmen des Projektes Spielplatz Bleichenweg. Die Bodenuntersuchung für den Umbau Schulhof Goethe-Gymnasium kostete rund 7 T€. Für die Erweiterung des Kinderbauernhofes wurden in 2015 8 T€ aufgewendet.</p>	342.242,12
650 6500 300	<p>Gebäudewirtschaft</p> <p>Aus diesem Ansatz werden Anschaffungen im beweglichen Vermögen des Amtes Hochbau und Gebäudebewirtschaftung einschließlich geringwertiger Gegenstände finanziert. Seit 2015 obliegt dem Amt außerdem die Aufgabe der zentralen Büromöbelbeschaffung, die ebenfalls aus dieser Investitionsnummer bestritten wird und die bisher dem Hauptsamt zugeordnet war. Diese Aufgabe führte zu einer Mehrauszahlung von rund 300 T€.</p>	321.516,24
410 4302 400	<p>Staatstheater (OBR 01)</p> <p>Gemäß dem Theatervertrag aus dem Jahr 1959 beteiligt sich die Stadt an den Kosten für die Bauunterhaltung sowie der Ergänzung und der Erneuerung der inneren Einrichtung und des Inventars.</p> <p>Die Investition 2015 beinhaltet den städtischen Zuschuss für das Jahr 2015 in Höhe von 28.800 € und eine aus dem Staatstheater-Jahresabschluss 2014 resultierende Nachzahlung in Höhe von 271.243,39 €.</p>	300.043,39

Folgende Investitionen in das **Finanzanlagevermögen** wurden 2015 vorgenommen:

- Die Anteile an der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) wurden in 2015 um 6.934.800 € erhöht.
- Die TSK GmbH erhielt in 2015 eine Kapitaleinlage der Stadt Kassel in Höhe von 1,0 Mio. €.

Weitere Informationen zur Entwicklung des städtischen Finanzanlagevermögens können Ziffer 1.3 der Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2015 entnommen werden.

5.5.3 Projekte mit erheblichen Plan-Ist-Abweichungen

Bei folgenden Projekten ergaben sich erhebliche **Abweichungen** zu den Planzahlen (Plan-Ist-Differenz >300 T€ und weniger als 50 % Mittelausschöpfung). In den Zahlen sind sowohl die Ansätze 2015 als auch die Reste aus den Vorjahren enthalten. Die Maßnahmen sind in die verschiedenen kommunalen Aufgabenbereiche gegliedert.

Schulen

Friedrich-Wöhler-Schule

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittelausschöpfung prozentual
650 0205 200	Friedrich-Wöhler-Schule, Sanierung (OBR 02)	355.369,58	0,00	355.369,58	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Ansätze und die Haushaltsreste waren für die Brandmeldeanlage, Brandschutzmaßnahmen und Fenster vorgesehen. Da die Mittel zu gering waren, um die Maßnahmen durchführen zu können, wurden im Rahmen des Deckungskreises die Mittel aufgestockt. Die Maßnahmen wurden zwischenzeitlich beauftragt. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Goethegymnasium

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittelausschöpfung prozentual
650 0345 200	Goethegymnasium 2, bauliche Verbesserungen (OBR 14)	953.000,00	97.741,99	855.258,01	10,26

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus den Haushaltsausgaberesten 2014 wurde die Endabrechnung der Toilettensanierung finanziert. Die Ansatzmittel waren für eine Rauchwarnanlage und die Generalsanierung des Süd-West-Flügels (1. Jahresrate) vorgesehen. Die Rauchwarnanlage wurde zwischenzeitlich beauftragt, ebenso der Architektenvertrag über die Generalsanierung. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Arnold-Bode-Schule

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0415 200	Arnold Bode Schule, bauliche Verbesserungen (OBR 11)	868.567,99	398.937,24	469.630,75	45,93

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Mittel waren für die Installation einer Brandmeldeanlage und die Sanierung der Geschossrippendecken vorgesehen. Die Installation der Brandmeldeanlage soll durch ein Ingenieurbüro beauftragt werden. Das Ingenieurbüro wurde bereits beauftragt. Da die Mittel für die Sanierung der Geschossrippendecken nicht ausreichend waren, wurden überplanmäßige Mittel sowie Mittel im Rahmen des Deckungskreises zur Verfügung gestellt. Dies führte zu einer Verzögerung in der Umsetzung. Zwischenzeitlich ist die Maßnahme zum größten Teil beauftragt. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Astrid-Lindgren-Schule

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0450 100	Astrid-Lindgren-Schule, Baukosten (OBR 04)	320.000,00	9.788,87	310.211,13	3,06

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es wurden außerplanmäßige Mittel für eine Inklusionsmaßnahme bereitgestellt (Einbau eines Aufzuges und Ergänzungsarbeiten). Es handelt sich dabei um einen Außenaufzug. Die Arbeiten können nur in der frostfreien Zeit durchgeführt werden. Nachdem die Mittel am 27.10.2015 frei gegeben waren, war es zu spät, um mit den Arbeiten zu beginnen. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Carl-Schomburg-Schule

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0491 200	Carl-Schomburg-Schule 2, bauliche Verbesserungen (OBR 14)	525.000,00	66.271,88	458.728,12	12,62

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Mittel waren für Brandschutzmaßnahmen und den 2. Bauabschnitte der Dachsanierung vorgesehen. Aufgrund eines dringenden Bedarfes bei der Emil-Junghenn-Halle wurden 320 T€ im Rahmen des Deckungskreises dorthin umgesetzt. Von den verbleibenden Mitteln wurden

die Brandmeldeanlage und Sicherheitsbeleuchtung vollständig beauftragt. Der Einbau der feuerhemmenden Türen wurde zum überwiegenden Teil beauftragt. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsreste in voller Höhe gebildet.

Georg-August-Zinn-Schule

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0495 200	Georg-August-Zinn-Schule, bauliche Verbesserungen (OBR 20)	872.068,61	18.039,36	854.029,25	2,07

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Haushaltsansatz 2015 und die Haushaltsausgabereste 2014 waren für Brandschutzmaßnahmen vorgesehen. Von dem Betrag in Höhe von ursprünglich 854.029,25 € wurden 300 T€ für den Ankauf des Victoria-Hochhauses umgesetzt. Weitere 30 T€ wurden im Rahmen des Deckungskreises zur Deckung eines dringenden Mehrbedarfs bei der Schule am Königstor umgesetzt. Die Durchführung der Brandschutzmaßnahmen mit den auf nunmehr 224.029,25 € gekürzten Mitteln ist neu zu disponieren. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Ganztagsschulangebote

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 4210 100	Ganztagsschulangebote/Baukosten	495.244,30	59.218,00	436.026,30	11,96

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus dieser Sammelinvestitionsnummer werden Verbesserungen zur Bereitstellung des Ganztagsangebotes realisiert.

Bei der G8-Erweiterung an der Heinrich-Schütz-Schule konnte ein Auftrag noch nicht abgerechnet werden. Aufgrund eines Rechtsstreites mit der Fensterfirma können die Restarbeiten noch nicht abgeschlossen werden.

Für die Mensa an der Hupfeldschule stehen die Ansätze in den Haushalten von 2014 bis 2016. Aufträge wurden vergeben. Zusammen mit dem Ansatz 2016 kann weiter gearbeitet werden. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Sonderprogramm Schulsanierung

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 4213 200	Sonderprogramm Schulsanierung	2.000.000,00	527.014,83	1.472.985,17	26,35

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Dieser Haushaltsansatz wird neu ab 2015 mit jährlich 2,0 Mio. € für Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt. An verschiedenen Schulen werden daraus sicherheitsrelevante Maßnahmen durchgeführt, wie z. B. Feuerschutztüren, Sicherheitsbeleuchtung, Garderobenumbau. In einigen Projekten war ein hoher Abstimmungsbedarf mit den Beteiligten vorgeschaltet, was zu großen zeitlichen Verzögerungen führte. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

*Kindertagesstätten***Umbauten Betreuungsangebote**

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 4439 100	Umbauten Betreuungsangebote	1.449.482,12	289.531,33	1.159.950,79	19,97

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus dieser Investitionsnummer werden Umbauten in Schulen und Kitas zur Verbesserung des Betreuungsangebots finanziert (U 3-Ausbau, Akustikmaßnahmen, Betreute Grundschule). Die Mittel wurden durch Haushaltsreste des Jugendamtes aufgestockt. Verschiedene Maßnahmen konnten abgeschlossen und abgerechnet werden. Aktuell wird der U3-Umbau der Kita Dr. Hermann-Haarmann-Haus hieraus finanziert.

Nach umfangreichen Abstimmungen, die u. a. mit der Topographie des Geländes zusammen hängen, konnte nun mit der Vergabe begonnen werden. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

U3-Ausbau

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 4499 100	U3-Ausbau, Baukosten eigene Einrichtungen	639.030,17	165.696,81	473.333,36	25,93

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Ansatz war für U 3-Ausbauten in Kitas vorgesehen.

Begonnene Maßnahmen in den Kitas Nils-Holgersson und Fasanenhof wurden abgeschlossen und abgerechnet. Aktuell werden die Umbauten für U 3 in der Kita Menzelstraße ausgeführt. Aufgrund mehrerer notwendiger Kostenanpassungen hat sich die Vergabe verzögert. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsreste in voller Höhe gebildet.

Kultur**Palais Bellevue**

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0540 100	Palais Bellevue, Baukosten (OBR 01)	670.000,00	0,00	670.000,00	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Haushaltsreste sind für die Sanierung der Remise am Palais Bellevue vorgesehen. Es handelt sich um einen Landeszuschuss vom Hesttag. Die Maßnahme wurde zurück gestellt. Die Pläne sollen erst nach der documenta 14 im Jahr 2017 wieder aufgegriffen werden. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Nordstadtzentrum

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 1195 200	Nordstadtzentrum, bauliche Verbesserungen (OBR 11)	715.000,00	26.695,13	668.000,00	0,30

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Haushaltsansatz war für Dachsanierung und Fenstererneuerung am Phillip-Scheidemann-Haus vorgesehen. Die Dachsanierung ist zum größten Teil beauftragt. Bei der Fenstererneuerung wurden kleinere Arbeiten ausgeführt, der Großteil befindet sich in der

Vergabephase. Es waren Umplanungen notwendig, die mit der Lüftungsanlage zusammen hängen und die Maßnahme verzögert haben. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Staatstheater

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
410 4302 400	Staatstheater (OBR 01)	1.957.460,00	300.043,39	668.000,00	0,30

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In den Ansatz 2015 flossen neben den eigentlich veranschlagten Mitteln i. H. v. 300 T€ auch Haushaltsausgabereste aus Vorjahren i. H. v. 1.657.460 € ein.

Die Gelder sind notwendig für die Restabwicklung der Sanierungsmaßnahme Staatstheater.

Da eine endgültige Abrechnung einiger Teilbereiche der Sanierung noch nicht erfolgen konnte, fand lediglich eine Teilverausgabung der dafür in 2015 verfügbaren Investitionsmittel statt.

Der ermittelte Abweichungsbetrag wurde als Haushaltsausgaberest in das Jahr 2016 übertragen.

Verwaltung

Informations- und Kommunikationstechnik

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
110 4006 300	Standard I.u.K.-Technik - bewegliches Vermögen-	677.554,47	191.842,73	485.711,74	28,31

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

485.711,74 € Abweichung zwischen Plan- und Ist-Aufwendungen

- 328.500,00 € (beantragte Mittelübertragungen, im Text separat begründet)

= 157.211,74 € verbleibende Abweichung

Sachkonto 0241010

Vom Ausgabenansatz für Projekte, die Softwarelizenzen mit einem Wert von über 1 T€ netto betreffen (453.876 €), konnten in 2015 zunächst rund 85 T€ verausgabt werden.

Die diesem Konto zuzuordnende Minderausgabe von rund 367 T€ verteilt sich auf eine echte Minderausgabe von 40 T€ und zu übertragende Mittel von ca. 329 T€.

Von den 40T€ Minderausgabe waren 15 T€ für die Einführung einer E-Mail-Archiv-Software vorgesehen. Die Umsetzung des Projekts erfolgte mangels weiterhin fehlender gesetzlicher Verpflichtung stattdessen mit einer selektiven bedarfsorientierten E-Mail-Archivierung mit Microsoft-Standard-Produkten. Weitere knapp 25 T€ waren für die Umsetzung kleinerer E-Government-Projekte vorgesehen. Hier wurden nur 7,5 T€ aus dem Ansatz benötigt. Weitere 7,5 T€ waren für Softwarelizenzen für die Einführung von Heimarbeitsplätzen vorgesehen. Die sichere und performante Umsetzung konnte aber auf einer bestehenden Technologieplattform umgesetzt werden, für die geringwertige Erweiterungen aus dem Ergebnishaushalt zugekauft wurden.

Begründung für die Mittelübertragung (329 T€):

- Anliegen-/Störungsmanagement

Mittel in Höhe von 15 T€ waren für ein Anliegen-/Störungsmanagement mit einer Bedienungsoberfläche für Bürger über PC oder Smartphone und einem sog. „Backend“ für verschiedene Verwaltungsbereiche, inkl. Workflows, Servicelevel-Agreements etc. in 2014 geplant. Die Mittel wurden nach 2015 übertragen, aber bislang nicht verausgabt, da über die Art der technischen Realisierung noch entschieden werden muss. In 2016 sind keine Mittel veranschlagt.

- Elektronischer Anordnungsworkflow

Im Rahmen der verwaltungsweiten Projektgruppe zur Optimierung des Rechnungswesens wurde in 2015 der digitale Rechnungsworkflow pilotiert und in Teilbereichen bereits eingeführt. Eine Summe von rd. 94 T€ wurde als Haushaltsrest nach 2015 übertragen und wird voraussichtlich in voller Höhe noch in 2016 benötigt. Damit sollen sukzessive notwendige Anpassungen am Rechnungsausgangsworkflow und die Einführung des Rechnungseingangsworkflows ermöglicht werden.

- Relaunch Stadtportal

Für den Relaunch des städtischen Internetauftritts (Stadtportal) wurden in 2015 ursprünglich 205 T€ eingestellt. Dies umfasste eine erste Schätzung des Systemwechsels inkl. Lizenzen und notwendiger Anpassungen für die Abteilung Servicecenter und Verwaltung des Bürgeramtes. Zusätzliche Mittel in Höhe von 100 T€ wurden für 2016 beantragt. Dies trug dem Umstand Rechnung, dass damit auch die Anpassungen für die bisher von der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Hauptamtes verantworteten Inhalte finanziert werden sollen, sowie qualitative Anforderungen, die die in 2015 gebildete Arbeitsgruppe Stadtportal definiert, umgesetzt werden können. Für den Relaunch wurde eine Koordinatorin und Geschäftsführerin gesucht, die ihre Arbeit erst im Januar 2016 aufgenommen hat. Dies hat den Start der Vorbereitung der Vergabe entsprechend verzögert.

Die zu übertragenden Mittel von 205 T€ sollen auf der Investitionsnummer 100 4000 900 des Hauptamtes zusammengeführt werden, da das Projekt in der Verwaltungsgliederung dem Hauptamt zugeordnet wurde.

- Schulträgersnetz

Im Rahmen der Umsetzung des Schulträgersnetzes wurden die Schulen sukzessive mit Stundenplanungssoftware ausgestattet. Aufgrund von Einwänden der Friedrich-List-Schule war die für 2015 vorgesehene Beschaffung der Software i. H. v. rund 15 T€ nicht möglich und soll in 2016 erfolgen.

Sachkonto 0851010

Für die Ersatzbeschaffung von Telefonanlagen in Außenstellen wurden 14 T€ eingespart, da die erwarteten Ersatzbeschaffungs- und Ausbaunotwendigkeiten nicht eintraten.

Für die kurzfristige und zeitnahe Beschaffung von zentralen Netzwerkkomponenten wurden 30 T€ eingespart, da die Beschaffungen geplant und im Wege der Miete finanziert werden konnten. Bei der Umsetzung des Projekts zum Ersatz zentraler Zeiterfassungskomponenten (70 T€) wurden 8 T€ eingespart.

Sachkonto 0890010

Im Bereich der geringwertigen Standardsoftware wurden rund 65 T€ nicht wie vorgesehen verbraucht.

Eine Summe von 50 T€ war vorgesehen für die Beschaffung von Software mit einem Wert zwischen 150,00 € und 1 T€ netto. Tatsächlich wurden nur 10 T€ verbraucht, einerseits war der Bedarf niedriger als erwartet bzw. konnte durch Verweis auf vorhandene Lösungen reduziert werden, andererseits wurden Ausgaben in den Ergebnishaushalt verlagert. Weitere 5 T€ wurden eingespart, da der Zuwachs an Standardarbeitsplatzlizenzen aus dem Microsoft-Portfolio geringer als erwartet war.

Für 2015 waren Mittel i. H. v. 20 T€ zum Kauf von Softwarelizenzen für die Ausstattung der Schulhausmeister und der letzten beiden Berufsschulen (Max-Eyth und Oskar-v.-Miller) übertragen worden. Diese Mittel wurden nicht benötigt. Die Umsetzung konnte bzw. musste aufgrund der 150,00 € Wertgrenze aus dem Ergebnishaushalt finanziert werden.

Insgesamt ist die Beplanung der Sachkonten für die Ausgaben für Softwarelizenzen sehr schwierig. Zum einen ist im Planungsstadium mangels konkreter Produktaussagen unklar, welche Ausgabenhöhe überhaupt auf den Kauf von Lizenzen entfällt, andererseits hängt die haushaltswirtschaftliche Zuordnung vom Wert der einzelnen Lizenz ab. Bis 150,00 € netto werden die Kosten aus dem Ergebnishaushalt getragen, darüber und bis 1 T€ zählen die Ausgaben zu den GWG, über 1 T€ sind sie dem Konto 0241010 zuzuordnen. Vor diesem Hintergrund ist eine Flexibilität erforderlich, die Verschiebungen zwischen den genannten Bereichen ermöglicht, damit aber zu jeweils Mehr- bzw. Weniger-Ausgaben führt.

Hilfspolizei

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
320 5110 300	Hilfspolizei	431.500,00	10.348,01	421.151,99	2,40

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung wurde am 15.09.2015 aufgrund des altersbedingten Zustandes der vorhandenen Geschwindigkeitsmessanlage „Speedo-Phot“ und des dazugehörigen Messfahrzeuges (Erstzulassung 04/2003) die Modernisierung auf das Nachfolgemodell „TraffiStar S350“ sowie ein neues Geschwindigkeitsmessfahrzeug beauftragt. Die Lieferzeit für das Gesamtsystem (Geschwindigkeitsmessanlage, PKW und Einbau der Anlage) ist abhängig von der Verfügbarkeit des Fahrzeugs und beträgt in der Regel ca. 3 Monate.

Es ist jedoch seitens des Herstellers zu Lieferverzögerungen des Fahrzeuges gekommen, so dass die Maßnahme im Jahr 2015 nicht mehr umgesetzt werden konnte.

Im Bereich der Abteilung Verkehrsüberwachung ist die Beschaffung neuer stationärer Verkehrsüberwachungsanlagen geplant. Für die Einrichtung an den Messstandorten fallen Infrastrukturkosten (Herstellung Fundament und Bodenplatte, Stromanschlüsse) an.

Die Maßnahme konnte aufgrund einer noch nicht abgeschlossenen, notwendigen und umfangreichen Projektplanung im Jahr 2015 nicht durchgeführt werden. Nach der europaweiten Ausschreibung der Verkehrsüberwachungsanlagen kann mit einer Umsetzung der Maßnahme Mitte 2016 ausgegangen werden.

In der Abteilung Verkehrsüberwachung ist im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung eine Modernisierung der vorhandenen mobilen Geschwindigkeitsmessanlagen (altersbedingt und aufgrund Veränderungen in der Straßenverkehrsstruktur) inkl. der Fahrzeuge (alters- und einsatzbedingt) notwendig. Dazu gehören neben den Geschwindigkeitsmessanlagen selbst entsprechende Fahrzeuge, Fahrzeugeinbauten sowie diverses Zubehör (Stativzubehör, Zusatzbatterie etc.). Vorgesehen ist die Beschaffung eines Messfahrzeuges mit einer Front- und Heckanlage sowie von zwei Messfahrzeugen mit jeweils einer Frontanlage und einer Heckanlage und zusätzlich bei beiden Fahrzeugen einer seitlichen Messeinrichtung.

Die Umsetzung konnte im Jahr 2015 aus verschiedenen Gründen nicht mehr realisiert werden. Zu den Gründen gehören u. a. die mehrere Monate nicht besetzte Stelle der Sachgebietsleitung Geschwindigkeitsüberwachung, so dass notwendige intensive Vorarbeiten, wie z. B. die umfangreiche Abstimmung und Klärung mit der Abteilung Informationstechnologie des Personal- und Organisationsamtes hinsichtlich der Einbindung in die Netzwerkstruktur der Stadt Kassel, nicht möglich waren.

Für die oben aufgeführten Maßnahmen wurden Haushaltsausgabereste gebildet.

Berufsfeuerwehr

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
370 5200 300	Berufsfeuerwehr (OBR 11)	1.787.108,20	541.077,35	1.246.030,85	30,28

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es wurden Leistungen im Wert von 263.546,80 € beauftragt und konnten noch nicht geliefert bzw. umgesetzt werden. Entsprechende Haushaltsausgabereste wurden gebildet.

Die Ausschreibungen für den Abrollbehälter „Dekon“ und das Hilfeleistungslöschfahrzeug für die freiwillige Feuerwehr mussten aufgehoben werden. Eine erneute, veränderte Ausschreibung ist inzwischen erfolgt. Die Auftragsvergabe soll nun kurzfristig erfolgen.

Eine Ausschreibung für die neuen Einsatzleitfahrzeuge wurde vorbereitet, konnte aber nicht mehr rechtzeitig in 2015 veröffentlicht werden.

Das Land musste verschiedene Ausschreibungen für den Digitalfunk aufheben, so dass einzelne Beschaffungen noch nicht erfolgen konnten und das Projekt immer noch nicht abgeschlossen wurde.

Auch für diese Maßnahmen wurden Haushaltsausgabereste gebildet.

Rathaus, bauliche Verbesserungen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0005 200	Rathaus, bauliche Verbesserungen (OBR 01)	1.470.203,72	438.851,44	1.031.352,28	29,85

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Neben den verschiedenen, jährlich wiederkehrenden Maßnahmen, die aus dieser Investitionsnummer finanziert werden (Investitionen nach der Trinkwasserverordnung, Maler- und Putzerarbeiten, Stromversorgung/ Elektroinstallationen, Sanierung Kanalhausanschlüsse), waren Mittel für die Sanierung des Lesezimmers sowie Planungsmittel für die Sanierung des Flügels Karlsstraße im Haushalt eingestellt.

Die Haushaltsausgabereste aus 2014 waren höher als der Ansatz 2015, es wurden zunächst begonnene Maßnahmen weiter bearbeitet. Die Sanierung des Lesezimmers und des Flügels Karlsstraße wurden zurück gestellt. Letztere Maßnahme wird voraussichtlich als Gesamtpaket in das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) aufgenommen. Zudem wurden 261 T€ im Rahmen des Deckungskreises umgesetzt, um dringende Bedarfe zu decken. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Berufsfeuerwehr, Baukosten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
650 0115 101	Berufsfeuerwehr, Baukosten (OBR 11)	989.203,68	79.544,73	909.658,95	8,04

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Umbau und Sanierung der Gebäudeteile A bis D der Feuerwache 1 werden bei laufendem Betrieb durchgeführt. Die Gebäudeteile A bis C sind im Wesentlichen fertiggestellt und müssen noch endabgerechnet werden. Die Sanierung des Gebäudeteiles D ist zurückgestellt, bis das Gesamtkonzept Feuerwehr vorliegt. Dann erst kann beauftragt werden. Über die nicht verausgabten Mittel wurden Haushaltsausgabereste in voller Höhe gebildet.

Verkehr**Leipziger Straße**

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6110 141	Leipziger Str. (B7) Sandershäuser Str. - Leipziger Platz, Baukosten	0,00	-1.028.599,99	1.028.599,99	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es handelt sich um die Bereinigung von Beträgen auf dem Sachkonto und der Anlagenkarte, die aufgrund des Abschlusses der Maßnahme nicht mehr benötigt werden. Die entsprechenden Verbindlichkeiten wurden in 2008 gebildet.

Verkehrssignalanlagen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6120 101	Verkehrssignalanlagen, Landesstraßen	1.654.511,14	530.847,08	1.123.664,06	32,08

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es handelt sich hierbei um eine Sammelstelle für eine Vielzahl von Projekten an Verkehrssignalanlagen an Landesstraßen.

Für Arbeiten an mehreren Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet konnten in 2015 ca. 531 T€ umgesetzt werden. Weitere ca. 165 T€ sind auftragsmäßig für Planungsleistungen und

Baukosten vergeben. Die Abrechnungen stehen noch aus. Ferner wird aus dieser Investitionsnummer der Umbau des Knotens Schönfelder Str./Sternbergstr. finanziert. Es wurden entsprechende Haushaltsausgabereste gebildet.

Fuldatalstraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6120 136	Fuldatalstraße, Baukosten (OBR 13, 14)	0,00	-872.042,20	872.042,20	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es handelt sich um die Bereinigung von Beträgen auf dem Sachkonto und der Anlagenkarte, die aufgrund des Abschlusses der Maßnahme nicht mehr benötigt werden. Die entsprechenden Verbindlichkeiten wurden in 2008 gebildet.

Kurfürstenstraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6130 124	Kurfürstenstr. (OBR 01)	363.335,78	0,00	363.335,78	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der nördliche Bereich der Kurfürstenstraße (vor der Kasseler Bank) ist abgeschlossen. Der südliche Teil ist aufgrund der Umbaumaßnahme der Friedrich-Ebert-Straße auf 2016 geschoben.

Im Rahmen der Gesamtfinanzierung und zur Deckung der bisher erteilten Aufträge wurden Haushaltsausgabereste gebildet.

Umbau Auedamm/Damaschkestraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6130 127	Umbau Auedamm Damaschkestraße bis Orangerie (OBR 02)	565.606,28	0,00	565.606,28	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die ursprüngliche Planung des Umbaus im Bereich zwischen Damaschkebrücke bis Orangerie, der den Gegenrichtungsweg mit neuer Querschnittsanpassung vorsah, wird seit 2011 nicht weiter verfolgt.

Es ist geplant, die wassergebundene Oberfläche des vorhandenen Gehweges zwischen dem Bootshaus WVC und der Damaschkebrücke durch eine Asphaltoberfläche zu ersetzen. Zur Finanzierung der weiteren Projektteile wurden Haushaltsausgabereste in der oben ausgewiesenen Höhe gebildet. Die bauliche Umsetzung soll in 2016 erfolgen.

Bau von Anliegerstraßen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 103	Bau von Anliegerstraßen, Baukosten	2.416.953,70	973.932,58	1.443.021,12	40,30

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von Projekten im Anliegerstraßenbau im Rahmen der Erschließung von neuen Baugebieten abgewickelt.

Für die in 2015 umgesetzten Maßnahmen wurden Zahlungen in Höhe von ca. 974 T€ geleistet. Weiterhin sind Aufträge in Höhe von ca. 817 T€ vergeben worden, deren Abrechnung noch aussteht.

Weitere Vergaben konnten wegen der Auslastung des Personals und anderer vorrangiger Projekte nicht erfolgen.

Neben den gebundenen Mitteln wurden auch für die nicht verbrauchten Mittel Haushaltsausgabereste gebildet, da diese zur Erschließung neuer Baugebiete benötigt werden.

Größere Instandsetzungen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 105	Größere Instandsetzungen	2.868.638,20	607.475,18	2.261.163,02	21,18

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wurde eine Vielzahl von größeren investiven Instandsetzungsmaßnahmen im Straßenbau abgewickelt.

Neben den umgesetzten Maßnahmen in 2015 sind weitere Aufträge in Höhe von ca. 1,2 Mio. € vergeben worden, deren Abrechnung noch aussteht.

Über diese und die restlichen ungebundenen Mittel von ca. 1,06 Mio. € wurden Haushaltsausgabereste gebildet, da diese in 2016 dringend zur Finanzierung weiterer Instandsetzungsmaßnahmen benötigt werden.

Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 106	Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen, Baukosten	7.308.808,41	2.167.534,44	5.141.273,97	29,66

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von Projekten an Straßen nach dem Gesetz über Kommunale Abgaben (KAG) abgewickelt.

Neben den umgesetzten Maßnahmen in 2015 konnten weitere Vergaben in Höhe von ca. 2,33 Mio. € erfolgen, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch für die restlichen nicht verbrauchten Mittel Haushaltsausgabereste gebildet, um evtl. Abrechnungsspitzen aufzufangen und um in 2016 weitere Erneuerungen von Straßen im Stadtgebiet durchführen zu können.

Ingenieurbauten, Baukosten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 120	Ingenieurbauten, Baukosten	1.383.488,82	195.671,20	1.187.817,62	14,14

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von Projekten an Ingenieurbauwerken (Brücken, Tunnel, Stützwände u. a.) abgewickelt.

Neben den umgesetzten Maßnahmen in 2015 konnten weitere Vergaben in Höhe von ca. 422 T€ erfolgen, die jedoch noch nicht abgerechnet sind.

Über die ungebundenen Mittel wurden Haushaltsausgabereste gebildet, um in 2016 weitere größere und dringend notwendige Maßnahmen durchführen zu können.

Waldecker Str. -DB Bahnübergang-

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 125	Waldecker Str. -DB Bahnübergang- (OBR 22)	1.691.132,88	-11.870,16	1.703.003,04	-0,70

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das Projekt ist baulich bis auf landschaftspflegerische Maßnahmen (Pflanzarbeiten u. a.) abgeschlossen. Die Restabrechnung mit den Kreuzungsbeteiligten nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (DB AG, Bund) steht noch aus.

Das negative Rechnungsergebnis ergibt sich aus Gutschriften durch einen Auftragnehmer. Für erforderliche Restaufträge, Beteiligungen nach dem EKrG und um evtl. Rechnungsspitzen abzufangen, wurden Haushaltsausgabereste gebildet.

Die Maßnahme wird mit GVFG/FAG-Mitteln von Bund und Land gefördert.

Harleshäuser Kurve

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 146	Harleshäuser Kurve Regio-Tram, Baukosten (OBR 09,22)	670.025,17	52.417,07	617.608,10	7,82

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme ist in den verschiedenen Projektteilen baulich abgeschlossen. Neben den in 2015 geleisteten Zahlungen liegen Aufträge in Höhe von ca. 60 T€ vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch die restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 557 T€ als Haushaltsausgabereste übertragen, um evtl. Abrechnungsspitzen aufzufangen und um in 2016 weitere Aufträge für Restarbeiten vergeben zu können. Ein Haushaltsansatz ist in 2016 nicht mehr eingestellt.

Umbau Obere und Untere Königsstraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 165	Umbau Obere und Untere Königsstraße (OBR 01)	1.790.632,40	37.232,48	1.753.399,92	2,08

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Neben den in 2015 geleisteten Zahlungen liegen Aufträge in Höhe von ca. 388 T€ vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch die

restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 1,4 Mio. € als Haushaltsausgabereste übertragen, um die Baumaßnahme im Rahmen der Gesamtfinanzierung zu realisieren.

Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystem

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 175	Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystem (VMMS)	936.566,56	131.588,26	804.978,30	14,05

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Zur Umsetzung der Maßnahme „Aufbau eines Verkehrs- und Mobilitätsmanagementsystems (VMMS)“ wurden im Jahr 2015 weitere Planungen und bauliche Maßnahmen durchgeführt.

Neben den in 2015 geleisteten Zahlungen liegen Aufträge in Höhe von ca. 206 T€ vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Darüber hinaus wurden die restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 599 T€ als Haushaltsausgabereste übertragen, um in 2016 weitere Aufträge vergeben zu können.

Die Maßnahme wird mit Zuwendungen des Bundes gefördert. Die entsprechenden Zuwendungsbescheide sind in 2011, 2013 und 2015 eingegangen.

Verkehrerschließung Uni Kassel/ Nordstadt

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 175	Verkehrerschließung Uni Kassel/ Nordstadt (OBR 11)	941.344,86	35.863,00	905.481,86	3,81

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Neben den in 2015 geleisteten liegen Aufträge in Höhe von ca. 150 T€ vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch die restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 755 T€ als Haushaltsausgabereste übertragen, um die Baumaßnahme im Rahmen der Gesamtfinanzierung zu realisieren.

Stadtentwicklung**Stadterneuerung Oberwehren**

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6330 100	Einf./Soz. Stadterneuerung Oberwehren (OBR 20)	590.000,00	79.984,13	510.015,87	13,56

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Verzögerungen aus dem Vorjahr haben sich auch in 2015 ausgewirkt. Darüber hinaus konnten erteilte Aufträge nicht so zügig wie geplant abgewickelt werden. Die Laufzeit des Projektes orientiert sich an den zeitlichen Vorgaben der Förderbescheide. Die verbleibenden Mittel wurden als Haushaltsausgabereste übertragen.

Sanierungsmaßnahmen Rothenditmold

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6340 100	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Rothenditmold (OBR 10)	1.250.000,00	523.716,56	726.283,44	41,90

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Für das Vorhaben „Haus der Zukunft“ wurde eine vertragliche Vereinbarung abgeschlossen, die Zug um Zug umgesetzt werden muss. Eine diesbezügliche Vertragsanpassung/-änderung war erforderlich und hat zu einem Zeitverzug bei der Umsetzung der Maßnahmen geführt. Dadurch resultierte weiterer Zeitverzug für weitere Baumaßnahmen (2. Bauabschnitt) beim „Haus der Zukunft“. Die verbleibenden Mittel wurden als Haushaltsausgabereste übertragen.

EFRE Strukturfonds

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6355 100	EFRE Strukturfonds 2007-2013	493.649,11	45.454,36	448.194,75	9,21

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Hauptprojekte „Lokale Ökonomie“, „Haus- und Hofflächenprogramm“ und „Fuldaufer/Bleichwiesen“ sind abgeschlossen und befinden sich in der Restabwicklung. Darüber hinaus sind nur geringe finanzielle Ausgaben angefallen.

Aktive Kernbereiche Friedrich-Ebert-Str.

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6365 100	Aktive Kernbereiche Friedrich-Ebert-Str. (OBR 01, 03)	4.383.202,66	688.830,37	3.694.372,29	15,72

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Für das Jahr 2015 stehen noch interne Verrechnungen zwischen dem Straßenverkehrs- und Tiefbauamt und dem Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz sowie die Schlussrechnung für den Straßenbau und Landschaftsbau der Friedrich-Ebert-Straße aus.

Wegen der Abhängigkeiten von Bauabläufen mussten andere Baumaßnahmen, z. B. Aufwertung der „Grünen Banane“, im Quartier verschoben werden, so dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft werden konnten. Die verbleibenden Mittel wurden jedoch als Haushaltsausgabereste übertragen.

Soziale Stadt Wesertor

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6375 100	Soziale Stadt Wesertor (OBR 14)	1.200.000,00	342.242,12	857.757,88	28,52

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das Vorhaben „Fußgängerquerung Weserstraße“ verzögerte sich und konnte noch nicht durchgeführt werden. Zudem wurden beim Vorhaben „Schulhof Goethestraße“ zusätzliche Bedarfe hinsichtlich einer Sportfläche durch die einbezogenen Fachämter angemeldet, die eine Ergänzung der Planung und damit eine Verzögerung der Umsetzung bewirkten. Die verbleibenden Mittel wurden jedoch als Haushaltsausgabereste übertragen.

Jägerkaserne

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
630 6391 100	Erschließung Jägerkaserne I (OBR 04)	420.000,00	0,00	420.000,00	0,00

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Projektentwicklung mit der Eigentümerin der Flächen konnte nicht begonnen werden. Es werden auf Grundlage einer Wertermittlung der BImA im kritischen Dialog mit der Stadt Kassel Gespräche geführt. Haushaltsausgabereste wurden nicht beantragt.

Langes Feld

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
660 6140 188	Langes Feld (OBR 19)	7.564.751,94	3.575.903,90	3.988.848,04	47,27

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das Projekt Erschließung Langes Feld teilt sich in mehrere Bauabschnitte auf, die zeitlich in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Ein Teil der baulichen Umsetzung der Maßnahme wurde bereits in 2014 begonnen.

Neben den in 2015 geleisteten Zahlungen liegen Aufträge in Höhe von ca. 3,7 Mio. € vor, die jedoch noch nicht abgerechnet sind. Neben den gebundenen Mitteln wurden auch die restlichen nicht verbrauchten Mittel von ca. 0,4 Mio. € als Haushaltsausgabereste übertragen, um die Baumaßnahme im Rahmen der Gesamtfinanzierung zu realisieren.

*Investitionszuschüsse***Wasserbau, Zuweisungen**

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
900 9690 400	Wasserbau, Zuweisungen	1.478.707,76	357.115,83	1.121.591,93	24,15

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Diverse Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Unterhaltung der Wasserläufe wurden beschlossen, sind aber noch nicht ausgeführt und abgerechnet. Es ist daher ein Haushaltsrest i.H.v. 1.121.591,93 € gebildet worden.

Sonstige

Fehlbelegungsabgabe, Darlehen, Tilgung

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2015	Ergebnis 2015	Abweichung absolut	Mittel-ausschöpfung prozentual
900 9620 700	Fehlbelegungsabgabe, Darlehen, Tilgungen	2.784.529,58	174.600,00	2.609.929,58	6,27

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die aus den Wohnungsbaumitteln bewilligten Darlehen waren zum großen Teil noch nicht auszahlungsreif. Es ist daher ein Haushaltsausgaberes in Höhe von 2.609.929,58 € gebildet worden.

5.5.4 Finanzierung der Investitionen

Zur Finanzierung der Investitionsausgaben wurden folgende Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 21.976.735,18 € gewährt bzw. akquiriert:

- 11.965.210,16 € Zuschüsse des Landes, u. a.:
 - 3.372.000,00 € Allgemeine Investitionspauschale
 - 5.733.000,00 € Schulbaupauschale
- 4.796.448,42 € Zuschüsse des Bundes
 - u. a. resultierend aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)
- 857.398,56 € Zuschüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden
 - u. a. für das Medienzentrum Kassel
- 3.192.335,61 € Investitionsbeiträge, u. a.:
 - 2.235.272,40 € Straßenbeiträge nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG)
 - 192.050,99 € Erschließungsbeiträge
 - 790.000,00 € Stellplatzablöse
- 220.385,51 € Zuschüsse vom sonstigen öffentlichen Bereich,
 - u. a. aus Förderprogrammen von Bund und Europäischer Union,
- 944.956,92 € sonstige Zuschüsse,
 - u. a. Spenden sowie EFRE-Mittel für das Projekt „Bebauung Kulturbahnhof Nordseite“

6. Organisatorische Veränderungen

6.1 Innere Verwaltung

Im Bereich der inneren Verwaltung ist es im Jahr 2015 zu keinen wesentlichen Veränderungen gekommen.

6.2 Beteiligungswesen

Im Bereich des Beteiligungswesen es im Jahr 2015 zu keinen wesentlichen Veränderungen gekommen.

7. Zukunftsprognose

Die Frage, wie sich die weltweite Wirtschafts- und Finanzlage weiter entwickeln wird, bleibt spannend. Die Konjunkturprogramme von Bund und Land haben positive Akzente gesetzt, so dass die Auswirkungen der Krise abgemildert werden konnten. Die Stadt Kassel hat hiervon sicherlich profitiert, auch wenn die Effekte nicht konkret messbar sind.

Die politischen Entscheidungsträger dürfen bei der Betrachtung der Zukunft der Gemeindefinanzen nicht allein die kommunalen Steuereinnahmen im Blick haben. Sie müssen auch zwingend das Verhältnis zwischen kommunalen Aufgaben und Ausgaben und den Einnahmen im Auge behalten. Das gilt besonders im Bereich Sozialpolitik, also bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose, der Kinder- und Jugendhilfe, den Hilfen für Menschen mit Behinderungen und den erkennbaren Auswirkungen des demographischen Wandels.

7.1 Bereich der Sozialen Sicherung

Zu den von der Stadt Kassel gewährten Leistungen der sozialen Sicherung gehören in erster Linie die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – 12. Buch (SGB XII) – Sozialhilfe, d. h. Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe und ambulante bzw. stationäre Hilfe zur Pflege und Krankenhilfe. Dazu kommen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Leistungen zur Bildung und Teilhabe und die Aufwendungen für die Vermeidung und Beendigung von Obdachlosigkeit.

Durch Fallzahl- und Kostensteigerungen in allen Bereichen der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII und insbesondere auch des Asylbewerberleistungsgesetzes kann der Zuschussbedarf der Haushalte des Sozialamtes und des Jobcenters Stadt Kassel in 2016 ff. nicht auf dem bisherigen Niveau stabilisiert werden.

Gesetzliche Veränderungen, insbesondere im Bereich SGB XII/SGB II belasten in der Regel die kommunalen Haushalte. Einflussmöglichkeiten bestehen nicht.

Die Auswirkungen der gesetzlichen Veränderungen in der Hilfe zur Pflege (Pflegestärkungsgesetz II und III) auf den kommunalen Haushalt bleiben abzuwarten.

Ein neues finanzielles Risiko für den Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt liegt in den Auswirkungen der BSG-Rechtsprechung zu Sozialleistungsansprüchen von EU-Ausländern.

Steigende Mieten führen zu steigenden Aufwendungen insbesondere bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, den Leistungen nach dem SGB II und bei den Leistungen der Zentralen Fachstelle Wohnen.

Die weiterhin stark steigenden Flüchtlingszahlen stellen die Stadt Kassel vor große Herausforderungen bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und der späteren Vermittlung in Wohnraum.

Negative Auswirkungen auf den städtischen Haushalt können nur durch eine auch zukünftig kostendeckende Landeserstattung vermieden werden.

Reduzierungen des Zuschussbedarfes können nur durch künftige bundes- oder landespolitische Entscheidungen realisiert werden, etwa bei den Themen

- Bundesteilhabegesetz (Eingliederungshilfe) und
- verstetigte Bundeserstattung für die kommunalen Aufwendungen für anerkannte Flüchtlinge im SGB II (Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den KdU)
- Sozialleistungsansprüche für EU-Ausländer

7.2 Bereich Jugendhilfe

7.2.1 Erzieherische Hilfen

Die Entwicklung der Jugendhilfe und der Erzieherischen Hilfen im Besonderen lässt sich nur schwer einschätzen, hängt dies, wie unter Punkt 4.2 bereits angedeutet, von den individuellen Lebensumständen und Bedarfen der Kinder und Jugendlichen ab. Eine Berechnung der Ansätze nach Fallzahlen und Durchschnittssätzen ist daher nicht möglich.

Es zeichnet sich ab, dass der individuelle Unterstützungsbedarf junger Menschen steigen wird und eine weitere Steigerung der überwiegend stationären Kosten für UMA zu erwarten ist. Dies führt zu erhöhten Fallkosten. Betroffen sind insbesondere die Aufwendungen für seelisch beeinträchtigte junge Menschen nach § 35a SGB VIII. So verstetigt sich die Rechtsprechung, dass zukünftig immer mehr Kindern Schulassistenz zusteht. Zudem wird die tarifliche Fortschreibung der Entgeltvereinbarungen (gem. Rahmenvereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege) zu Kostensteigerungen führen.

7.2.2 Tagesbetreuung von Kindern

Aufgabe des Jugendamtes ist, in der Stadt Kassel die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen sowie die Finanzierung für den Betrieb der Einrichtungen sicherzustellen. Grundlage hierfür sind die gesetzlichen Vorgaben des Bundes, des Landes und die Beschlüsse der städtischen Gremien. Dabei gilt das Subsidiaritätsprinzip. Es besagt, dass vorrangig freie Träger bei der Einrichtung und dem Betrieb von Betreuungseinrichtungen zu berücksichtigen sind.

Anstieg der Kinderzahlen in allen Altersgruppen

Wir beobachten – entgegen früherer Annahmen – seit mehreren Jahren steigende Kinderzahlen. Von 2010 bis 2015 haben die Kinderzahlen (0 bis unter 10 Jahre) um 5 % zugenommen, das sind rund 850 Kinder, davon etwa die Hälfte im U3-Bereich. Diese Entwicklung wird sich auch in den nächsten Jahren weiter fortsetzen und alle Altersgruppen betreffen. Die Prognose der Statistikstelle von 2013 weist einen Anstieg der Kinderzahlen von 2013 bis 2020 um 3 % – das sind über 500 Kinder von 0 bis unter 10 Jahren – aus.

Auch Zuzüge von Familien durch neue Baugebiete (u. a. 250 Sozialwohnungen der GWH) müssen berücksichtigt werden. Insgesamt sind dies etwa noch einmal so viele Kinder. Auch durch die Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen steigt der Bedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen.

D.h. es werden in allen Altersgruppen neue Betreuungsplätze benötigt, allein schon um die jetzigen Versorgungsquoten zu halten.

7.3 Allgemeine Finanzwirtschaft

Wie auch in den vergangenen Jahren kommt der allgemeinen Finanzwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Neben den Erträgen aus dem Kommunalen Finanzausgleich stellen die Steuererträge der Stadt Kassel die wichtigste Quelle der städtischen Finanzeinnahmen dar. Sie sind im Wesentlichen dafür verantwortlich, ob das Ziel eines ausgeglichenen ordentlichen Ergebnisses erreicht werden kann.

Leider sind in diesem Bereich im Vergleich der Jahre starke Schwankungen und Ausschläge in beide Richtungen zu verzeichnen, die die Stadt nicht aus eigener Kraft beeinflussen kann.

So sind die Schlüsselzuweisungen des Landes von vielen Faktoren abhängig, die eine sichere und stabile Kalkulation nicht zulassen. Im Jahr 2015 wurden zum letzten Mal die Regeln des „alten“ kommunalen Finanzausgleichs (KFA) angewendet. Danach ist die Gesamtschlüsselmasse zunächst einmal von den Steuereinnahmen des Landes abhängig. Danach richtet sich das Volumen, das auf die Gruppe der kreisfreien Städte entfällt. Für die horizontale Verteilung innerhalb dieser Gruppe ist es von entscheidender Bedeutung, ob die Stadt Frankfurt ihre Abundanz erreicht, behält oder verliert. Ein weiterer einflussnehmender Faktor ist natürlich auch die eigene Steuerkraft der Stadt Kassel, die sich in den letzten Jahren im interkommunalen Vergleich positiv entwickelt hatte. Die Höhe der Schlüsselzuweisungen schwankte somit in den letzten Jahren zwischen 77,9 Mio. € und bis zu 112 Mio. €. Für 2015 wurden vom Land sogar 152 Mio. € an die Stadt Kassel gezahlt. Ein Spitzenwert, der insbesondere durch eine Verschiebung innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte zu Gunsten der Stadt Kassel zurückzuführen ist. Es wird aber auch deutlich, dass diese für den Haushalt der Stadt bedeutsame Ertragsquelle keine verlässlich konstante Größe darstellt. Solange die Schlüsselzuweisungen in einer aus Sicht der Stadt „angemessenen“ Höhe fließen, wird das Ziel des Haushaltsausgleichs oder des Überschusses dauerhaft erreichbar sein. Deutliche Ausschläge nach unten wie in den Jahren 2010 oder 2011 kann die Stadt allein nicht kompensieren. Ab 2016 gilt erstmalig der neue KFA, dem eine Bedarfsermittlung zugrunde

liegt. Die für 2016 vom Land in Aussicht gestellte Förderung beläuft sich auf rd. 178,0 Mio. €. Ein Wert, der alle bisherigen Vorstellungen übertrifft. Allerdings sind im gleichen Atemzug die bisherigen „besonderen Finanzzuweisungen“ sowie die Investitionspauschalen entfallen, die bei der Stadt Kassel bisher zusammen rd. 25 Mio. € ausmachten. Dadurch relativiert sich die Höhe der Schlüsselzuweisungen natürlich wieder. Wie die Folgejahre diesbezüglich aussehen werden, vermag derzeit niemand seriös zu beurteilen. Der neue KFA beruht auf vielen Unwägbarkeiten. Allen voran, der Abundanz Frankfurts. Die Mainmetropole ist der große Verlierer der Strukturreform. Sollte die Steuerkraft Frankfurts nachlassen, werden die Anteile der fünf kreisfreien Städte derartig neu gemischt, dass Kassel im ungünstigsten Falle Verluste in hohem zweistelligem Millionenbereich wird hinnehmen müssen. Insofern sind die Zukunftsaussichten auch weiterhin ungewiss.

Bis zum Jahr 2013 entwickelte sich die Gewerbesteuer in den letzten Jahren außerordentlich erfreulich. In 2014 musste ein deutlicher Rückgang auf rd. 145 Mio. € registriert werden. Wir hatten auf diesen Rückgang rechtzeitig hingewiesen, verhindert werden konnte er hingegen nicht. Auch für 2015 waren die Prognosen eher zurückhaltend. Erfreulicherweise hat sich eine schwächelnde Branche schnell wieder erholt, so dass in 2015 wieder respektable 162,5 Mio. € Erträge aus der Gewerbesteuer erzielt werden konnten. Dennoch bleibt es spannend. Die Gewerbesteuer ist seit jeher eine schwer kalkulierbare Größe und von Wirtschaftsfaktoren abhängig, die eine Kommune nicht selbst steuern kann. So ist die weitere Entwicklung zwar grundsätzlich positiv, bleibt aber risikobehaftet.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist auch in 2015 weiter gestiegen. Nachdem auch das letzte Quartal 2015 einen sehr guten Wert erreicht hatte, konnten insgesamt ca. 80,5 Mio. € verbucht werden. Es zeigt auch, dass das Lohn- und Einkommensniveau in Kassel eine erfreuliche Entwicklung nimmt. Die Prognosen der Steuerschätzer gehen von weiteren Steigerungen in den kommenden Jahren aus. Die Werte des ersten Quartals 2016 sind noch nicht bekannt, grundsätzlich wird aber ein stetiges Wachstum erwartet. Das wird benötigt, denn nur durch eine wachsende Steuerkraft wird die Stadt in der Lage sein, ihre Aufgaben bei gleichzeitigem Schuldenabbau dauerhaft zu erfüllen.

Zum Schutzschirm: Nachdem die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2012 beschlossen hatte, eine Teilnahme am Schutzschirm des Landes zu beantragen, wurde mit dem Land Hessen eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Die Stadt hatte im Frühjahr 2013 eine Ablösesumme in Höhe von rd. 260,0 Mio. € erhalten. Im Gegenzug hat sich die Stadt Kassel verpflichtet, den vereinbarten Abbaupfad einzuhalten und im Jahr 2018 erstmals einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieses durchaus ambitionierte Ziel soll durch Steigerung der eigenen Steuerkraft einerseits sowie durch verbindlich vereinbarte Konsolidierungsmaßnahmen andererseits erreicht werden. In 2013 und 2014 konnten die „Etappenziele“ im Haushaltsvollzug weit übertroffen werden. Das gilt erst recht für den aktuellen Abschluss des Jahres 2015. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, konnte das Ergebnis gegenüber der ohnehin schon mit einem Überschuss von 8,0 Mio. € versehenen Planung im Haushaltsvollzug noch übertrumpft werden. Das ordentliche Ergebnis 2015 schließt im vorläufigen Jahresabschluss mit einem Überschuss von 50,5 Mio. € ab. Das ist das mit Abstand beste Ergebnis seit der Nachkriegszeit. Die Stadt hat somit zum dritten Mal in Folge ein positives

ordentliches Rechnungsergebnis erreicht. Wir gehen daher davon aus, dass die Stadt Kassel noch in diesem Jahr aus dem Schutzschirm offiziell aussteigen wird.

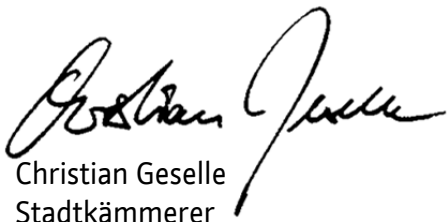
Für den Haushalt 2017 ergibt sich daraus, dass wir künftig nur noch zwei Bedingungen erfüllen müssen:

1. Ein ausgeglichenes oder positives ordentliches Ergebnis
2. Keine Netto-Neuverschuldung.

Beide Bedingungen müssen allerdings schon in der Planung erfüllt sein. Keine Nettoneuverschuldung bedeutet dabei, dass neue Investitionskredite nur in Höhe der ordentlichen Tilgung aufgenommen werden können. Um dennoch Investitionen in einer für eine Stadt wie Kassel angemessenen Höhe tätigen zu können, muss alles daran gesetzt werden, den Ergebnishaushalt nicht nur auszugleichen, sondern Überschüsse zu erwirtschaften. Diese ersetzen neue Kredite und führen gleichzeitig zu einem konsequenten Schuldenabbau der immer noch bestehenden Altdefizite.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres sind nicht bekannt.



Christian Geselle
Stadtkämmerer

Anlagen

1. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
2. Haushaltsausgabereste im Ergebnishaushalt
3. Haushaltsausgabereste im Finanzhaushalt (Investitionen)
4. Finanzierung der Personalkosten durch Dritte
5. Rücklagenübersicht

Kassel documenta Stadt

Anlagen

zum

Rechenschafts- und Lagebericht

31.12.2015

GESAMTLISTE 2015
"Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen"

Ergebnishaushalt

Dez.	Deckende Seite				Empfangende Seite				Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	
I	912 23 201	620 02 00		16.500,00	110 00 401	688 00 00		16.500,00	A-2015
V	515 00 702	511 17 00		7.000,00	515 00 702	699 30 01		7.000,00	F-2015
I	410 00 105	540 90 00		38.477,95	410 00 105	617 90 00		38.477,95	
V	515 00 701	511 17 00		27.000,00	515 00 701	699 30 01		27.000,00	
V	515 00 701	511 17 00		55.000,00	515 00 701	617 92 10		55.000,00	
V	515 00 701	511 17 00		35.000,00	515 00 701	613 01 00		35.000,00	
I	110 00 203	616 92 00		25.000,00	410 00 103	617 90 00		25.000,00	
V	510 00 225	541 01 00		81.310,00	510 00 225	601 01 00		81.310,00	G-2015
V	510 00 305	547 82 00		3.000.000,00	510 00 305	725 01 80		500.000,00	
						725 11 40		2.000.000,00	
						725 14 20		500.000,00	
III	520 00 401	530 30 00		5.090,00	520 00 401	686 30 00		5.090,00	
V	515 00 403	511 17 00		130.000,00	515 00 403	725 01 81		130.000,00	H-2015
V	515 00 701	511 17 00		170.000,00	515 00 701	613 01 00		170.000,00	
II	500 00 801	541 03 00		106.500,00	500 00 801	711 12 00		106.500,00	
I	911 11 010	620 02 00		50.000,00	100 00 906	650 90 01		50.000,00	I-2015
I	802 00 000	656 00 00		70,00	802 00 000	692 00 00		70,00	
I	330 00 001	541 06 00		3.000,00	330 00 001	688 00 00		3.000,00	
VI	935 16 001	620 02 00		32.066,00	600 00 701	717 10 00		32.066,00	I-2015
IX	911 12 001	630 10 00		50.000,00	900 00 060	768 00 00		50.000,00	
I	928 14 101	620 02 00		31.000,00	410 00 103	613 01 00		31.000,00	II-2015
I	941 45 301	620 02 00		15.000,00	110 00 401	688 00 00		15.000,00	III-2015
II	500 00 301	725 22 10		20.000,00	500 00 801	711 91 00		20.000,00	V-2015
I	911 11 006	630 10 00		47.040,00	801 00 000	712 70 00		47.040,00	2-2015
V	530 00 402	728 80 00		18.000,00	530 00 402	728 80 00		18.000,00	3-2015
VI	660 00 105	511 02 10		210.000,00	660 00 105	617 90 00		68.350,00	
						660 00 105	717 10 00	93.500,00	
						660 00 105	717 50 00	48.150,00	
V	400 00 001	541 03 90		155.250,00	400 00 001	711 12 00		155.250,00	6-2015
	400 00 003								
V	515 00 701	511 17 00		125.000,00	515 00 701	617 92 10		125.000,00	7-2015
V	515 00 701	511 17 00		105.000,00	515 00 701	613 01 00		105.000,00	
				4.558.303,95				4.558.303,95	

GESAMTLISTE 2015 "Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen"
--

Finanzhaushalt

Dez.	Deckende Seite				Empfangende Seite				Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	
VI	630 00 104	051 00 11	630 6355 100	6.350,89	630 00 104	051 00 11	630 6377 100	6.350,89	A-2015
VI	660 00 108	035 50 10	660 6120 148	23.000,00	660 00 105	061 90 10	660 6800 112	23.000,00	B-2015
III	670 00 302	053 30 10	670 1065 100	10.000,00	520 00 101	084 00 10	520 4502 300	10.000,00	
I	100 00 905	089 00 10	100 8000 800	1.600,00	100 00 206	084 00 10	100 4000 300	1.600,00	C-2015
VI	670 00 302	053 30 10	670 1052 100	15.000,00	670 00 302	061 40 10	670 3013 100	15.000,00	
VI	660 00 108	035 50 10	660 6120 148	5.600,00	660 00 108	035 70 10	660 6110 161	5.600,00	D-2015
III	670 00 302	053 30 10	670 1095 100	2.294,06	520 00 201	053 30 10	520 4502 300	2.294,06	
III	330 00 201	086 00 10	330 5000 300	810,00	330 00 001	089 00 10	330 5000 300	810,00	E-2015
III	330 00 201	086 00 10	330 5000 300	1.573,00	330 00 003	086 00 10	330 5000 300	1.573,00	
VI	400 00 006	077 50 10	400 4212 300	25.000,00	650 00 201	053 01 10	650 0415 200	25.000,00	F-2015
V	510 00 141	035 80 10	510 4437 400	6.000,00	515 00 702	084 00 10	515 4416 300	6.000,00	
V	510 00 141	035 80 10	510 4437 400	17.500,00	515 00 702	089 00 10	515 4416 300	17.500,00	
V	530 00 062	360 20 10	530 4500 300	1.100,00	530 00 402	084 00 10	530 4500 300	1.100,00	
I	410 00 302	361 80 10	410 0540 300	23.500,00	410 00 302	062 11 01	410 0540 300	23.500,00	
V	510 00 225	360 01 10	510 4413 300	10.000,00	510 00 225	089 00 10	510 4413 300	10.000,00	G-2015
III	330 00 201	086 00 10	330 5000 300	1.610,00	330 00 001	089 00 10	330 5000 300	1.610,00	H-2015
I	410 00 401	080 00 21	410 4304 300	5.000,00	410 00 104	080 00 21	410 0560 300	5.000,00	I-2015
VI	670 00 104	360 10 10	670 3001 100	100.000,00	670 00 104	035 10 10	670 3001 100	100.000,00	J-2015
VI	400 00 006	077 50 10	400 4212 300	50.000,00	650 00 101	056 10 10	650 4201 101	50.000,00	III-2015
IX	900 00 060	130 00 12	900 9878 500	99.614,00	900 00 010	035 10 10	900 9650 500	99.614,00	VI-2015
V u VI	400 00 001	077 50 10	400 4210 300	100.000,00	650 00 101	053 01 10	650 0190 100	280.000,00	5-2015
	400 00 001	084 00 10	400 4210 300	180.000,00					
V u VI	400 00 003	077 50 10	400 4214 300	320.000,00	650 00 101	053 01 10	065 0045 100	320.000,00	6-2015
V	400 00 001	360 10 10	400 4210 300	109.654,42	400 00 001	077 50 10	400 4210 300	109.654,42	
VI	660 00 108	035 50 10	660 6120 148	140.000,00	660 00 101	061 35 10	660 6130 101	140.000,00	7-2015
II	230 00 101	050 01 10	230 4800 500	500.000,00	230 00 101	054 10 10	230 4800 500	3.400.000,00	8-2015
IX	900 00 010	362 10 10	900 9901 400	1.600.000,00					
VI	660 00 108	061 20 10	660 6130 122	900.000,00					
VI	650 00 101	053 60 10	650 0115 101	100.000,00					
VI	650 00 201	053 01 10	650 0495 200	300.000,00					
			4.655.206,37				4.655.206,37		

zusätzlich bewilligte über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen:

Dez.	Deckende Seite				Empfangende Seite				Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	
VI	660 00 108	061 35 10	660 6110 163	9.200,00	660 00 101	061 35 10	660 6130 101	9.200,00	C-2015
VI	660 00 108	061 20 10	660 6130 122	3.100.000,00 (VE)	660 00 108	061 30 10	660 6140 188	3.100.000,00 (VE)	1-2015

GESAMTLISTE 2015

"Mitteilungen über zweckgebundene Mehrerträge/ Mehreinnahmen und entsprechende Mehraufwendungen/Mehrausgaben"

1. Ergebnishaushalt

Dez.	Mehrertrag				Mehraufwand				Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	
V	530 00 402	542 80 00		1.500,00	530 00 402	603 02 00		1.500,00	Z-A-2015
V	530 00 502	542 80 00		6.128,50	530 00 502	686 30 00		6.128,50	
I	410 00 303	541 03 00		58.700,00	410 00 303	616 10 00		52.700,00	
					410 00 303	617 90 00		6.000,00	
I	410 00 301	541 03 00		24.000,00	410 00 301	616 10 00		24.000,00	
VI	650 00 601	541 06 00		60.000,00	650 00 601	616 11 00		60.000,00	
I	410 00 401	530 60 00		1.000,00	410 00 401	617 90 00		1.000,00	
I	410 00 101	530 60 00		11.500,00					
I	410 00 101	539 90 00		45.500,00	410 00 101	686 90 00		57.000,00	
VI	600 00 601	542 10 00		13.400,00	600 00 601	712 70 00		7.760,00	
					600 00 601	686 10 00		5.640,00	
I	410 00 801	541 09 00		500,00	410 00 801	686 10 00		500,00	
I	410 00 016	541 03 00		13.200,00	410 00 016	606 30 00		13.200,00	
I	410 00 105	539 90 00		5.000,00	410 00 105	617 90 00		5.000,00	
I	410 00 101	539 90 00		12.500,00	410 00 101	686 90 00		12.500,00	
I	410 00 105	541 09 00		10.000,00	410 00 105	617 90 00		10.000,00	
I	410 00 101	530 60 00		3.000,00	410 00 101	686 90 00		3.000,00	
V	803 00 000	542 10 00		54.000,00	803 00 000	711 12 00		54.000,00	Z-C-2015
I	410 00 102	590 10 00		9.500,00	410 00 102	712 80 00		9.500,00	
VI	650 00 601	541 06 00		62.000,00	650 00 601	616 11 00		62.000,00	
				391.428,50				391.428,50	

2. Finanzhaushalt

Dez.	Mehreinzahlung				Mehrauszahlung				Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Invest.-Nr.	Betrag	
VI	630 00 104	361 70 10	630 6377 100	2.773,40	630 00 104	051 00 11	630 6377 100	2.773,40	Z-A-2015
VI	630 00 104	361 70 10	630 6377 100	4.660,00	630 00 104	051 00 11	630 6377 100	4.660,00	
I	410 00 303	360 10 10	410 0545 300	10.400,00	410 00 303	080 00 21	410 0545 300	10.400,00	
VI	650 00 201	360 10 10	650 0980 200	6.000,00	650 00 201	053 30 10	650 0980 200	6.000,00	
VI	versch.	360 10 10	versch.	56.309,35	versch.	versch.	versch.	56.309,35	
I	410 00 801	360 10 10	410 0595 300	13.700,00	410 00 801	080 00 21	410 0595 300	13.700,00	
I	410 00 103	360 01 10	410 4300 300	750.000,00	410 00 103	035 10 10	410 4300 300	750.000,00	Z-B-2015
VI	650 00 201	360 10 10	650 4438 200	25.000,00	650 00 201	053 10 10	650 4438 200	25.000,00	
I	410 00 103	360 10 10	410 4300 300	274.500,00	410 00 103	035 10 10	410 4300 300	274.500,00	
				1.143.342,75				1.143.342,75	

Abschluss des Jahres 2015 im Ergebnishaushalt

hier: Bildung und Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das Jahr 2016

1. Aufgrund des § 21 Absatz 1 GemHVO werden im Ergebnishaushalt folgende Haushaltsausgabereste gebildet, die eine zusätzliche Ausgabermächtigung im Jahr 2016 darstellen.
2. Die Haushaltsausgabereste werden durch das Amt Kämmerei und Steuern in nsk eingegeben.
3. Die Begründungen der Haushaltsausgabereste können in den dem Amt Kämmerei und Steuern vorliegenden Resteanträgen eingesehen werden.

<u>Teilhaushalt</u> <u>Kostenstelle</u> Sachkonto	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u> €	<u>davon aus</u> <u>Vorjahr</u> €
10006	Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters		
<u>100 00 206</u>	<u>Beiräte</u>		
711 91 00	Freiwillige Zuschüsse (ehem. Globalbetrag)	10.117,00	
<u>100 00 608</u>	<u>Demografischer Wandel</u>		
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	7.000,00	
10008	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		
<u>100 00 705</u>	<u>Pressedienst</u>		
685 00 00	Reisekosten	1.394,20	1.000,00
686 10 00	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	2.783,08	
686 20 00	Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentationen	2.039,04	
<u>100 00 706</u>	<u>Internet</u>		
617 92 50	EDV-Kosten/Dienstleistungen	69.689,39	37.000,00
10009	Service Gesamtverwaltung		
<u>100 00 811</u>	<u>Protokoll und Ehrungen</u>		
686 10 00	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	1.175,72	
10010	Personaldienstleistungen		
<u>100 00 905</u>	<u>Arbeitssicherheitsdienst</u>		
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	1.370,99	
672 00 00	Lizenzen und Konzessionen	1.136,22	
681 00 00	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei	829,86	
<u>100 00 906</u>	<u>Betriebsärztlicher Dienst</u>		
603 02 00	Praxis- u. Laborbedarf, Arzneimittel	19.357,05	
80101	Magistrat		
<u>801 00 000</u>	<u>Allg. Kostenstelle Magistrat</u>		
679 00 00	Sonst. Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten u. Diensten	5.000,00	
686 20 00	Aufwendungen für Gästebewirtung, Repräsentationen	4.000,00	
11001	Organisation		
<u>110 00 105</u>	<u>Organisationsberatung, Ablauforganisation</u>		
677 90 00	Aufwendungen für andere Beratungsleistungen	103.133,20	
11002	Informationstechnologie		
<u>110 00 201</u>	<u>IT-Fortbildungen</u>		
688 00 00	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	14.000,00	

Teilhaushalt				
<u>Kostenstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u>		<u>davon aus</u>
<u>Sachkonto</u>		<u>€</u>		<u>Vorjahr</u>
				<u>€</u>
<u>110 00 203</u>	<u>Betrieb und Unterhaltung von TUI-Anwendungen</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	217.959,97		
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	143.425,15		
11004	Personaldienste			
<u>110 00 407</u>	<u>Zentrale Fortbildung</u>			
688 00 00	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	25.000,00		
16001	Büro der Stadtverordnetenversammlung			
<u>160 00 000</u>	<u>Büro der Stadtverordnetenversammlung</u>			
686 30 00	Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit gesamt	3.000,00		
710 20 00	Sonstige Zuschüsse	8.065,00		5.653,58
20001	Kämmerei und Steuern			
<u>200 00 701</u>	<u>Sach- u. Personenkontenbuchh./Vollstreckung</u>			
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	47.000,00		
32001	Sicherheit und Ordnung			
<u>320 00 201</u>	<u>Gewerbeüberwachung</u>			
616 13 00	Unterhaltung der sonstigen Außenanlagen	1.012,21		
32002	Verkehrsüberwachung			
<u>320 00 601</u>	<u>Verkehrsüberwachung</u>			
670 01 10	Mieten für bewegliche Vermögensgegenstände	26.000,00		
671 02 00	Mobilienleasing	15.000,00		
677 90 00	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	18.111,80		
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung	6.000,00		
330	Bürgeramt			
<u>330 00 000</u>	<u>Allg. Kostenstelle Bürgeramt</u>			
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	34.372,00		
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung	15.952,00		
33002	Bürgerbüros			
<u>330 00 001</u>	<u>Einwohnerservice</u>			
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung	3.000,00		
<u>330 00 114</u>	<u>Fahrerlaubnisse</u>			
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.000,00		
33003	Abteilung für Zuwanderung und Integration			
<u>330 00 401</u>	<u>Aufenthalt von Ausländern</u>			
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung	2.000,00		
33004	Servicecenter			
<u>330 00 505</u>	<u>Wahlen</u>			
617 92 50	EDV-Kosten / Dienstleistungen	11.192,96		
33005	Kraftfahrzeugzulassungsstellen			
<u>330 00 201</u>	<u>Kfz-Zulassungen Kassel</u>			
601 01 00	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung	21.153,44		
608 90 00	Übriger sonstiger Materialaufwand	4.819,50		
<u>330 00 202</u>	<u>Kfz-Zulassungen Baunatal</u>			
601 01 00	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung	647,36		

Teilhaushalt			Betrag	davon aus
<u>Kostenstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>		<u>€</u>	<u>Vorjahr</u>
Sachkonto			€	€
<u>330 00 203</u>	<u>Kfz-Zulassungen Hofgeismar</u>			
601 01 00	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung		647,36	
36001	Lebensmittelüberwachung und Tiergesundheit			
<u>360 00 101</u>	<u>Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung</u>			
681 00 00	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei		400,00	
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung		1.500,00	
<u>360 00 102</u>	<u>Tierschutz</u>			
681 00 00	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei		500,00	
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung		300,00	
<u>360 00 103</u>	<u>Tierseuchenbekämpfung</u>			
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung		300,00	
<u>360 00 104</u>	<u>Schlacht tier- und Fleischuntersuchung</u>			
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung		300,00	
37001	Brand- und Katastrophenschutz			
<u>370 00 062</u>	<u>Material, Organisation</u>			
601 01 00	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung		1.417,17	
607 00 00	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel		16.150,43	
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		9.449,50	
617 92 60	Kfz-Kosten / Haltung von Fahrzeugen		4.056,76	
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung		7.572,00	
<u>370 00 101</u>	<u>Gefahrenabwehr</u>			
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen		5.515,32	
37002	Rettungsdienste			
<u>370 00 201</u>	<u>Rettungsdienst</u>			
603 02 00	Praxis- u. Laborbedarf, Arzneimittel		2.873,85	
40001	Schulverwaltungsamt/sonst. schul. Aufgaben			
<u>400 00 001</u>	<u>Grund- und Hauptschulen und Realschulzüge</u>			
686 10 00	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit		12.918,07	
<u>400 00 704</u>	<u>IT in Kasseler Schulen & Medienzentrums</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		40.535,50	
617 92 50	EDV-Kosten / Dienstleistungen		20.000,00	
<u>400 00 802</u>	<u>Schülerbezogene Leistungen</u>			
729 92 00	Aufwendungen für Schulsozialarbeit		19.638,60	
40002	Grund-, Haupt-, Realschulzüge			
<u>400 00 101</u>	<u>Schule Am Heideweg</u>			
601 01 00	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung		40,70	
<u>400 00 122</u>	<u>Schule Waldau</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		6.884,62	
<u>400 00 124</u>	<u>Fasanenhofschule</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		10.076,71	

Teilhaushalt			Betrag	davon aus
<u>Kostenstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>		€	Vorjahr
<u>Sachkonto</u>			€	€
40003	Gymnasien			
<u>400 00 202</u>	<u>Friedrichsgymnasium</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		816,82	
<u>400 00 204</u>	<u>Wilhelmsgymnasium</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		3.548,58	
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten		7,28	
<u>400 00 207</u>	<u>Abendgymnasium, -realschule, -hauptschule</u>			
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten		200,00	
40004	Berufliche Schulzentren			
<u>400 00 603</u>	<u>Martin-Luther-King-Schule</u>			
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten		75,63	
<u>400 00 605</u>	<u>Oskar-von-Miller-Schule</u>			
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten		314,70	
<u>400 00 606</u>	<u>Paul-Julius-von-Reuter-Schule</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		1.138,46	
<u>400 00 607</u>	<u>Arnold-Bode-Schule (ehem. WHS)</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		217,77	
40005	Förderschulen			
<u>400 00 505</u>	<u>Pestalozzischule</u>			
601 10 00	Lehr- und Unterrichtsmittel		83,00	
<u>400 00 506</u>	<u>Alexander-Schmorell-Schule</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		183,26	
<u>400 00 507</u>	<u>August-Fricke-Schule</u>			
601 10 00	Lehr- und Unterrichtsmittel		282,88	
<u>400 00 508</u>	<u>Wilhelm-Lückert-Schule</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		7.432,00	
40006	Gesamtschulen			
<u>400 00 302</u>	<u>Georg-August-Zinn-Schule</u>			
601 01 00	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung		16,09	
<u>400 00 304</u>	<u>Heinrich-Schütz-Schule</u>			
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte		364,98	
41001	Kulturamt allgemein			
<u>410 00 101</u>	<u>Veranstaltungen</u>			
686 90 00	Sonstige Aufwendungen für Repräsentation		36.515,34	9.500,00
<u>410 00 103</u>	<u>Zentrale Kurverwaltung</u>			
617 90 00	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen		25.000,00	
<u>410 00 105</u>	<u>Stadtgesellschaftlicher Aufbruch</u>			
613 01 00	Aufwandsentschädigung und sonst. Fremdleistungen gesamt		8.248,00	
617 90 00	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen		1.444,25	

Teilhaushalt			
<u>Kostenstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u>	<u>davon aus</u>
<u>Sachkonto</u>		<u>€</u>	<u>Vorjahr</u>
			<u>€</u>
41002	Musikakademie		
<u>410 00 202</u>	<u>Staatl. anerkannte Berufsakademie (Musikakademie der Stadt Kassel "Louis Spohr")</u>		
613 01 00	Aufwandsentschädigung und sonst. Fremdleistungen gesamt	11.456,81	
41003	Museen und Archive		
<u>410 00 301</u>	<u>Stadtmuseum</u>		
613 01 00	Aufwandsentschädigung und sonst. Fremdleistungen gesamt	4.462,50	
614 00 00	Frachten und Fremdlager	15.285,09	
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	73.548,62	
686 10 00	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	81.800,00	
<u>410 00 302</u>	<u>Brüder Grimm Sammlung</u>		
613 01 00	Aufwandsentschädigung und sonst. Fremdleistungen gesamt	962,00	
<u>410 00 401</u>	<u>documenta Archiv</u>		
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	543,92	
672 00 00	Lizenzen und Konzessionen	91,00	
<u>410 00 402</u>	<u>Stadtarchiv</u>		
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.785,00	
50002	Seniorenarbeit / sonst. Leistungen und Aufgaben		
<u>500 00 801</u>	<u>Soziale Betreuung institutionell</u>		
711 12 00	Sonstige soziale Erstattungen sonst. öff. Bereich	96.500,00	
51003	Allgemeine Förderung von jungen Menschen		
<u>510 00 211</u>	<u>Schulbezogene Sozialarbeit</u>		
688 00 00	Aufw. für Fort- und Weiterbildung	3.927,00	
712 80 00	Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	3.180,00	
<u>510 00 220</u>	<u>Zuschüsse Jugendarbeit</u>		
711 91 00	Freiwillige Zuschüsse (ehem. Globalbetrag)	7.570,00	
52001	Sportamt		
<u>520 00 101</u>	<u>Bereitst./Betrieb v. Turn- u. Sporthallen</u>		
606 30 00	Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	3.470,75	
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	324,12	
<u>520 00 201</u>	<u>Bereitst./Betrieb von Freisportanlagen</u>		
607 00 00	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	100,20	
616 60 00	Wartungskosten	1.700,00	
617 92 60	Kfz-Kosten / Haltung von Fahrzeugen	570,39	
<u>520 00 401</u>	<u>Sportförderung</u>		
617 90 00	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.410,02	
53001	Gesundheitsamt		
<u>530 00 402</u>	<u>Kinder- und Jugendgesundheit/Allgemeine Prävention</u>		
686 10 00	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	6.525,72	
711 20 00	Allgemeine Zuweisungen	116,99	
<u>530 00 502</u>	<u>Kontakt- u. Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS)</u>		
686 30 00	Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit gesamt	1.432,61	
711 20 00	Allgemeine Zuweisungen	1.221,17	

<u>Teilhaushalt</u>			
<u>Kostenstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u>	<u>davon aus</u>
<u>Sachkonto</u>		<u>€</u>	<u>Vorjahr</u>
			<u>€</u>
60001	Bauverwaltungsamt		
<u>600 00 101</u>	<u>Vergabeangelegenheiten</u>		
617 92 50	EDV-Kosten / Dienstleistungen	11.761,13	
672 00 00	Lizenzen und Konzessionen	396,00	
<u>600 00 703</u>	<u>Wohnungsbestandsicherung</u>		
601 01 00	Aufw. für Büromaterial, Drucksachen der Verwaltung	5.000,00	
63001	Stadtplanung und Bauaufsicht		
<u>630 00 104</u>	<u>Städtebauliche Entwicklung und Erneuerung</u>		
610 01 00	Aufwendungen für bezogene Leistungen insgesamt	104.144,98	
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	250.227,59	
63003	Denkmalschutz		
<u>630 00 501</u>	<u>Untere Denkmalschutzbehörde</u>		
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	1.538,55	
66000	Straßenverkehrsamt		
<u>660 00 021</u>	<u>Bauhof für Tiefbau</u>		
616 92 00	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	164,78	
670 01 10	Mieten für bewegliche Vermögensgegenstände	1.145,38	
<u>660 00 063</u>	<u>Organisation/Materialverbrauch</u>		
607 00 00	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	3.024,24	
<u>660 00 065</u>	<u>Telefonkosten</u>		
683 20 00	Telefonkosten	5.000,00	
66001	Straßenunterhaltung		
<u>660 00 110</u>	<u>Unterhaltung, Instandsetzung v. Straßen, Wegen</u>		
606 50 00	Materialaufw. für Straßen, Wege, Plätze u.ä.	21.335,32	
616 50 20	Unterhaltung/Instandhaltung Straße	525.000,00	
616 51 10	Ortsbeiratsmittel Straßen	639.351,89	
617 10 00	Aufwendungen für Fremdensorgung	4.888,26	
<u>660 00 111</u>	<u>Unterhaltung Ingenieurbauwerke incl. A.</u>		
606 90 00	Sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	7.066,15	
616 50 40	Unterhaltung/Instandhaltung Ing.- bauwerke	300.000,00	
617 10 00	Aufwendungen für Fremdensorgungen	100.000,00	
<u>660 00 112</u>	<u>Durchführung Beleuchtungsvertrag</u>		
616 50 00	Instandh. v. Sachanl. Gemeindebr., Infrastr.verm.	90.000,00	
66002	Verkehrslenkung		
<u>660 00 102</u>	<u>Verkehrsausstattung (Betr./Unterh.)</u>		
605 50 00	Materialaufw. für Straßen, Wege, Plätze u.ä.	24.016,74	
606 50 00	Materialaufw. für Straßen, Wege, Plätze u.ä.	40.000,00	
616 50 30	Unterhaltung/Instandhaltung Straßenmarkierung	10.000,00	
616 50 50	Unterhaltung/Instandhaltung Verkehrseinrichtungen	10.000,00	
616 50 60	Unterhaltung/Instandhaltung Verkehrsunfälle	80.000,00	
<u>660 00 401</u>	<u>VerkehrsentwPlan, Konz. Verkehrslenk., Verkehrs anl</u>		
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	143.085,88	
66004	Parkplätze und Parkeinrichtungen		
<u>660 00 104</u>	<u>Parkplätze gebührenfrei</u>		
616 50 70	Unterhaltung/Instandhaltung öffentl. Parkeinricht.	6.648,74	

Teilhaushalt				
<u>Kostenstelle</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u>	<u>davon aus</u>	
<u>Sachkonto</u>		<u>€</u>	<u>Vorjahr</u>	<u>€</u>
<u>660 00 105</u>	<u>Parkplätze gebührenpflichtig</u>			
616 50 80	Beseitigung von Vandalismusschäden u. Graffiti	20.000,00		
617 90 00	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	91.349,15		
717 10 00	Sonstige Erstattungen an das Land	15.000,00		
717 50 00	Sonstige Erstattungen an verbundene Unternehmen	20.000,00		
<u>660 00 121</u>	<u>Parkhaus Twernegeasse</u>			
616 11 10	Gebäudeunterhaltung Öffentliche Parkeinrichtungen	547,58		
616 60 00	Wartungskosten	493,85		
670	Umwelt- und Gartenamt			
<u>670 00 000</u>	<u>Allg. KoSt Umwelt- und Gartenamt</u>			
606 90 00	Sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	1.141,00		
616 20 00	Instandh. von techn. Anlagen in Betriebsbauten	5.236,00		
671 02 00	Mobilienleasing	50.000,00		
<u>670 00 036</u>	<u>Fahrzeuge Beschaff./Haltung</u>			
616 40 00	Instandhaltung von Fahrzeugen	818,67		
<u>670 00 065</u>	<u>Büromittel/EDV</u>			
672 00 00	Lizenzen und Konzessionen	327,25		
<u>670 00 066</u>	<u>Dienst-/Schutzkleidung</u>			
607 00 00	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	11.444,07		
<u>670 00 401</u>	<u>Unterhaltung von Grün- und Freizeitflächen</u>			
616 12 00	Unterhaltung der Grünanlagen (zentrales Budget Grünunterhaltung)	188.614,25		
616 40 00	Instandhaltung von Fahrzeugen	15.000,00		
616 51 00	Ortsbeiratsmittel Grünanlagen (zentrales Budget Grünunterhaltung)	381.069,58		
67001	Umweltschutz			
<u>670 00 101</u>	<u>Immissionsschutz, Lärm</u>			
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	310.779,82	260.699,25	
686 10 00	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	17.117,00		
<u>670 00 104</u>	<u>Boden/Altlasten</u>			
677 10 00	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	12.249,15		
<u>670 00 107</u>	<u>Naturschutz (Flora und Fauna)</u>			
616 13 00	Unterhaltung der sonstigen Außenanlagen	17.358,56	10.146,87	
616 50 00	Instandh. v. Sachanl. Gemeindebr., Infrastr.verm.	78.098,21	75.123,21	
67002	Freiraumplanung und Freiflächenbau			
<u>670 00 302</u>	<u>Objektplanung und Bau</u>			
616 50 00	Instandh. v. Sachanl. Gemeindebr., Infrastr.verm.	9.339,95	2.260,67	
<u>670 00 303</u>	<u>Schulbiologiezentrum</u>			
601 10 00	Lehr- und Unterrichtsmittel	2.303,61	1.515,26	
616 10 00	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauunterhaltung)	2.000,00		

Abschluss des Jahres 2015 im Finanzhaushalt hier: Bildung und Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das Jahr 2016

1. Aufgrund des § 21 Absatz 2 GemHVO werden im Finanzhaushalt folgende Haushaltsausgabereste (HAR) gebildet (Spalte 3), die eine zusätzliche Ausgabeermächtigung im Jahr 2016 darstellen.
2. Begründete Anträge auf Freigabe (Spalte 4) sind dem Amt Kämmerei und Steuern vorzulegen.
3. Die Haushaltsausgabereste werden durch das Amt Kämmerei und Steuern in nsk eingegeben.
4. Die Begründungen der Haushaltsausgabereste können in den dem Amt Kämmerei und Steuern vorliegenden Resteanträgen eingesehen werden.

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
1	2	3	4	5
110 4006 3 00	Standard I-u.K- Technik, bewegliches Vermögen (HAR von 205.000 € wird zu Inv.-Nr. 100 4000 900 umgesetzt)	328.500,00	328.500,00	
140 4000 3 00	Revisionsamt, Prüfsoftware	2.610,16	0,00	
140 8000 8 00	GWG - Revisionsamt -	2.500,00	2.500,00	
200 4004 3 00	Kämmerei und Steuern, bewegliches Vermögen	42.443,88	42.443,88	
230 4800 5 00	Allgemeines Grundvermögen, Grunderwerb	5.660.000,00	1.060.000,00	
320 5110 3 00	Hilfspolizei, bewegliches Vermögen	410.000,00	309.000,00	
330 5000 3 00	Investitionen Bürgeramt (HAR von 6.000 € wird zu Inv. Nr. 330 8000 800 umgesetzt)	20.000,00	20.000,00	
360 5300 3 00	Veterinäramt, bewegliches Vermögen	15.000,00	15.000,00	
370 5200 3 00	Berufsfeuerwehr	1.246.030,85	281.883,48	
370 5220 3 00	Rettungsdienste	246.466,66	235.000,00	
400 0592 4 00	Volkshochschule Region Kassel	20.000,00	20.000,00	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
400 4210 3 00	Grund-, Haupt- und Realschulzüge, bewegliches Vermögen	109.940,28	0,00	
400 4211 3 00	Gymnasien, bewegliches Vermögen	116.072,67	84.152,89	
400 4212 3 00	Berufsschulen, bewegliches Vermögen	46.036,33	46.036,33	
400 4213 3 00	Förderschulen, bewegliches Vermögen	49.959,79	36.753,93	
400 4214 3 00	Gesamtschulen, bewegliches Vermögen	285.153,73	267.949,71	
400 4215 3 00	Medienzentrum Kassel, bewegliches Vermögen	16.835,93	0,00	
400 8000 8 00	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) Schulverwaltungsamtsamt	7.694,99	0,00	
410 0426 3 00	Musikakademie der Stadt Kassel "Louis Spohr"	37.600,00	37.600,00	
410 0540 3 00	Brüder Grimm Sammlung	110.087,25	20.400,00	
410 0545 3 00	Naturkundemuseum, bewegliches Vermögen	35.000,00	35.000,00	
410 0550 3 00	Stadtarchiv, bewegliches Vermögen	24.000,00	24.000,00	
410 0555 3 00	Stadtmuseum, bewegliches Vermögen	75.318,13	56.670,00	
410 0595 3 00	Stadtbibliothek, bewegliches Vermögen	40.661,09	5.900,00	
410 4302 4 00	Staatstheater	1.386.216,61	1.386.216,61	
410 4303 3 00	Kunstsammlungen	169.055,25	169.055,25	
410 4304 3 00	documenta Archiv, bewegliches Vermögen	8.608,00	8.400,00	
510 0750 3 00	Jugendbildung und Kinderinteressen (HAR von 6.563,41 € wird zu Inv.-Nr. 650 0750 1 00 umgesetzt)	6.563,41	6.563,41	
510 4413 3 00	Schulbezogene Sozialarbeit	13.922,68	13.578,77	
510 4414 3 00	Häuser der offenen Tür (HAR von 36.460,32 € wird zu Inv.-Nr. 650 0710 1 00 umgesetzt)	36.460,32	36.460,32	
510 4437 4 00	Förderung von Kindertagesstätten (HAR von 254.088,00 € wird zu Inv.-Nr. 650 4439 1 00 umgesetzt)	254.088,00	254.088,00	
520 4501 4 00	Förderung des Sports - Investitionszuschüsse	139.459,13	0,00	
520 4502 3 00	Einrichtungen für Leibesübungen, bewegliches Vermögen	6.000,00	0,00	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
600 6000 4 00	Bauverwaltungsamt, Beitragssoftware	815,15	0,00	
600 6800 5 00	Öffentliche Parkeinrichtungen	36.000,00	0,00	
600 7500 1 00	Friedhöfe, Kapellensanierungen	56.920,93	0,00	
630 6300 1 06	Bebauung Kulturbahnhof Nordseite	1.210.735,98	0,00	200.000,00
630 6310 4 00	Unterhaltung historischer Gebäude - Zuschüsse -	49.110,00	20.000,00	
630 6330 1 00	Einf./Soz. Stadterneuerung, Oberzwehren	510.015,87	0,00	408.012,00
630 6340 1 00	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Rothenditmo	726.283,44	0,00	544.712,00
630 6355 1 00	Ziel 2 Programme, EFRE Strukturfonds	222.783,93	0,00	111.000,00
630 6365 1 00	Aktiver Kernbereich Friedrich-Ebert-Straße	3.694.372,29	0,00	2.771.000,00
630 6375 1 00	Soziale Stadt Wesertor	857.757,88	0,00	643.318,00
650 0005 1 00	Rathaus, Baukosten	164.648,90	94.331,45	
650 0005 2 00	Rathaus, bauliche Verbesserungen	770.662,70	611.765,80	
650 0005 2 01	Rathaus, Verkabelung und Telekommunikationsanlage	97.377,87	0,00	
650 0030 2 00	Rathauskantine, bauliche Verbesserungen (HAR wird zu Inv.-Nr. 650 0005 100 umgesetzt)	24.036,20	24.036,20	
650 0040 2 00	Kraftfahrzeugzulassungsstelle, bauliche Verbesserungen	14.730,20	5.948,00	
650 0115 1 01	Berufsfeuerwehr, Baukosten	909.658,95	871.521,14	
650 0120 1 00	Feuerwache 2, Baukosten	159.164,44	159.164,44	
650 0120 2 00	Feuerwache 2, bauliche Verbesserungen	213.300,95	208.356,81	
650 0130 2 00	Freiw. Feuerwehr, Gerätehaus Lindenberg, bauliche Verbesserungen	20.000,00	20.000,00	
650 0140 2 00	Feuerwehrhaus Nordhausen, bauliche Verbesserungen	100.000,00	100.000,00	
650 0155 1 00	Feuerwehrhaus Wolfsanger, Baukosten	26.365,70	26.365,70	
650 0175 2 00	Auefeldschule, bauliche Verbesserungen	26.621,48	18.483,96	
650 0191 2 00	Ernst-Freudenthal-Halle, bauliche Verbesserungen	25.000,00	20.018,18	
650 0200 2 00	Fridtjof-Nansen-Schule, bauliche Verbesserungen	70.292,79	43.674,94	
650 0205 2 00	Friedrich-Wöhler-Schule, Sanierung	428.369,58	210.824,32	
650 0230 2 00	Hupfeldschule, bauliche Verbesserungen	160.722,00	160.722,00	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
650 0235 1 00	Losseschule, Baukosten	26.822,44	18.622,44	
650 0250 2 00	Schule am Heideweg, bauliche Verbesserungen	8.074,15	0,00	
650 0255 2 00	Schule am Lindenberg, bauliche Verbesserungen	150.000,00	150.000,00	
650 0260 2 00	Schule am Wall, bauliche Verbesserungen	23.003,27	15.000,00	
650 0275 1 00	Schule Brückenhof, Baukosten (HAR von 246.179,17 € wird zu Inv.-Nr. 650 0275 200 umgesetzt)	246.179,17	246.179,17	
650 0275 2 00	Schule Brückenhof, bauliche Verbesserungen	173.841,46	69.796,25	
650 0285 2 00	Grundschule Harleshausen, bauliche Verbesserungen	120.512,11	0,00	
650 0290 2 00	Schule Jungfernkopf, bauliche Verbesserungen	29.043,18	24.543,18	
650 0295 2 00	Schule am Königstor, bauliche Verbesserungen	19.026,97	17.021,37	
650 0305 2 00	Schule Schenkelsberg, bauliche Verbesserungen	21.595,95	11.477,81	
650 0315 2 00	Unterneustädter Schule 2, bauliche Verbesserungen	18.929,46	18.674,15	
650 0320 2 00	Grundschule Waldau, bauliche Verbesserungen	35.830,62	352,13	
650 0330 2 00	Albert-Schweitzer-Schule, bauliche Verbesserungen	44.185,02	24.153,13	
650 0335 2 00	Friedrichsgymnasium, bauliche Verbesserungen	175.700,85	165.300,85	
650 0340 2 00	Goethegymnasium 1, bauliche Verbesserungen	14.453,39	12.700,00	
650 0345 2 00	Goethegymnasium 2, bauliche Verbesserungen	855.258,01	844.875,43	
650 0360 2 00	Wilhelmsgymnasium, bauliche Verbesserungen	80.000,00	80.000,00	
650 0375 2 00	Elisabeth-Knippling-Schule, bauliche Verbesserungen	32.673,04	19.337,54	
650 0394 3 00	2. Berufsschulzentrum, bewegliches Vermögen	3.600,00	1.186,68	
650 0405 2 00	Paul-Julius-von-Reuter-Schule 1, bauliche Verbesserungen	106.721,44	93.535,20	
650 0415 2 00	Arnold-Bode-Schule, bauliche Verbesserungen	514.630,75	248.604,00	
650 0427 1 00	Musikschule, Baukosten	194.216,97	0,00	
650 0440 2 00	Osterholzschule, bauliche Verbesserungen	9.493,97	9.493,97	
650 0445 2 00	Alexander-Schmorell-Schule, bauliche Verbesserungen	125.381,60	47.071,36	
650 0450 1 00	Astrid-Lindgren-Schule, Baukosten	310.211,13	310.211,13	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
650 0491 2 00	Carl -Schomburg- Schule 2, bauliche Verbesserungen	228.728,12	200.123,13	
650 0495 2 00	Georg-August-Zinn-Schule, bauliche Verbesserungen	524.029,25	524.029,25	
650 0500 2 00	Offene Schule Waldau, bauliche Verbesserungen	168.585,76	168.585,76	
650 0515 2 00	Johann-Amos-Comenius-Schule, bauliche Verbesserungen	20.000,00	20.000,00	
650 0520 2 00	Gesamtschule Hegelsberg, bauliche Verbesserungen	282.272,65	276.672,65	
650 0540 1 00	Brüder-Grimm-Museum, Baukosten	670.000,00	670.000,00	670.000,00
650 0549 1 00	BGW Neubau am Weinberg, Baukosten	1.244.586,10	1.168.182,96	
650 0555 1 00	Stadtmuseum, Baukosten	2.051.414,78	0,00	
650 0641 2 00	Zehntscheune	73.906,63	49.148,45	20.000,00
650 0710 1 00	Spielstube Wartekuppe, Baukosten	51.305,97	36.266,55	
650 0750 1 00	Jugendbildungsw. Haus der Jugend, Baukosten	36.978,88	28.338,70	
650 0853 1 00	Kita Nordstern, Baukosten	17.405,42	0,00	
650 0970 1 00	Auestadion, Baukosten	123.036,09	42.421,65	
650 0980 2 00	Emil-Junghenn-Sporthalle, bauliche Verbesserungen	351.827,98	37.251,63	
650 1020 2 00	Sporthalle Oberzwehren, bauliche Verbesserungen	45.408,33	11.833,61	
650 1105 1 00	Verwaltungsgeb. Bosestr., Baukosten	23.467,69	23.467,69	
650 1105 2 00	Verwaltungsgeb. Bosestr., bauliche Verbesserungen	106.000,00	69.558,25	
650 1190 2 00	Olof-Palme-Haus, bauliche Verbesserungen	44.592,11	41.199,80	
650 1195 2 00	Nordstadtzentrum, bauliche Verbesserungen	688.304,87	244.789,34	
650 1270 2 00	Pavillon Wehlheider Platz, bauliche Verbesserungen	39.000,00	1.644,83	
650 4001 2 00	Energiesparmaßnahmen Städtische Gebäude	85.430,36	0,00	
650 4002 1 00	Barrierefreies Bauen, Baukosten	98.298,25	98.298,25	
650 4003 1 00	Planungsbudget für neue Maßnahmen, Baukosten	2.303,84	0,00	
650 4201 1 00	Alle Schulformen, Baukosten	134.380,70	0,00	
650 4201 1 01	Alle Schulformen, Vernetzung Schulen	46.741,16	39.244,16	
650 4203 2 00	Berufsschulen, bauliche Verbesserungen	80.000,00	78.450,62	
650 4205 2 00	Gesamtschulen, bauliche Verbesserungen	28.932,42	28.932,42	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
650 4210 1 00	GY, GesS, GS, HS, RS/Ganztagsschulangebote, Baukosten	436.026,30	310.862,35	
650 4213 2 00	Sonderprogramm Schulsanierung	1.472.985,17	0,00	
650 4414 2 00	Häuser der offenen Tür, bauliche Verbesserungen	10.000,00	10.000,00	
650 4438 1 00	Kindertagesstätten, Baukosten	57.145,05	0,00	
650 4438 2 00	Kindertagesstätten, bauliche Verbesserungen	687.333,07	288.086,52	
650 4439 1 00	Umbauten Betreuungsangebote	1.159.950,79	1.115.716,60	
650 4499 1 00	U3 - Ausbau, Baukosten eigene Einrichtungen (HAR wird zu Inv.-Nr. 650 4439 100 umgesetzt)	473.333,36	0,00	
650 4502 1 00	Einrichtungen für Leibesübungen, Baukosten	20.000,00	20.000,00	
650 6500 3 00	Gebäudewirtschaft	108.542,65	49.560,89	
660 6100 3 00	Straßenverkehrsamt	220.214,30	205.187,30	
660 6110 1 01	Bundesstraßen Verkehrssignalanlagen (HAR wird zu Inv.-Nr. 660 6140 101 umgesetzt)	148.365,29	3.370,40	
660 6110 1 52	Hafenbrücke	202.639,64	159.441,02	
660 6110 1 56	Finanzzentrum Altmarkt, Straßenanpassung	626.711,25	0,00	
660 6110 1 61	Wolfhager Straße /Drei Brücken	55.600,00	2.395,10	
660 6110 1 64	Tram nach Waldau	50.000,00	50.000,00	
660 6110 1 65	Platz der Deutschen Einheit	280.000,00	0,00	
660 6120 1 01	Verkehrssignalanlagen, Landesstraßen (HAR wird zu Inv.-Nr. 660 6140 101 umgesetzt)	1.123.664,06	121.253,02	
660 6120 1 29	Loßbergstraße	72.396,55	28.665,30	
660 6120 1 45	Tischbeinstraße	20.574,05	16.155,09	
660 6120 1 48	Umbau Breitscheidstr. - Kirchweg - Gilsastr.	2.577,61	2.577,61	
660 6130 1 01	Verkehrssignalanlagen, Kreisstraßen (HAR wird zu Inv.-Nr. 660 6140 101 umgesetzt)	144.404,32	11.105,67	
660 6130 1 22	Friedrich-Ebert-Str. /Goethestraße	4.529.726,30	0,00	
660 6130 1 24	Kurfürstenstraße	363.335,78	325.368,78	
660 6130 1 27	Umbau Auedamm, Damaschkestr. - Orangerie	565.606,28	555.795,54	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
660 6140 1 01	Verkehrssignalanlagen, Gemeindestraßen	16.816,11	16.816,11	
660 6140 1 02	Planungsbudget für neue Maßnahmen	135.519,95	51.233,60	
660 6140 1 03	Bau von Anliegerstr., Baukosten	1.442.661,12	625.812,99	
660 6140 1 05	Größere Instandsetzungen	2.261.163,02	1.073.586,94	
660 6140 1 06	Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen, Baukosten	5.141.273,97	2.807.078,12	
660 6140 1 20	Ingenieurbauten, Baukosten	1.187.817,62	765.748,15	
660 6140 1 25	Waldecker Straße Bahnübergang, Baukosten	1.703.003,04	390.803,22	
660 6140 1 26	Radwege / Radrouten	205.332,19	183.847,05	
660 6140 1 34	Verkehrssteuer- /Regelsystem (VRS)	29.877,10	29.877,10	
660 6140 1 38	Mosaikpflasterflächen, Sanierung	11.927,26	0,00	
660 6140 1 40	Verkehrsberuhigung im Stadtgebiet	82.635,46	82.635,46	
660 6140 1 46	Harleshäuser Kurve, Regio- Tram, Baukosten	617.608,10	557.343,90	
660 6140 1 65	Obere- und Untere Königsstraße, Umbau	1.753.399,92	1.365.757,79	
660 6140 1 66	Obere Bornwiesenstraße, Bahnübergang	124.300,00	0,00	
660 6140 1 67	Radweg Orangerie - Finkenherd	96.186,03	96.186,03	
660 6140 1 75	Verkehrs- und Mobilitätsmanagement	804.978,30	598.959,91	
660 6140 1 76	Fuldaerweg R1 von Metzelssteinstraße bis Stadtgrenze	721.899,92	0,00	
660 6140 1 77	Radweg Schillerstraße	300.000,00	300.000,00	
660 6140 1 81	Mönchebergstraße / Mittelring (KVG-Maßnahme)	98.629,32	78.765,23	
660 6140 1 86	Verkehrerschließung UniKS./Nordstadt	905.481,86	755.441,72	
660 6140 1 88	Langes Feld	3.988.848,04	315.931,37	
660 6700 4 00	Straßenbeleuchtung	44.844,14	0,00	
660 6800 1 12	Parkscheinautomaten	10.673,60	10.673,60	
660 7720 1 00	Bauhof für Tiefbau	23.199,54	23.199,54	
660 8000 8 01	Straßenverkehrsamt GWG	8.511,94	7.060,20	
670 1030 1 00	Sportanlage Daspel	42.446,22	17.224,29	
670 1047 1 00	Sportanlage Hegelsberg	399.128,75	73.660,83	
670 1052 1 00	Sportanlage Nordhausen	82.840,00	61.306,39	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
670 3001 1 00	Sanierung ehem. Gaswerk Holl. Platz	100.000,00	0,00	
670 3009 3 00	Umwelt- und Gartenamt, bewegliches Vermögen	65.944,07	0,00	
670 3010 1 00	Baumpflanzungen, Baukosten	16.456,95	0,00	
670 3011 1 00	Bodenablagerungen A 44, Baukosten	89.147,13	20.528,01	
670 3013 1 00	Wanderwege, Baukosten	10.137,31	10.137,31	
670 3014 3 00	EDV-Technik, bewegliches Vermögen	39.226,49	33.330,18	
670 3018 1 00	Baul. Verb., Sanierung, Sicherheit, Baukosten	31.047,62	28.956,58	
670 3019 1 00	Naherholungsgebiete, Baukosten	82.494,71	69.955,74	
670 3023 1 00	Stadthallengarten, Teilsanierung	8.959,64	0,00	
670 3028 1 00	Naherholungsgebiet Park Schönfeld, Ausbau	1.405,31	0,00	
670 3034 1 00	Buchenukcampfb., Neub. Kunststofflaufbahn	5.194,12	5.194,12	
670 3039 1 00	Ausgleichs- /Ersatzmaßnahmen (Ökoko)nto	34.299,79	30.069,95	
670 3042 1 00	Gartendenkmal Weinberg, Parkpflegewerk	13.299,95	0,00	
670 3043 1 00	Botanischer Garten, Baukosten	10.888,10	611,78	
670 3044 1 00	Baumkataster, Erweiterung Kontrolltechnik	22.955,55	22.955,55	
670 3047 1 00	Grünanlage Dessenborn/Triftweg	3.568,25	3.568,25	
670 3052 1 00	Geilebachgrünzug	5.611,57	2.106,02	
670 3053 1 00	Eselsgraben - Kleine Wilhelmshöhe	2.372,85	0,00	
670 3060 1 00	Wegweiser Gartenkulturdenkmale	4.310,22	2.340,82	
670 3062 1 00	Fuldapromenade	7.535,60	0,00	
670 3067 1 00	Baumscheiben, Sanierung	22.884,74	1.082,17	
670 3068 1 00	Mauersanierung Feuerwehruzufahrt Weinberg	6.004,24	1.839,74	
670 3069 1 00	Grünanlage Schloßackerstraße, Grünflächen	2.672,55	0,00	
670 3072 2 00	Ahngrünzug, Grundsanierung	3.709,39	3.709,39	
670 3076 1 00	Maßnahmen Ausgleichszahlung Baumschutzsatzung	16.552,48	0,00	
670 3077 1 00	Ziegenbrunnenareal, Umgestaltung	893,23	0,00	
670 4431 1 00	Kinderspielfläche, Grunderneuerung, Sicherheit	241.785,22	0,00	
670 4440 1 00	Jugendbeteiligungsprojekte	22.357,58	19.846,08	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag in €	davon noch nicht freigegeben Betrag in €	durch Zuweisungen/Zuschüsse finanziert Betrag in €
805 4000 3 00	Stadtverordnetenversammlung, bewegl. Vermögen	24.421,00	24.421,00	
900 9620 7 00	Fehlbelegungsabgabe, Darlehen, Tilgungen	2.609.929,58	0,00	
900 9690 4 00	Wasserbau, Zuweisungen	1.121.591,93	0,00	
	Summe	71.850.146,19	27.530.084,43	5.368.042,00

Kassel, den 11. April 2016

Christian Geselle
Stadtkämmerer

Erstattung von Personalausgaben durch Dritte

Amt	Kostenstelle	Sachkonto	Beschreibung	RE 2015
-10-	100 00 605	530 30 00	Erstattung für Vermietung Bürgersaal	4.000,00
-10-	100 00 906	548 22 80	Erstattung Landkreis für betriebsärztlichen Dienst	45.329,55
-10-	100 00 608	548 10 10	Erstattung vom Land für Integrationsbeauftragte u. Projekt "Integration durch Qualifikation"	48.417,34
-11-	400 00 901	548 22 80	Erstattung vom Landkreis Kassel für die Volkshochschule	601.633,33
-11-	mehrere KSt	548 51 00	Erstattung für Personal in Gesellschaften und Eigenbetrieben	2.064.697,23
-11-	mehrere KSt	548 01 10	Erstattung BA (Bundesagentur für Arbeit) für Altersteilzeit	83.231,99
-11-	mehrere KSt	548 80 01	Erstattungen für Mutterschaftsgeld von verschiedenen Krankenkassen	338.710,25
-11-	mehrere KSt	548 01 10	Erstattung für anteilige Versorgungsbezüge/Versorgungsabfindungen	648.826,91
-11-	mehrere KSt	548 01 10	Verschiedene Erstattungen (Eingliederung, Bundesfreiwilligendienst, Deutsche Rentenversicherung, Zeugengeld)	30.557,40
-11-	mehrere KSt	verschiedene	Erstattungen von versch. Bereichen, Schadensersatz u.a.	7.794,03
-33-	mehrere KSt	5481010 5485100	Erstattungen vom Land und verb. Unternehmen für Service-Center	6.149,51
-36-	320 00 007	548 10 00	Erstattung vom Land für Lebensmittelüberwachung und Tiergesundheit	691.159,00
-37-	370 00 101	548 70 00	Erstattung DB für Rettungszug	315.000,00
-37-	370 00 401	548 27 00	Erstattung vom Landkreis für Personal in Leitstelle	215.000,00
-37-	370 00 401	548 10 00	Erstattung vom Land für Personal in Leitstelle	90.000,00
-41-	410 00 202	548 10 30	Erstattung vom Land für Personal der Musikakademie	1.770.000,00
-41-	410 00 303	548 82 00	Erstattung Personalaufw. von sonst. übr. Bereich f. Naturkundemuseum	10.666,80
-50-	500 00 604	541 03 00	Erstattung vom Land für Hilfe zur Arbeit SGB II	67.462,87
-50-	500 00 904	548 66 00	Erstattung vom Jobcenter für Bildung und Teilhabe	183.705,70
-50-	560 00 101	548 66 00	Erstattung vom Jobcenter für Kommunales Personal im Jobcenter	4.996.220,68
-51-	510 00 140	542 10 00	Erstattung vom Land für Tagespflege	635.520,00
-51-	510 00 211	542 10 00	Erstattung vom Land für Schulsozialarbeit	54.686,34
-51-	510 21 201	542 10 00	Erstattung vom Land nach dem Jugendbildungsförderungsgesetz	77.566,98
-51-	510 00 215	541 03 00	Erstattungen vom Land für Alkoholpräventionsprogramm HaLT (Hart am Limit)	7.500,00
-51-	510 00 301	541 03 00	Erstattung für Familienhebammen	123.385,03
-51-	mehrere KSt	542 10 00	Erstattung v. Land f. Aufgabenwahrnehmung d. Landesjugendamtes	224.600,00
-51-	mehrere KSt	verschiedene	Erstattung vom Land für Personal in Kindertagesstätten	5.016.939,80
-53-	530 00 202	548 10 30	Erstattung vom Land für MRE (Multiresistente Erreger)-Netzwerk Nord- und Osthessen	6.000,00
-53-	530 00 402	547 03 00	Erstattung der Krankenkassen für Arbeitskreis Jugendzahnpflege	249.180,00
-53-	530 00 502	541 03 00	Erstattung vom Land für Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS)	17.942,00
-53-	530 00 502	verschiedene	Erstattung der Krankenkassen für KISS	72.993,00
-53-	mehrere KSt	548 27 00	Erstattung vom Landkreis Kassel für fusioniertes Gesundheitsamt	1.144.899,00
-65-	650 00 301 650 00 302	548 10 10	Erstattung vom Land für Personal der Sporthalle Auepark	30.506,80
-66-	660 00 101	548 01 10	Erstattung vom Bund für das Projekt "Urbaner Raum"	78.204,48
-66-	660 00 101	548 81 00	Erstattung von der EU für das Projekt CIMEC (kooperative intelligente Verkehrssysteme in europäischen Städten)	18.773,44
-66-	660 00 061	548 81 00	Erstattungen für Leistungen des städt. Bauhofs u. der Verkehrssteuerung	2.144,14

19.979.403,60

Übersicht über die Rücklagen 2015
in Euro

Konto	Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführung	Entnahme	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	Kapitalrücklagen				
3110000	Louise Reiss Stiftung	44.088,22	449,70	0,00	44.537,92
	Gesetzliche, zweckgebundene und freie Rücklagen				
3270000	Sonderrücklagen (unselbstständige Stiftungen und Nachlässe)	5.603.320,44	135.103,16	30.458,26	5.707.965,34
3271000	Sonderrücklage Erziehungshilfen Auguste Förster	0,00	160.329,27	0,00	160.329,27
3272000	Sonderrücklage Rettungsdienste	813.936,91	780.678,04	0,00	1.594.614,95
	Rücklagen gesamt	6.461.345,57	1.076.560,17	30.458,26	7.507.447,48

Abkürzungsverzeichnis

Afa	Abschreibung für Abnutzung
AFK	Arbeitsförderung Kassel-Stadt GmbH
AG	Aktiengesellschaft
ähnl.	ähnlich
AK/HK	Anschaffungs-/Herstellungskosten
AO	Abgabenordnung
Apl	außerplanmäßig
ASB	Arbeiter Samariter-Bund Deutschland e.V.
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
avE	außerhalb von Einrichtungen
BerRehaG	Berufliches Rehabilitierungsgesetz
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BuT	Bildungs- und Teilhabepaket
BVK	Beamtenversorgungskasse
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CMS	Content-Management-System
DB	Deutsche Bahn AG
dergl.	dergleichen
d.h.	das heißt
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DRModG	Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen
DV	Datenverarbeitung
EFN	Entsorgungsgesellschaft für Nordhessen mbH
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
eG	eingetragene Genossenschaft
EKrG	Eisenbahnkreuzungsgesetz
EstG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
FAG	Finanzausgleichsgesetz
ff.	fortfolgende
FiDT	Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken mbH
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
gem.	gemäß
gGmbH	Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ggü.	gegenüber

GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GNH	Gesundheit Nordhessen Holding GmbH
GSiAE	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH
HADG	Haftpflichtschadenausgleich der Deutschen Großstädte
HAR	Haushaltsausgabereist
HAZVO	Hessische Arbeitszeitverordnung
HBeamtVG	Hessisches Beamtenversorgungsgesetz
HBG	Hessisches Beamtengesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HKM	Hessisches Kultusministerium
HLG	Hessische Landgesellschaft mbH
HMdIufS	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
HSZG	Hessisches Sonderzahlungsgesetz
HVersRückIG	Hessisches Versorgungsrücklagegesetz
IDE	Institut dezentrale Energietechnologie gGmbH
i.H.v.	in Höhe von
inkl.	inklusive
i. S.	im Sinne
insb.	insbesondere
JAFKA	Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- und Fortbildung mbH
JHLA	Jugendhilfelastenausgleich
JUH	Johanniter Unfallhilfe
KAG	Kommunales Abgabengesetz
KAV	Konzessionsabgabenverordnung
KFA	Kommunaler Finanzausgleich
KG	Kommanditgesellschaft
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KiföG	Kinderförderungsgesetz
KISS	Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen
Kita (s)	Kindertagesstätte (n)
KSA Schufag	Kommunaler Schadenausgleich Schülerunfallausgleich
KVG	Kasseler Verkehrsgesellschaft AG
KVK	Kommunale Versorgungskassen Kurhessen-Waldeck
KVKR	Kommunaler Verwaltungskontenrahmen
KVV	Kasseler Verkehrs- und Versorgungs GmbH
lfd.	laufend
LWV	Landeswohlfahrtsverband

max.	maximal
MHKW	Müllheizkraftwerk Kassel GmbH
Mio.	Millionen
NB	Nordhessenbus GmbH
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
nsk	newsystem kommunal
NVV	Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH
o.g.	oben genannt
PEG	Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt
qm	Quadratmeter
rd.	rund
RD	Rettungsdienst
RP	Regierungspräsidium
RTW	Rettungstransportwagen
S.	Seite
SGB	Sozialgesetzbuch
SK	Sachkonto
s.o.	siehe oben
T€	tausend Euro
TSK	Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
u. a.	unter anderem
umF	unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Üpl.	überplanmäßig
usw.	und so weiter
v. H.	vom Hundert
VHS	Volkshochschule
VV	Verwaltungsvorschriften
WFG	Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH
WoGG	Wohngeldgesetz
WVC	Wassersport-Vereinigung Cassel e.V.
z. B.	zum Beispiel